

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich: Redakteur Albert Paull, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Endau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Inserate Nr. 6266, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6265. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 1. bis 16. Juli 1,00 Mark, ab 1. August 1,20 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile beträgt 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12½ Pfennig, Vereinskalender 30 Pfennig, die dreizehnpaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzvorbehalte keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 155.

Magdeburg, Dienstag den 7. Juli 1925.

36. Jahrgang

Einig im Schwindeln.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Kampf auf der ganzen Linie ist für absehbare Zeit die Parole der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag gezeigt, daß es ihr mit diesem Kampfruf äußerst ernst ist, und wer ihr dennoch keinen Glauben geschenkt hat, der konnte sich am Sonnabend überzeugen. Dem ersten Vorstoß folgte ein zweiter, in dessen Verlauf zwar ebenfalls die für die nächste Woche beantragte

außenpolitische Debatte nicht erreicht, der Regierung aber immerhin das Zugeständnis abgerungen wurde, vor der Uebermittlung der Note an die alliierten Mächte mit den Parteien Rücksprache zu nehmen. Damit wird sich die Sozialdemokratie nicht zufrieden geben. Sie wird immer und immer wieder verlangen, daß die Richtlinien der deutschen Außenpolitik vor der deutschen Öffentlichkeit festgelegt werden und nicht die Regierung selbstherrlich unter Ausschluß des Reichstags handelt. Wo sollte der Reichstag hinkommen, wenn es nicht wenigstens eine Fraktion gäbe, die bereit ist, in jeder Beziehung die Würde der Volksvertretung zu wahren? Dieser Würde aber entspricht die sozialdemokratische Forderung nach einer außenpolitischen Debatte. Von dieser Forderung kann und darf nicht abgegangen werden, nachdem von den Deutschnationalen, der stärksten Regierungspartei, die Politik des Außenministers aufs schärfste angegriffen wird und der Außenminister selbst eine Klarstellung durch öffentliche Aussprache gefordert hatte. Aus innerpolitischen Gründen hat die Partei des Außenministers auf die Klarstellung verzichtet, trotzdem die Deutschnationalen die Angriffe gegen die Außenpolitik des Kabinetts in verstärkter Weise fortsetzen. Außenpolitische Entscheidungen sind aber nicht Angelegenheiten der zufälligen Regierungsparteien, sondern solche des ganzen deutschen Volkes. Wie will der deutsche Außenminister vor dem Ausland bestehen, wenn bekannt ist, daß eine Regierungspartei seine Politik auf das schärfste bekämpft und dazu auch die maßgebenden Oppositionsparteien, die Regierungsparteien von morgen, ihm mißtrauen, weil er sich einer Aussprache entzieht, die er selbst für notwendig erklärt hat?

Die Regierung begründet ihre Haltung mit wichtigen internationalen Verhandlungen, deren Verlauf angeblich durch eine Reichstagsdebatte über das Sicherheitsproblem gestört werden könnte. Welcher Art sind diese Verhandlungen, wo und von wem werden sie geführt? Eine Antwort dürfte weder Luther noch Stresemann auf diese Fragen erteilen; denn der wirkliche Grund zur vorläufigen Verhinderung der Aussprache ist

Uneinigkeit innerhalb der Regierungsparteien und die Furcht, daß durch diesen Zustand die Existenz der Regierung bedroht und damit ihre Wählerpläne zu Fall gebracht werden könnten. Die Reichspresse bestreitet zwar diese Uneinigkeit. Aber was ist damit bewiesen? Für das Gegenteil ihrer Behauptungen sprechen so zahlreiche und charakteristische Beweise, daß die Feststellungen über die große Einigkeit schon an Frechheit und Borniertheit grenzen.

Den besten Ausdruck der offiziellen Einigkeit bilden die fortgesetzten gegenseitigen Beistimmungen der Regierungsparteien. Es ist bekannt, daß der Reichsinnenminister Schiele sich seit Ende Februar bis Ende Mai einen Norwischenschlaf geleistet hat und von den außerpolitischen Aktionen des Reichsaußenministers nichts gewußt haben will, obwohl sie im Kabinett und auch in der Presse ausführlich besprochen worden sind. Die Deutsche Volkspartei bezeichnet diese Behauptung als Schwindel, während die Deutschnationalen wiederum die Erklärungen ihrer Bundesbrüder der Öffentlichkeit als Lüge offerieren. So jagt eine Erklärung die andre, und alles in allem nennt man diesen Schwindel: „Einigkeit“.

Was wird nun werden? Es ist zu erwarten, daß die parlamentarische Lage trotz aller Kunststücke und Beschwichigungen der Regierung im Laufe der kommenden Woche doch eine Klärung erfährt. Die deutschnationalen Angriffe aus dem Lande gegen den Außenminister und seine Politik mehren sich. Inzwischen haben die Bolschewiken einen begründeten

Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht der Tatsache, daß der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann das

das Angebot des Sicherheitspakts enthaltende Memorandum eigenmächtig und ohne Vorwissen des Kabinetts an auswärtige Regierungen gesandt hat, in Anbetracht der weiteren Tatsachen, daß er dann wochen- und monatelang das Kabinett und den Reichstag ohne Kenntnis des Wortlauts und genauen Inhalts des Memorandums gelassen hat, und daß er so entgegen dem Artikel 58 der Reichsverfassung eigenmächtig eine neue außenpolitische Richtlinie inaugurirt hat, welche der deutschen Zukunft gefährlich und abträglich erscheint, entzieht der Reichstag dem Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann das Vertrauen.

Die Abstimmung über diesen Mißtrauensantrag dürfte den Reichsparteien nicht sehr angenehm sein. Sie muß entweder ergeben, daß Schiele recht behalten hat, und dann muß keine Fraktion für den Antrag stimmen, oder aber der Reichsinnenminister hat es mit der Moral nicht ganz genau genommen, und dann kann er mit seinen Busenfreunden gegen den völkischen Antrag stimmen. Aber was dann? In diesem Falle wäre der Reichsinnenminister öffentlich des Schwindels überführt und damit reif zum Abgang. Immerhin, was auch kommen mag, auf diese oder jene Art dürfte die parlamentarische Lage in den nächsten Wochen eine Klärung erfahren. Es ist bei der Charakterstärke der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei jedoch zweifelhaft, ob sich diese Klärung in einer Krise des Kabinetts ausdrückt. Sie beizichtigen sich zwar heute des Schwindels, aber das schließt nicht aus, daß sie sich morgen wieder einander in den Armen liegen.

Pflicht der Sozialdemokratie bleibt es, auch diesen Volksbetrug aufzudecken.

Der Ruhrkönig.

Nicht nur die Monarchisten lassen die Geschichtsklitterer und Legendenerzähler für sich arbeiten. Auch die Herzöge des Kapitals wissen, wie man die Tränendrüsen nutzbar machen kann. Inmitten der riesigen Fabrikanlagen in Essen, so wird berichtet, steht noch die kleine Werkstätte, des Ahnherrn der Kruppdynastie. Von Hugo Stinnes wiederum hören wir, daß er im Jahre 1890 als Neunzehnjähriger mit dem bescheidenen Kapital von 50 000 Mark begonnen habe, und wenn er zum reichsten Manne Deutschlands, zu einem der reichsten Männer der ganzen Welt wurde, so sei das seiner beispiellosen Tüchtigkeit zu danken. Selbst wenn das richtig wäre, so ist damit noch nichts gegen die Schwärze des kapitalistischen Systems gesagt. Denn während die Krupp und die Stinnes in die Höhe kletterten, versanken zu ihren Gunsten Hunderttausende und Millionen in die Tiefe. Sollte nur die Tüchtigkeit der wenigen und die Untüchtigkeit der Vielen an den sozialen Gegensätzen schuld sein? Gehört wirklich nur Fleiß und Begabung dazu, um auf die höchsten Sprossen der kapitalistischen Stufenleiter zu gelangen? Fragt in den Massen des Proletariats und ihr werdet die Antwort hören: Wir fronden und hungern, wir schöpfen unsre Arbeitskraft bis zum äußersten aus, einen Tag um den andern, Jahrzehnt nach Jahrzehnt, und niemals will es uns gelingen, aus den Niederungen des Elends herauszukommen!

Vor kurzem erschien in deutscher Uebersetzung das Buch eines Franzosen, das das Leben von Hugo Stinnes beschreibt. (Gaston Raphael, Le Roi de la Ruhr Hugo Stinnes, Berlin 1925.) Es soll nicht behauptet werden, daß Raphael sich jeder Kritik enthalten hätte; das konnte er schon als Franzose nicht. Er sucht die Entwicklung des Ruhrfürsten auch von der wirtschaftlichen Seite her zu erklären. Aber wir hören von ihm zuwenig darüber, was eigentlich Stinnes und die anderen seiner Gattung in die Höhe gebracht hat. Dies aber ist doch das wesentliche. Das Glück der wenigen Stinnes war das Unglück vieler Millionen. Aus dem Blute der Verteidiger des Vaterlandes, aus den Tränen der von der Geldentwertung Enteigneten erwuchs erst das Gebäude, das sich Stinnes-Kongern nennt. (Und das heute schon, kaum ein Jahr nach dem Tode seines Schöpfers, zu zerfallen droht.)

Raphael beschreibt Stinnes als einen „Mülheimer Kleinbürger, altmodisch, ein guter Gatte und Vater, Patriot und ehrerbietig gegenüber der Religion und den Ueberlieferungen“. Aber er hat die händlerische Verschlagenheit seiner Familie geerbt, vor allem seines Großvaters Matthias Stinnes, „ein unternehmender, kluger, autokratischer Mann, der es früher als andre verstand, sich der neuen Zeit der Freiheit und der Dampfmaschine anzupassen, die das Zeitalter des patriarchalischen Despotismus und des Handwerks ablöste“. Auch Hugo Stinnes verstand, sich jeder Zeit an-

zupassen. Als der Ausbruch des Weltkriegs bevorstand, „setzte er sich in seine Fernsprechkabine und rührte sich geschlagene vierzehn Stunden nicht vom Fleck. Welche Beschlüsse gab er und an wen? Er allein weiß es. Aber seine Ruhe nach dieser Glanzleistung zeigte, daß er sich gedeckt fühlte“. Während der Jude und Demokrat Rathenau die Rohstoffversorgung organisiert, fährt der Christ und Patriot Stinnes die Kriegsernte in die eigne Scheuer ein. „Er arbeitet Tag und Nacht, schläft wöchentlich niemals im Schlafwagen. Er ist überall zugleich. Er besorgt in Italien die Kohle, mit der die Goeben und Breslau ihre leeren Bunker füllen, bevor sie ihren Durchbruch nach den Dardanellen bewerkstelligen. Und er versorgt ganz Italien mit Kohle, bis zum Vorabend seines Eintritts in den Krieg.“ Er ist bereit, alles in Menge zu liefern, bereit auch, alles zu befördern. Seine Eisenerzeugung war um 500 Prozent gestiegen. Er läßt Kohlen fördern, was das Zeug hält. Er erzeugt chemische Produkte. Er baut Schiffe und läßt sie Konterbande holen. Er macht die berüchtigten „Ersatz“stoffe. „Seine Produktions- und Gewinnjucht wächst durch das Gefühl, daß seine Arbeit von ungeheurem Nutzen für Deutschland ist. Es besteht, mag er denken, ein tadelloser Zusammenhang zwischen seiner Vaterlandsliebe und seinen persönlichen Gewinnen, die reichlich waren.“ Er besorgt die Ausbeutung der Industriewerke im besetzten Gebiet, er „evaluiert“ die 60 000 Belgier nach Deutschland. Seine Unternehmungen im neutralen Ausland bringen ihm Riesengewinne, die fremden Besitzern läßt er als vorsichtiger Geschäftsmann in den Banken der Ursprungsländer liegen. Kriegsgewinnsteuern wurden „nicht zuviel“ gezahlt, Kriegsanleihen nur so viel gezeichnet, „wie die nationale Pflicht es gebot“. Selbstverständlich war Stinnes für Annerexionen, und wenn Deutschland siegt hätte, so war dafür gesorgt, daß ihm der beste Happen zufiel.

Aber Deutschland siegte nicht und nun galt es, sich nach der andern Seite umzustellen. Von Idealismus und Moral kann man nicht leben, hat Stinnes einmal im Reichswirtschaftsrat gesagt. Er war einer der ersten, die aus Papiersegen Gold zu machen verstanden. In schnellstem Tempo erwirbt er den Besitz oder die bevorrechtigte Beteiligung an Kohlenzechen, Hüttenwerken, Metallindustrien, Reedereien, Werften, an all den Unternehmungen, die schließlich in dem, wenn auch nicht mächtigsten, so doch vielfältigsten Konzern der Welt zusammengefaßt waren, in der „Siemens-Rheinische-Schuckert-Union“. Diese ungeheure wirtschaftliche Macht suchte Stinnes auch politisch auszuwerten, trotzdem er schon während des Krieges gezeigt hatte, wie wenig er von Politik verstand. Er mengte sich in die Verhandlungen ein, die zwischen Deutschland und seinen Reparationsgläubigern geführt werden. Er will zuerst von Reparationen überhaupt nichts wissen; später schließt er hinter dem Rücken der Regierung Sachlieferungsverträge mit Frankreich ab; zu 6 Prozent Nettogewinn. Cuno, der Katastrophenpolitiker, wird sein Mann. „Deutschland scheint ein Stinnesland zu werden.“ Nun kommt der zweite Zusammenbruch, und wiederum weiß sich Stinnes zu rechter Zeit in Sicherheit zu bringen. Zu lange schon hat die Wertbeständigkeit der deutschen Mark gedauert. Stinnes gibt ihr Mitte April 1923 den Todesstoß, indem er auf einen Schlag 100 000 englische Pfund kauft und damit den Kurs ins Bodenlose schlendert.

Zu welchem Verhältnis stand Stinnes zur Arbeiterbewegung? Er besaß als „Mülheimer Kleinbürger“ genug Bauernschläueit, um zu begreifen, daß nach 1918 die alten Methoden der schwerindustriellen Scharfmacher nicht mehr angewendet werden dürften. Auch hier verstand er sich anzupassen. Sein Biograph sagt von ihm, daß „er die Arbeiterbevölkerung nicht sehr hoch einschätzte“ und das Kino für ein vorzügliches soziales Werk hält, weil es die Arbeiter von beunruhigenden Gedanken abhält. „Aufstände und Streike müssen unterdrückt werden. Bei ihm darf am 1. Mai nicht gefeiert werden — bei Strafe sofortiger Entlassung.“ Das hindert ihn nicht daran, „Arbeitsgemeinschaften“ mit den Gewerkschaften zu gründen und einzelne Arbeiter in höhere Stellungen einzurücken zu lassen, auch wenn sie nicht die übliche Vorbildung aufzuweisen haben. Das Ganze aber dient ihm doch nur dazu, um die Arbeiter „zu zähmen“. Er hat den alten Grundsatz: „Teile und herrsche“ zur Vollendung gebracht. Indem er den Arbeitern einen Brocken hinwarf, glaubte er das Ganze um so sicherer zu sein, indem er sie zum Scheine mitbestimmen ließ, hoffte er seine Herrschaft um so stärker befestigen zu können.

Der französische Verfasser nennt Stinnes einen „Ge-

schäftsmann von unvergleichlicher Meisterhaft", einen "Uebermenschen des Geschäftswesens". Mehr war Stinnes in der Tat nicht. Wenn er eine schöpferische Idee hatte, so war es der Glaube an die Kohle als die Grundlage aller Produktion. Aber auch dieser Glaube scheint sich als falsch zu erweisen, nachdem das Öl und die Wasserkraft die Kohle zu entthronen beginnen. Und finden wir in seinem Werke keine vorwärtsweisende Kraft, er hat als Händler die Gegenwart auszunutzen verstanden, und dies so gründlich, daß noch heute Verwünschungen laut werden, wenn vom System Stinnes die Rede ist. Die Arbeiterklasse haßt und bekämpft nicht die Person, sondern gerade dieses System Stinnes. Sie will nicht aus einem Meer der Verzweiflung den "Uebermenschen des Geschäftswesens" heraussteigen lassen, sondern den arbeitenden, den produzierenden Menschen zur Grundlage der Wirtschaft, der Politik und der Kultur machen. Wenn die Forderungen des Sozialismus verwirklicht werden, dann wird wahrscheinlich für einen Stinnes, für einen "Uebermenschen" kein Raum bleiben. Wohl aber wird dann die Voraussetzung geschaffen sein, daß auch die Massen, die heute leidenden, entbehrnden Massen in die Höhe gelangen und teilnehmen können an den Freuden des Lebens, die bisher einigen wenigen vorbehalten waren. Eugen Prager.

Landtag vertagt.

Am Sonnabend besaßte sich der Preussische Landtag im Anschluß an den Bericht des Geschäftsausschusses mit der Frage, ob in einem Untersuchungsausschuß ein Abgeordneter, der vor diesem Ausschuß als Zeuge vernommen worden ist, Mitglied des Ausschusses sein kann. Der Geschäftsausschuß hat festgestellt, daß die in Frage kommenden Vorschriften der Strafprozessordnung auf den Untersuchungsausschuß keine Anwendung finden.

Hg. Seiner (Soz.) wies darauf hin, daß der Ausschuß nur die Gemeinerhebung vornehme und keine entscheidende Instanz sei. Die Strafprozessordnung sei lediglich für die Beweis-erhebung maßgebend. Hg. Kuttner (Soz.) betonte, Untersuchungs-ausschüsse seien keine Gerichte. In einem Untersuchungsausschuß gebe es z. B. einen Beschluß der Mitglieder, nicht aber in einem Gericht. Der Untersuchungsausschuß für Gerichte halte, komme zu den unmöglichsten Konsequenzen.

Obwohl niemand die Argumente der sozialdemokratischen Abgeordneten entkräften konnte, stimmte das Haus dennoch für die Forderung der Volkspartei, die Frage zur Prüfung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Die Wiederholung der namentlichen Abstimmung über die Einführung der Greußen-Kontrollen brachte infolge der Obstruktion der Rechtsparteien wiederum die Beschlußunfähigkeit des Hauses, das sich auf den 22. September vertagte.

Der Hoteldieb als Kronzeuge.

Am Sonnabend letzte der preussische Höfle-Ausschuß die Zeugenvernehmung fort. Auch sie ergibt wieder schwere Verzüge der Gefängnisverwaltung. So sagt der Zeuge Mecher, der damals selbst Untersuchungsgefangener in Roabit war, aus, daß Höfle trotz seines schwersten Leidens wiederholt mit "herab-sehenden Ansdrücken" bedacht und nicht sachgemäß behandelt worden ist.

Der Zeuge Techniker Fritz Kener bekundet, daß Höfle damals auch nicht verordnete Morphia verabfolgt worden sind. Er will ferner Briefe von Höfle nach außen vermittelt haben. In einem dieser Briefe soll Höfle an seinen Freund geschrieben haben, er verfüge über eine Anzahl Tabletten, wisse aber nicht, wie sie wirken. Am übrigen soll er gefragt haben, wieviel solcher Tabletten er mit Rücksicht auf sein Herz nehmen könne, damit er kohnfähig werde. Unter Heiterkeit im Auschuß und Zuhörerraum erklärt der Zeuge dann, daß es ihm außerordentlich leicht möglich gewesen sei, Briefe nach der Charité zu bringen. Auch Lebensmittelschließungen seien im Gefängnis vorgekommen, die jeder Verdringung spotteten. Er behauptet ferner, daß der Gefängnisrat in einem ganz ungeeigneten Raum untergebracht sei. Es hätten so viel Tabletten herausgenommen werden können, daß damit eine ganze Kompanie zu versorgen war.

Als der Vorsitzende den Zeugen nach seiner Glaubwürdigkeit fragte, wurde ihm unter Heiterkeit des Ausschusses erwidert, daß er schon drei Jahre abgehejten hat und nicht noch einem

Meineid zu leisten gedente. Der Zeuge ist bestraft wegen Diebstahls und Hottentat.

Der Zeuge Mecher erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden, es erweise ausgeschlossen, daß sich Höfle mit einem Manne wie Meyer eingelassen habe. Es wird dann beschlossen, Meyer nicht zu verurteilen.

Die Einzelberatung der Zollvorlage.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags begann am Freitag mit der Einzelberatung der Zollvorlage. Es wurde beschlossen, zunächst die Industriezölle, und zwar die Gruppe "Steine und Erde", zu beraten. Bemerkenswert war die Erklärung des deutschnationalen Abgeordneten Thomsen, daß die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Industriezöllen abhängig sei von der Behandlung der Agrarzölle. In der Aussprache beteiligten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Silberstein, Frau Sander, Hilferding und Breitfeld. Silberstein verlangte, daß die Zollvorlage nicht entbehrt werden können und in Deutschland selbst nicht hergestellt werden. Für Zement ist der Preis gegenwärtig schon so hoch, daß die Baukosten nicht durch Zölle noch mehr verteuert zu werden brauchen, um die Zementfabriken rentabel zu machen.

Nach längerer Auseinandersetzung wurde der Vorschlag des Hg. Breitfeld (Soz.) einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der alle Vorschläge durchzusehen hat, angenommen, aber die Verbindung gestellt, daß dadurch keine Verzögerung in der Beratung der Zollvorlage eintreten darf. Die Sozialdemokraten stimmten für den Ausschuß, aber gegen jede Befristung seiner Arbeitszeit. Weiterberatung am Sonnabend.

Die französische Beamtenbewegung.

Unser Korrespondent schreibt uns aus Paris:

Die Tagungen des französischen Beamtenkongresses, der soeben in Paris stattfand, gingen zum Teil äußerst unruhig zu. "Seit 25 Jahren habe ich keine so stürmischen Sitzungen mitgemacht", jagte der Vorsitzende Emile Clau. Viele rein politische Fragen wurden auf dem Kongress diskutiert, und seine Debatten geben im Grunde ein getreues Spiegelbild von der allgemeinen Verbotheit, in der zurzeit fast alle Bevölkerungskreise infolge der Unklarheit der finanziellen Lage Frankreichs schweben.

Die Beamtengewerkschaft ist vor allem darüber unzufrieden, daß der Finanzminister Caillaux in der Kammer neue Inflations-Finanzgesetze annehmen läßt und trotzdem die Gehalte der französischen Beamten als ausreichend bezeichnete. Dabei stehen sie in Wahrheit seit der letzten Erhöhung um 50 Prozent hinter der allgemeinen Index-Ziffer zurück. Eben führte Caillaux durch Festsetzung eines Goldwertes für die französischen Schatzbons zum erstenmal den Begriff des Goldfranken offiziell ein. Und jetzt schon muß er die Folgen davon sehen: Die Arbeiter und Beamten nehmen diese Kurierung nicht gleichgültig hin, weil sie wissen, daß ein Aufbau des französischen Finanzsystems auf Goldwährung in der von Caillaux vorgeschlagenen Art nur eine neue Verarmung und Verelendung der Arbeiterklasse und des Mittelstandes bedeuten würde. Daher verlangte nun der Beamtenkongress die Angleichung des Lohnes an die Preis-Indexziffer, "da die neuen von der Regierung in der Kammer jetzt eingebrachten Gesetzesvorläge nur eine neue Entwertung des Franken und weitere Preissteigerung sämtlicher Gegenstände des täglichen Bedarfs zur Folge haben können". Denn der Gegengrund, der Staat habe nicht das Geld, um seine Beamten genügend zu bezahlen, falle gänzlich weg, da man ja gesehen habe, daß dieser Gegengrund andernorts nicht vorgebracht wurde, als es sich darum handelte, "für viele unnütze Dinge Geld auszugeben, so besonders für die Militärausgaben".

Die Erregung in der französischen Beamtenschaft ist groß. Hunderte von Beamten zogen in langem Protestzug vor den Senat, um dort direkt ihre Forderungen vorzubringen. Poincaré empfing ihre Delegierten und jagte ihnen

in seiner bekannnten vermittelnden Art zu, es müsse sich bei Caillaux' Worten, die Beamten seien hoch genug bezahlt, um irgendein Mißverständnis gehandelt haben. Ein solches dürfte jedoch kaum vorliegen, da die Worte des Finanzministers im Verbandsblatt der französischen Regierung erschienen waren.

Vor der Regierung Ferris waren die Beamtengewerkschaften nie offiziell anerkannt worden. Die französische Rechte hat es Ferris besonders im Anfang seiner Regierung sehr zum Vorwurf gemacht, daß er trotzdem mit den Führern der Beamten verhandelt habe. Verfassungsbruch, Hochverrat und vollkommenste Regierungsunfähigkeit wurden Ferris deshalb von der Rechten vorgeworfen. "Damit habe er den Anarchismus gestärkt und den völligen Staatszerfall heraufbeschworen. Nun aber scheut sich der gerade von der Rechten so stark gestützte Ministerpräsident Poincaré nicht, ebenfalls Beamtendelegierte zu empfangen. Mehr als das: Er verhandelte mit ihnen im selben Augenblick, in dem im Senat Poincaré und seine Partei eine Resolution annahm, die von Drohungen gegen die Beamtengewerkschaften sprach. Der noch von Ferris Zeiten stammende Gesetzesvorschlag einer offiziellen Anerkennung der Gewerkschaften ruht andererseits immer noch in einer Kommission der Kammer, ohne weiter bearbeitet zu werden. Es dürfte im Parlament noch interessante Sitzungen geben, wenn man sich später damit befassen wird.

Die Einladung der Kommunistischen Beamten zur Teilnahme an einem von ihnen organisierten Kongress wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Man beschloß lediglich, einen Beobachter dahin zu senden.

"Wenn die vom Nationalen Bloc hinterlassene Erbschaft so schwer wiegt, dann soll man das Geld zur Deckung der Staatsschulden nicht bei den Arbeitern und Beamten suchen. Was diese geben können, das geben sie. Aber zu viele andere entscheiden der Steuererfassung, zu viele jüdische Betrüger beschließen weiter, zu viele lebenswürdige Parlamentarier zögern, die wirklichen Rettungsmagnahmen zu ergreifen. Mit der ganzen Arbeiter- und Mittelklasse, die von festem Einkommen leben, würden die Beamten die ersten Opfer einer neuen Entwertung des französischen Geldes sein" hieß es in einer Resolution des Kongresses.

Für die französische Rechte sind diese Beamtenforderungen der Beginn einer neuen französischen Revolution. Kurt Lenz.

Tagung der sozialistischen Internationale.

In der erweiterten Sitzung des Bureaus der Sozialistischen Internationale, die am Sonnabend in London begann und an der Vertreter der deutschen, belgischen, französischen, deutschösterreichischen, österreichischen und russischen Sozialdemokratie teilnahmen, schloß am Sonnabend eine Entschließung zur internationalen Politik, in der es u. a. heißt:

"Die Internationale bekräftigt von neuem ihren entschlossenen Willen, von allen Regierungen Europas und der ganzen Welt eine Politik des Friedens zu verlangen, gestützt auf einen weiter ausgebauten und demokratisierten Völkerbund. Die Internationale gibt nochmals der Auffassung Ausdruck, daß der Völkerbund alle Völker mit gleichen Rechten umfassen soll, und es für das Wohl Europas besonders wünschenswert ist, daß Deutschland und Rußland dem Völkerbund angehörend. Die Internationale stellt fest, daß alle ihr angeschlossenen Parteien darin einig sind, die Annahme des Genfer Protokolls in allen Parlamenten und seine Durchführung durch alle Regierungen zu fordern. Sie betrachtet das Genfer Protokoll als den Ausdruck und die Verwirklichung des Völkerbundespatentes und der Grundzüge allgemeiner Schiedsgerichtsbarkeit, die allen Völkern Sicherheit geben und der Welt die Abrüstung bringen kann.

Am Hinblick auf den Sicherheitspakt fordert die Internationale, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die endgültige Durchführung des Genfer Protokolls zu erlangen. Die Internationale fordert die angeschlossenen Parteien auf, so lange bis ein Ergebnis erzielt werden kann, darüber zu machen, daß kein Teilvertrag abgeschlossen wird, der im Widerspruch zu den oben niedergelegten Grundsätzen steht. Ferner

Kleines Feuilleton.

Henri Barbusse über den "Krieg" von Diz.

Barbusse hat zu dem Hediervort von Otto Diz "Der Krieg" ein Vorwort geschrieben, das in dem vom Verlag Carl Hirtensdorf, Berlin, veröffentlichten wird. Es wird der Volksausgabe in Buchform beigelegt.

Der diese Bilder des Grauens sich aus dem und Herzen riß und aus vor uns ansbreitet, liegt in den letzten Schanden des Krieges. Ein wahrhaft großer deutscher Künstler, unser brüderlicher Freund Otto Diz, hat hier in grellen Bildern die apokalyptische Hölle der Wirklichkeit! Man sage nur nicht, er übertriebe. Das ist die ewige Äußerung der Menschheit, die prägen, daß sie der Würde eines Volkes nicht gewachsen sind; der Sequenzen, die das Wort Krieg schon in ihrer Schöpfung haben.

Kann man den Krieg gar nicht überleben. Man kann seinen ganzen Körper nicht einmal mehr jenseits begreifen, selbst wenn man ihn an seinen Leib verpackt. Vor der Größe, der Macht dieses Ereignisses vermag unsere Vernunft. Die Seele vermag ihn nicht zu umspannen und zerbricht wie eine Dage unter dieser ungeheuerlichen Ueberbelastung. Mit dem Kriege ergeht es uns wie mit den astronomischen Ereignissen: Man mag sich unendlich weit bewegen, ein Stern brandet Tausendmal, um das Weltall zu durchleuchten... die Augen aufpassen vor dem Schwimmel der Farben hinter den Jähren, die die Entfernungen oder Mengen der Sterne bedeuten... Diese Formeln bleiben jenseits und werden keinerlei Sinnhaftigkeit. Genau so, nämlich ist es abstrakt, wird ewig der Krieg auf seine Sinne, seine Verpöhlungsart wirken. Denn was soll ich mir unter der Zahnde denken, daß im letzten Krieg fünfzehn Millionen Kanonen getötet wurden? Bei solcher Verpöhlungsart gerät der gesamte menschliche Verstand.

Und erst der Schrecken der Todesqualen, der grenzenlosen Remordungen! Welche Gefahr nahe bei der Tod an, grüne, voll unfaßbarer Barbarei, als er auf die Kanonen losgelassen wird, die "dabei waren" und nun wie Barmer in der Erde sich wunden und die Weltspinnung gegen die Grenzen jenseits! Da wird nicht mehr mit Feind und Säuerer gekämpft. Unvorsichtige Frauen gehen in die Erde, Gas, Feuer, Gift... das sind heute die Waffen, Fortschritt der Wissenschaft und Technik, göttliche Erfindungen, verdrängte Entdeckungen spielen mit den Leibern der Armen, die zerquetscht, verdrängt, von Bomben getroffen, von Kanonen zertrümmert, von Gasen überhäufet werden... gesunde Leiber, in denen ein Herz schlägt, ein Herz schlägt! Das ist kein Logikmann, sondern die Wahrheit. Heute ein Mensch all die wahren Größen der Welt, heute ein Mensch, der die Erde umgibt, in denen länger als 4 Jahre die Erde umgeben einander gegenüberliegen... heute er hat Schicht für Schicht durch dieses Meer von Kanonen, Bomben, Gift... unter den Leibern andre und weiter tief

wieder nur noch Zeichen gefunden: sein Erlebnis wäre tausendfach grauenvoller, unfaßbarer noch als diese tragische Reihe von Bildern, die Otto Diz vor uns entrollt. Auch er mußte gefahren, daß dieser Künstler im rechten Augenblick erschien, um uns aufzurütteln mit diesen Szenen aus dem Kriege.

Als Andreas Lohfess Buch "Menschen im Kriege" erschien, hieß es auch, daß hier Fieber und Grauen die Grenzen der Wirklichkeit sprengten und das Werk dieses genialen Dichters Literatur eines Geisteskranken sei. Aber Lohfess gab selbst in seinem Buche die richtige Antwort: Angehört der Verheerungen des modernen Krieges erscheinen die "abstraktesten Vermutungen".

Ja, es ist eine gute, eine segensreiche Tat, wenn ein begabter und ehrlicher Mensch vor aller Augen den Schrecken malt, wie er war. Sie immer man das Problem des Krieges drehen und wenden mag, eines steht fest und es gibt kein Argument gegen diese Tatsache: wenn die Menschen wüßten... sie würden nie wieder anfangen! Dummheit und... was aufs gleiche hinausläuft, Vergeßlichkeit sind hier Sünde und Verbrechen. Ein Verbrechen auch dieses fäulnis Leugnen und Ausweichen... Ach, reden wir nicht mehr von diesen Gräueln! Dieses Schweigen würde nichts anders bewirken, als daß die Ereignisse sich wiederholen... wenn es noch möglich wäre, nicht mehr von ihnen zu sprechen, heute, da die Aufmerksamkeit der Völker geweckt und gebildet ist. Und deshalb gebührt diesem Künstler alle Ehre, der die Gräuelt der Verwüstung zu einer schrecklichen Vision formte, die wir nie wieder vergessen können.

Die Redierungen aus der Kopie "Der Krieg" von Otto Diz sind bei Heinrichshofen im Graphischen Institut angefertigt und können täglich von 9 bis 17 Uhr unentgeltlich besichtigt werden.

Die lieben Studenten.

Der Kassier Dr. Gumbel, der auf Wunsch der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Studenten in Tübingen unermüdet über den Krieg sprach wollte, hatte, nachdem das Übermaß diesen Vortrag verboten, ein anderes Thema, nämlich "Deutschland und Frankreich", gewählt. Gegen dieses Thema legte sich aber die Unversittät ins Mittel, und nur dem energischen Eintreten der Vereinigten Gewerkschaften in Tübingen war es zu danken, daß der Vortrag schließlich doch gehalten werden konnte. Da der Hochschulring deutscher Art schon am Abend vorher eine Versammlung angehalten hatte, in der Dr. Gumbel für den Fall seines Ausscheidens bedroht wurde, war man nicht weiter überrascht, als schon lange vor Beginn des Vortrags sich zahlreiche Studenten eingefunden hatten, um mit dem Vortrag des Ehrhardt-Niedes und der Nacht am Rhein usw. eine Sitzung der Versammlung zu eröffnen. Dies gelang ihnen auch, nachdem sie bei Öffnung des Saales mit Trillerpfeifen und andern

Instrumenten einen furchtbaren Spektakel gemacht hatten. Trotzdem die Ruhstörer von den anwesenden Reichsbannerleuten rasch an die Luft befördert wurden, mußte die Versammlung auf Veranstaltung der Polizei geschlossen werden.

Auf den Rat des leitenden Polizeibeamten, außerhalb Tübingens eine geschlossene Versammlung abzuhalten, zogen die Versammlungsteilnehmer nach Lützenau. Schon auf dem Wege dahin zeigte es sich, daß die Studenten ihre Absicht, den Vortrag zu verhindern, nicht aufgegeben hatten. So wurde u. a. ein Universitätsprofessor Dr. Wilbrand, der schon in der Tübingen Versammlung zu vermitteln gesucht hatte, von den nationalsozialistischen Studenten aber niedergeschrien worden war, von einigen Studenten im Weissen seiner Gattin angegriffen.

Nachdem Dr. Gumbel etwa die Hälfte seines Vortrags in Lützenau gehalten hatte, wurde von den Studenten durch die Fenster ein regelrechtes Bombardement mit Pflastersteinen eröffnet. Die aus dem Saal flüchtenden wurden am Ausgang ebenfalls mit einem Hagel von Steinen empfangen, wobei es neben großen Sachschädigungen zahlreiche Verletzte gab. Es entwickelte sich daraufhin eine regelrechte Prügelei, gegen die die Polizei machtlos war. Erst das Dazwischentreten einer Abteilung Tübingen Reichswehr und Lützenauer Feuerwehr beendete die wüsten Szenen, bei der die Polizisten zahlreiche Verhaftungen vorgenommen hatte.

Das gerichtliche Nachspiel wird unvermeidlich sein. Und ebenso unvermeidlich ein äußerst milbes Urteil über die nationalsozialistischen Heger vom "Hochschulring deutscher Art", die sich damals beim Dresdner Hinkemann-Standal in unerhöhter Rücksicht von seiten der Richter haben erstreuen dürfen.

Bildende Kunst. Direktor Cassiol vom neuen Museum Petrianum in Rom entdeckte auf einem Dachboden der Peterskirche sieben Terrakotta-Figuren von Propheten, die wahrscheinlich Original-Modelle von Michelangelo für die Lambour-Figuren der Peterskuppel sind, die später nicht ausgeführt wurden. Die Bedeutung des Fundes wird dadurch erhöht, daß sich darunter Porträts von Leonardo und Rafael befinden.

Todesfall. Jan Veth, der bekannte holländische Kunstgelehrte und Maler, ist an den Folgen einer Operation in Amsterdam gestorben. Professor Dr. Jan Veth, der ein Alter von 61 Jahren erreichte, hat große Verdienste um die Pflege der alten und neuen holländischen Kunst. Er schied auch ein vorzügliches Deutsch und stand in der ersten Reihe der Persönlichkeiten, die den geistig-künstlerischen Austausch zwischen Holland und Deutschland zu fördern streben. Unter seinen kunstliterarischen Arbeiten sind die über Rembrandt und J. P. C. E. besonders erwähnenswert.

angeschlossenen Parteien, zwischen denen Uebereinstimmung darüber erzielt wird, einen solchen Vertrag ins Werk zu setzen, wobei darüber wachen, daß er im Rahmen und unter der Kontrolle des Völkerbundes geschlossen wird, daß er nicht gegen die Schiedsgerichtsbarkeit und die Abfertigung ausgespielt und nicht gegen eine oder mehrere Mächte gerichtet wird. Mit Rücksicht auf die besondern osteuropäischen Gefahren werden die angeschlossenen Parteien insbesondere erstreben, daß die zwischen Deutschland auf der einen und Polen und der Tschechoslowakei auf der andern Seite abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge nicht unter einer einseitigen, sondern unter einer wirklich internationalen Garantie gestellt werden. Die angeschlossenen Parteien werden die Beratung des Sicherheitspakt zum Anlaß nehmen, um ihre Vorschläge zu machen und in den Parlamenten ihre Stellung gegenüber dem Genfer Protokoll zu betonen."

Die Unruhen in China.

Die schweren Unruhen, die in China ausgebrochen sind, hatten zunächst eine rein wirtschaftliche Ursache. Seit Februar löste in verschiedenen Städten Chinas ein Streik den andern ab. Den Anfang machte ein großer Streik in japanischen Fabriken von Shanghai. Ihm schlossen sich umfangreiche Streiks in den Textilfabriken von Tjingtau und zahlreiche Streiks in Kanton, Mukden und andern Städten an. Kennzeichnend für diese Streiks der chinesischen Arbeiterschaft war, daß die Arbeitgeber der betroffenen Fabriken durchweg Ausländer waren. Die Folge war, daß die rein wirtschaftliche Bewegung seit Ende Mai in eine allgemeine fremdenfeindliche Empörung umschlug. Die immer mächtiger werdende Bewegung wurde schließlich zu einer politischen Erhebung, die das vom ausländischen Kapitalismus und Imperialismus verflachte chinesische Volk in tiefster Verzweiflung gewagt hat.

Als der Stein ins Rollen gekommen war, folgten sich die Ereignisse Schlag auf Schlag. Am 30. Mai veranstalteten Studenten in den Straßen des Ausländerviertels von Shanghai einen Demonstrationsszug für die Freilassung von Arbeiterführern, die am Tage zuvor bei einem Streik von der ausländischen Polizei verhaftet worden waren. Die Demonstranten verlangten gleichzeitig die Befreiung Chinas vom ausländisch-kapitalistischen Joch. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen Studenten und englischer Polizei, wobei sieben Studenten erschossen und mehrere schwer verletzt wurden. Die Chinesen selbst waren unbewaffnet. Am folgenden Tage veranstalteten die Studenten wiederum einen großen Demonstrationsszug im Ausländerviertel. Die Ausländer hatten bereits ein schwerbewaffnetes Freiwilligenkorps gebildet. Diesmal wurden viele Studenten, darunter auch vier Studentinnen von der ausländischen Polizei verhaftet. Die Erregung der einheimischen Bevölkerung wuchs ungeheuer. Für den gleichen Abend riefen die Studenten, die Handelskammer und der Verband der kaufmännischen Vereine in Shanghai zu einer Protestversammlung auf, die von mehr als 10 000 Menschen besucht war. Einmütig wurde beschloffen, vom 1. Juni an sämtliche chinesischen Läden Shanghais zu schließen.

Damit war das ganze Geschäftsleben lahmgelegt, während die chinesischen Arbeiter schon seit Wochen in den ausländischen Fabriken im Streik standen. Die Streikbewegung nahm infolgedessen vom 2. Juni an den Charakter eines Generalstreiks an. Am gleichen Tage landeten amerikanische, japanische, portugiesische und italienische Truppen. Daraufhin schlossen sich die Arbeiter der Wasserwerke dem Streik an. Alle Betriebe waren lahmgelegt.

In Peking und andern Städten wurde gleichzeitig unter Führung der Studenten und der chinesischen Handelskammer die Unterstützung der Bewegung gegen die Ausländer in Shanghai beschlossen. Am 3. Juni schlossen alle chinesischen Banken in Shanghai und die Hafenarbeiter traten als letzte in den Streik. Ihnen schloß sich am 4. Juni auch die chinesische Polizei des Fremdenviertels an. Am 5. Juni schätzte man die Zahl der streikenden Arbeiter auf 300 000. Dieser Generalstreik und allgemeine Boykott der Fremden dauerte bis zum 10. Juni in voller Schärfe an. Auch bis Mitte Juni war das Geschäftsleben Shanghais noch keineswegs wieder in Gang gekommen.

Dann änderten die Chinesen ihre Taktik. Sie haben jetzt von Demonstrationsszügen ab, um Zusammenstöße mit der Polizei zu vermeiden und setzen den Kampf rein wirtschaftlich durch Streik und Boykott fort. Die chinesische Regierung griff und greift gegen die Streikenden nicht ein. General Jeng und General Lichang entsandten zwar je 2000 Soldaten nach Shanghai, aber nicht um die Streikbewegung zu unterdrücken, sondern um die chinesischen Einwohner gegen Angriffe der Ausländer zu schützen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die ursprünglich wirtschaftliche Bewegung einen vollkommen politischen Charakter angenommen hat. Die Forderungen der Studenten, die weiteste Freie der Bevölkerung hinter sich haben, lauten auf Versammlungs- und Pressefreiheit, auf Koalitionsrecht und Streikrecht der Arbeiter, Aufhebung der Konzeptionen an die Ausländer und Abschaffung der Konjulgengerichtsbarkeit und vor allem völlige Gleichberechtigung mit den Ausländern. Nur wer die Behandlung der einheimischen Bevölkerung durch die Ausländer kennt, kann diese Forderung würdigen. Die Handlungsweise der Ausländer spottet oft geradezu jeder Beschreibung und erinnert an die Sklaverei.

Die chinesische Presse aller Richtungen unterstützt die Streikbewegung und den Boykott. Sie zeigt hauptsächlich das Verhalten der fremden Polizei, von der einwandfrei festgestellt ist, daß sie die zahlreichen getöteten Studenten alle von hinten erschossen hat. Gewaltmaßnahmen der Fremdenpolizei und ihrer ausländischen Auftraggeber werden auf die Dauer den Willen der chinesischen Bevölkerung nach Gleichberechtigung mit den eingewanderten Kapitalisten nicht niederhalten können. Gewiß ist es vorläufig noch zweifelhaft, ob bereits die jetzige Aktion der Studenten und Arbeiter zu dem erhofften Ziele führt. Die Schwierigkeiten liegen u. a. darin, daß trotz aller Einmütigkeit innerhalb der chinesischen Be-

Radiodienst der Volkstimme.

Besuch der schwedischen Flotte.

nr Kiel, 6. Juli. Ein Teil der schwedischen Flotte unter der Führung des Linienschiffs Gustav 5. und in Begleitung von zehn Ulfbooten und einem Flugzeugmuttertschiff traf am Sonntag zum Besuch Kiels und der deutschen Marine im Kieler Hafen ein. Die schwedische Besatzung, die an diesem Besuch teilnimmt, beträgt rund 2300 Mann.

Internationale Funkkonferenz.

Genf, 6. Juli. Am Montag beginnt in Genf eine internationale Konferenz für die Regelung des Funkverkehrs. Auf der Tagung werden 70 europäische Sendestationen vertreten sein. Der Hauptzweck der Konferenz ist die Verteilung der bestehenden Stationen auf die einzelnen Wellenlängen.

Schwarzweißrote Grüße.

sp Berlin, 6. Juli. Der Präsident der deutschen Republik, von Hindenburg, hat den schwarzweißroten Kriegervereinen, die am Sonntag in Neuruppin einen großen Kummel abhielten, in einem Telegramm die besten Wünsche und allen Teilnehmern kameradschaftliche Grüße übermittelt. Wir sind gespannt, wann der Reichspräsident einer Veranstaltung von Republikanern ebenso huldvoll gedenkt.

Reichsbannerntag in Brandenburg.

rs Brandenburg, 6. Juli. In Anwesenheit von weit über 10 000 Reichsbannerkameraden aus der gesamten Provinz Brandenburg fand am Sonntag die Bannerweihe des Reichsbanners unter harter Beteiligung der Bevölkerung statt. Die Stadt wies in den öffentlichen und privaten Gebäuden reichen Flaggenschmuck auf. Die Weihe des Banners nahm der demokratische Abgeordnete Professor Bergsträßer vor.

Der belgische Metallarbeiterstreik.

s Brüssel, 6. Juli. Der belgische Metallarbeiterkongress, der nach Brüssel einberufen war, um auch zu dem Streik in der

belgischen Metallindustrie Stellung zu nehmen, beschloß nach langer Debatte, ob der Generalstreik sofort proklamiert oder erst nach einer Abstimmung vorgenommen werden soll, mit allen gegen wenigen Stimmen den Generalstreik für alle Betriebe, in denen die Unternehmer Lohnkürzungen vornahmen. Der Streik wird spätestens am 16. Juli im ganzen Land allgemein sein.

Lohnbewegungen in Leipzig.

up Leipzig, 6. Juli. Die Streikbewegung der Arbeiter der Leipziger Straßenbahn endigte damit, daß das Schiedsgericht einen Spruch fällte, wonach für das technische Personal eine Zuschlagzulage von 15 Mark für die Zeit vom 23. Mai bis 30. Juni bezahlt wird. Ab 1. Juli erhöhen sich die Stundenlöhne um 8 Pfg. Die technische Zulage bleibt bestehen. Die Arbeit wurde sofort wieder aufgenommen.

up Leipzig, 6. Juli. Dem Streik der Bauarbeiter Leipzig schloßen sich am Montag etwa 2500 Zimmerleute an. Diese verlangen einen Spitzenlohn von 1,32 Mark bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 45 1/2 Stunden.

Verbandsstag der Fabrikarbeiter.

up Leipzig, 6. Juli. Am Sonntag abend traten in Leipzig die Delegierten des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes zum 15. außerordentlichen Verbandsstag zusammen. Von ausländischen Brüdern sind Vertreter aus Schweden, Dänemark, Österreich und der Tschechoslowakei erschienen. Aus andern Ländern treffen noch Vertreter ein. Die Eröffnungsfeier im feierlich geschmückten Saale des Volkshauses leitete der Vorsitzende Brech (Hannover) mit einer Begrüßungsansprache ein, wobei er auch der Opfer der Arbeit gedachte, zu deren Ehren sich die Delegierten erhoben. Zum 1. Vorsitzenden wurde Brech, zum zweiten Schumann (Leipzig) bestimmt. Die eigentlichen Beratungen begannen heute früh.

Notizen.

Zusammenbruch des Barma-Kummels in Sachsen. Der sächsische „Barma-Ausschuß“ nahm ein in ihm einen Antrag der beiden Berichterstatter an, worin festgestellt wird, daß die Geschäfte zwischen der sächsischen Regierung hin dem früheren Wirtschaftsminister Schwarz und den Barma-Kleinlein Anlaß zu einer Bemängelung geben. Der kommunistische Vertreter enthielt sich der Abstimmung. Ein kommunistischer Antrag, den sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, seines Amtes wegen seiner Vermittlungstätigkeit den Barma-Kleinlein gegenüber zu entheben, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die gefährlichen Anführer. Der sächsische Präsekt von Trient hat vom 1. Juli ab den Verkauf von Anführerarten von Südtirol mit deutscher und zweisprachiger Aufschrift verboten. — Der Liebe unserer schwarzweißroten Patentbesitzer zu dem Italien Mussolinis tut die fanatische Unterdrückung der Deutschen in Südtirol natürlich keinen Abbruch.

Ende der Wuchererzeugung. Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag einen Gesetzentwurf, der die Aufhebung der Preisstreberei, Verordnungen und der damit zusammenhängenden Verordnungen vorsieht. Einzelne Bestimmungen über Preisverzeichnisse und Preisrichter bleiben bestehen. So wird zum Beispiel für den Handel mit Fleisch und Wurstwaren der Preisrichterzwang und die Vorschrift über Preisverzeichnisse aufrechterhalten. Im großen und ganzen bedeutet diese Regelung das Ende der Wuchererzeugung.

Sowjetisten und Hafenkrenz. Die Kommunisten haben wieder einmal den Schwarzweißroten zu einem billigen Triumph verholfen. Der Rat der Stadt Leipzig forderte von den Stadtverordneten 10 000 Mark zur Beschaffung von schwarzrotgoldenen Fahnen für die sächsischen Gebäude, die damit noch nicht versehen sind. Die Rechtsparteien forderten schwarzweißrote und die Kommunisten rote Fahnen und stimmten dann gemeinsam den Antrag auf Beschaffung schwarzrotgoldener Fahnen nieder. — Es bewährt sich immer wieder, das Bündnis von Sowjetisten und Hafenkrenz!

Frankreichs schwerer Stand in Marokko. Die militärische Lage Frankreichs in Marokko wird von Tag zu Tag beunruhigender. Während im Westen die Lage fast unverändert bleibt, häufen sich im Zentrum und vor allem auf dem rechten Flügel der französischen Front die Angriffe der Ristruppen. An zahlreichen Stellen ist es ihnen gelungen, die französischen Linien zurückzuführen. Der offizielle Heeresbericht gibt zu, daß durch dieses Eindringen und durch die gleichzeitig verstärkte Propaganda Abd el Krim die Beunruhigung unter den Angriffsbereiten mahnenden Stimmen wächst, so daß zu befürchten ist, daß ihre Haltung durch die Erfolge Abd el Krim zuungunsten Frankreichs beeinflusst wird.

Die Sozialisten stärkste Partei in Holland. Nach den vollständigen Wahlen haben die Rechtsparteien im ganzen 58, die Linksparteien 42 Sitze erhalten. Der Block der Linken bleibt somit in der Minderheit, obwohl die Linksparteien zwei Sitze gewonnen haben. Die Wahlbeteiligung betrug 1 635 000 gegenüber 1 588 000 im Jahre 1922. Die Sozialisten haben den größten Stimmenzuwachs zu verzeichnen — von 405 000 um 95 000 auf 500 000. Obwohl sie die zahlenmäßig stärkste Partei sind, haben sie nur 24 Sitze erhalten, die Katholiken jedoch mit 342 000 Stimmen 30 Sitze. Der Zuwachs der Katholiken betrug nur 3000 Stimmen. Die sogenannten Gegenrevolutionäre haben 37 000 Stimmen und drei Sitze, die Kommunisten 15 000 Stimmen und einen Sitz verloren. Der Stimmenanteil der Sozialisten im ganzen Lande ist von 20,6 auf 25,4 Prozent gestiegen, in Amsterdam von 29 auf 37 Prozent, in Rotterdam von 33,5 auf 38 Prozent, in Haag von 24 auf 29 Prozent und in Utrecht von 28 auf 31 Prozent.

Deutschen.

Die andre Seite des Patriotismus.

Wb. London, 6. Juli. „Daily Telegraph“ berichtet aus Shanghai, daß die chinesische Handelskammer den Streikenden in Shanghai 500 000 Dollar zur Verfügung gestellt habe. Die chinesischen Fabriken seien voll beschäftigt und erzielen riesige Gewinne, während die den Ausländern gehörenden Werke ihren Betrieb eingestellt hätten. Man begreift sehr leicht, daß chinesische Kapitalisten große Summen opfern, um die Arbeitererschaft zu unterstützen. Haben diese dann die Kastanien aus dem Feuer geholt, werden sie von den eignen Ausbeutern wohl kaum weniger geschunden als von den fremden. (A. d. B.)

Neue Rad-Weltrekorde.

Wb. Eiberfeld, 6. Juli. Auf der Radrennbahn des Eiberfelder Stadions wurden nicht weniger als vier neue Weltrekorde aufgestellt. Das 100-Kilometer-Rennen mit Schrittmacherführung hatte folgendes Ergebnis: 1. Wittig (Berlin) in 1 Stunde 10 Minuten 56 Sekunden. 2. Lienart (Belgien) 1250 Meter zurück. 3. Saldow (Berlin) 4000 Meter. 4. Parisot (Frankreich) 14 200 Meter. 5. Lejour (Belgien) 21 970 Meter zurück. Bei 30 Kilometer wurde von Saldow mit 22 Min. 5 Sek., bisher 22 Min. 8 Sek., ein neuer Weltrekord aufgestellt. Bei 80 Kilometer stellte Wittig mit 56 Min. 45 Sek. (57 Min. 23 Sek.) einen neuen Weltrekord, bei 90 Kilometer Wittig mit 63 Min. 52 Sek. (67 Min. 10 Sek.). Bei 100 Kilometer hat Wittig den Weltrekord über diese Strecke gleichfalls gebrochen, der bisher 1 Stunde 14 Min. 45 Sek. war. Der neue Rekord ist um etwa 4 Minuten gebessert.

völkerung die rein innerpolitischen Differenzen infolge der Mietkracht zwisch der Lichang-Partei und der von Sun-Yat-Sen gegründeten linksgerichteten Volkspartei sich auch in dem seit Wochen geführten Kampfe gegen das ausländische Kapital bemerkbar macht. Auf die Dauer dürften aber auch diese Schwierigkeiten, welche die ausländischen Machthaber natürlich bis aufs letzte ausnutzen, durch den immer stärker werdenden Drang nach Freiheit und Gleichberechtigung überwunden werden.

Belgien geht voran.

Der belgische Minister für Arbeit und Industrie, der Sozialist Wauters, erklärte dem Brüsseler Vertreter des „Soz. Pressebüros“ folgendes:

„Wir werden unbedinglich einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag in der Kammer einbringen. Seine Annahme ist gesichert. Ich hoffe, daß man die Bedeutung dieses Schrittes namentlich auch im Ausland anerkennen wird. Bisher wurde unserer Forderung auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens immer entgegengehalten, daß sie unsre Industrie gegenüber der andern Länder, die den Achtstundentag nicht einhalten, in gefährlicher Weise schädigen würde. Es wurde deshalb sogar von Freunden des Achtstundentags eine bedingte Ratifizierung vorgeschlagen, d. h. die Ratifizierung sollte erst dann in Kraft treten, wenn die hauptsächlichsten Konkurrenzländer des Abkommens gleichfalls ratifiziert haben würden. Die Erfahrung hat uns aber gezeigt, daß wir mit der Methode der bedingten Ratifizierung nicht vom Ziele kommen. Jedes Land möchte da dem andern den Vortrang gewähren und feins entschließt sich, den ersten Schritt zu tun. Wir haben uns deshalb entschlossen, zur unbedingten Ratifizierung zu schreiten, d. h. ohne Rücksicht darauf, was andre Länder tun oder lassen mögen.“

Wir erfüllen damit in unserm Lande selber eine durchaus berechtigte Forderung unserer Arbeiter, die den Achtstundentag dauernd gegen jede Möglichkeit des Angriffs gesichert sehen wollen. Wir glauben allerdings, daß nun, wo der Achtstundentag für die Dauer von zehn Jahren gegen jede Aufhebung gesichert sein wird, auch unsre Arbeiter mit größerer Ruhe und Zuversicht die im Interesse der Produktion etwa nötigen zeitweiligen Ausnahmen annehmen können.

Andererseits wollen wir mit der unbedingten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens aber auch den andern Ländern ein Beispiel geben, dessen Nachahmung wir von ihnen erwarten. Die französische Regierung hat sich bereits für die Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen. Wir hoffen, daß England und Deutschland nunmehr nicht zögern werden, den gleichen Schritt zu tun. Wir möchten annehmen, daß unser praktischer Schritt es den Arbeitern in Deutschland, England und andern Ländern erleichtern wird, die Widerstände gegen die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu überwinden.“

Abbruch der deutsch-französischen Verhandlungen

Zwischen Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet hat am Sonnabend eine neue Aussprache stattgefunden, die zum Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen geführt hat. Die deutsche Delegation ist nämlich, wie erklärt wird, nach reiflicher Prüfung der neuen französischen Gegenentwürfe zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese keine Grundlage für eine Verständigung bilden. Staatssekretär Trendelenburg hat infolgedessen die Erklärung abgegeben, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, angesichts der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zum Abschluß eines Abkommens zu gelangen, das noch vor den Parlamentsferien ratifiziert werden könnte.

Die beiden Delegationschefs werden am Montag noch einmal zusammenkommen, um darüber zu beraten, was bei dieser Lage noch geschehen kann. Sie wird dadurch ersichert, daß die französische Regierung beabsichtigt, von der Kammer sofort nach ihrem Wiederzusammentritt im November die Beratung der neuen Zollgesetz-Novelle zu veranlassen. Man rechnet damit, daß diese Debatte mehrere Monate in Anspruch nehmen wird, und es gilt als ausgeschlossen, daß in der Zwischenzeit die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen fortgesetzt werden können.

Wenn auch noch kein endgültiger Beschluß vorliegt, so wird man sich doch schon darauf einstellen müssen, daß die neuen Verhandlungen kaum vor Frühjahr des nächsten Jahres wieder aufgenommen werden können und infolgedessen der vertragslose Zustand einweilen unbegrenzt fortbauern wird.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. Juli 1925.

Es muß etwas passieren...

Es muß etwas passieren in der Welt, täglich, stündlich, immerzu. Zusammenstöße, Versammlungen, Brände, Diebstähle, Mordfälle, Eisenbahnunglücke, damit wir kleinen Reporter etwas zu tun haben.

Man muß sich rechtzeitig einfinden, wenn man nicht wie eine Ziege an ein bestimmtes Grasplätzchen angepöckelt ist. Wir sind mehr Spüchende, die warten, daß sie Witterung bekommen.

Schnapp, schnapp! Allez reportez! Ein Bauglück, ganz draußen im Weichbild. Zwei Arbeiter waren in einer Baugrube verschüttet worden. Nachforschungen! Es ist schon Sonnabend nachmittag, wie es das Glück trifft, dieses Mal bekommt der Verspätete den Bericht.

In einem Laden erfahre ich mehr. Einer war ganz verschüttet, der andre sah nur noch mit dem Kopf heraus. Zwei Feuerwehren auf einmal kamen an. Schwere innere Verletzungen. Auch die Namen erfahre ich.

Die Straßenbahn will und will nicht kommen. Alle halbe Stunde einmal. Ich liege im Gras, schreibe den Bericht und blinzele hin und wieder in die Sonne.

Das schöne Mädchen.

Roman von Georg Hirschfeld.

(53. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Jetzt richtete sich Lena mühsam auf. Sie legte die Hände auf Leonies Schoß und blinzte mit traurigster Zuversicht zu ihr empor: „Ich glaub's ja nicht... Meinst Du denn, daß ich so was glaub'."

„Ja,“ flüsterte Lena mit geschlossenen Augen, von Worten und Reizung betäubt.

Die Straßenbahn kommt endlich. Eine Linde senkt ihre Zweige tief herab. Ich breche mir ein paar Blüten und stecke sie ins Knopfloch. Im Wagen finde ich noch einen Sitzplatz.

Es muß etwas passieren in der Welt, es passiert auch so unendlich viel, aber das ist wohl nur etwas für Dichter und Narren.

Sozialdemokratische Partei

- Bezirk Sudenburg. Am Dienstag abend 8 Uhr bei Fahrenkamp, Kurfürstlichenstraße, Frauenversammlung. Ref.: Reichstagsabgeordneter Arning.
Bezirk Alte Neustadt. Am Mittwoch abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Winter. Referent: Genosse Henneberg.
Bezirk Süd. Am Donnerstag abend 8 Uhr Frauenversammlung in „Velvedere“. Referent: Mediziner Müller.

Der neue Pavillon im Sudenburger Krankenhaus.

Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß am Donnerstag mit dem Neubau eines chirurgischen Pavillons beim Sudenburger Krankenhaus noch in diesem Jahre zu beginnen.

Die neuen Pläne sehen drei hintereinander liegende, durch einen heizbaren Verbindungsgang verbundene Pavillons vor.

Nach Norden liegen in sämtlichen Pavillons die Nebenräume, Teeläden, Aborte usw. Das Obergeschloß soll mit einem schräggiebeligen Glasdach versehen sein und die Lagesräume insbesondere die Liegeräume für die Tuberkuloseabteilung enthalten.

Bei dem Operationshaus ist Wert darauf gelegt, daß der eigentliche Operationsteilbau von sämtlichen übrigen Räumen getrennt liegt. Am Ende des Operationsbaues, der aus dem Babilon nach Norden hervorspringt, befinden sich die beiden Operationsräume (der septische und aseptische) mit dem Sterilisationszimmer in der Mitte; daneben Waschräume, Marose, Gipszimmer usw.

Der Königensflügel enthält nach Norden die photographische Abteilung, nach Süden die Königensbehandlungsräume und einen Raum für Orthopädie. Der gegenüberliegende Flügel enthält die Laboratorienräume, den Hörsaal, die Zimmer für den Direktor und den diensthabenden Arzt.

Gelegentlich dieser Projektbearbeitung wurde auch die Frage erörtert, ob es angängig und zweckmäßig sein würde, die Krankenanstalt Sudenburg durch Hinzufügung der bisher dort fehlenden Abteilungen zu einer Vollenanstalt bis zu der Größe auszubauen.

Sowohl die Krankenhausverwaltung als auch der Ausschuß haben diese Frage beachtet, und das Hochbauamt hat einen Gesamtanlageplan aufgestellt, der erkennen läßt, daß tatsächlich auf dem der Stadt gehörenden Gelände an dieser Stelle eine Vollenanstalt zweckmäßig untergebracht werden kann.

Ein Beschluß über die Durchführung dieses Planes ist jedoch bis jetzt von keiner Stelle gefaßt worden; die endgültige Entscheidung hierüber kann erst fallen, wenn sich die weitere Entwicklung der Stadt Magdeburg übersehen läßt.

Das Flugzeug „Magdeburg“ zertrümmert.

Am Sonnabend abend 8.20 Uhr startete der Jungflieger Wetter auf dem Heinkelflugzeug H D 21, D 691 — das am vergangenen Sonntag anlässlich der Flugplatzweihe mit dem Namen unserer Heimatstadt getauft wurde — zum Übungsflug.

Der Führer hat nur leichte Hautabwürfungen am Kopf davongetragen. Der Motor, der die Ursache des Unfalls war, ist verhältnismäßig heil gelassen, während die Flugzeugwelle wohl nicht mehr aufbaufähig ist.

Die Magdeburger Lufttreiber, die als Flugschule in den letzten Monaten beinahe keinen Bruch zu verzeichnen hatte, ist nun allem Anschein nach auch in die Periode des Bruches getreten, hat sie doch im Laufe von einer Woche drei Flugzeuge durch Bruch verloren; zum Glück jedoch ohne Menschenleben.

Um 7.30 Uhr landete eine Junkerszweimotorsmaschine, die auf dem Fluge Berlin—Hannover—Dorfien unterwegs war, wegen Gewitterstörung im hiesigen Flughafen.

„Vertraue Dich mir, mein Kind — ich kenne Deinen Weg.“ Vater Quirins glühender Blick ruhte auf Lenas goldigem Scheitel. — „Du wirst aus der weltlichen Schule alsbald in eine Klosterschule überleben. Dort wirst Du lernen und erfahren, was Deine Seele braucht.“

Verjuchsojekt der dogmatischen Strenge. Während man auf die glücklichen Weltkinder allerlei Rücksichten nahm, griff man nach dem willkommenen Beispiel, die Klosterregeln neu zu sanktionieren. So hatte Lena es härter als alle Mitschülerinnen.

So hatte Lena glückliche Jahre voll heiterer Jugend und echter Freundschaft. Sie wünschte sich nicht aus dem Kloster fort, denn sie begriff die Insel der Geborgenheit im Meer der Welt.

„Was ist das eine?“ „Die Tante Leonie hat gesagt, daß meine Mutter doch nicht schuld sei.“ „Die Tante Leonie ist eine Reizerin, die selbst zur höllischen Qual verdammt ist.“

Nur eines bedachte Vater Quirin nicht. Hierin waren die weltfernen Nonnen klüger als der Priester der Großstadt. Vater Quirin vergaß, daß Magdalena gerade durch das, was sie für den Himmel vorbereitete, auf Erden unwiderstehlich wurde.

„Ja,“ flüsterte Lena mit geschlossenen Augen, von Worten und Reizung betäubt.

(Schluß folgt.)

Unsre Arbeit an den Kindern.

Am Sonntag hatte der Turnverein Fichte seine Schülerabteilungen zu einer gemeinsamen Turnstunde in der Turnhalle...

Nach Schluß der Turnstunde, die als gelungen bezeichnet werden kann, versammelten sich die Teilnehmer im Vereinslokal...

Gruppenturnfest in Süldorf.

Am 11. und 12. Juli veranstaltete die 7. Gruppe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Süldorf ein Gruppenturn-, Sport- und Spielfest...

Schwimmfest der Arbeiterschwimmer in Fernersleben.

Trotz des niedrigen Wasserstandes und des am Vormittag herrschenden schlechten Wetters wickelte sich das Schwimmfest...

Die Resultate.

- 1000 Meter-Stromschwimmen für Männer: Bloch (Dierwisch) 9 Min. 25 Sek. Koch (Burg) 9 Min. 34 Sek. Naumann (Fernersleben) 9 Min. 36 Sek. ...

Einzelne Schwimmer können sich immer noch nicht nach dem Regelbuch richten. Es ist jedem Arbeiterschwimmer zu empfehlen, sich solches anzuschaffen...

Fußball.

Wacker Neuhaldensleben gegen Weizenfeld 93 (5:0, 3:0). Am Sonntag piff der Unparteiische Pfeiffer das Spiel an. Es entwickelte sich ein flottes Kampf...

Eintracht 02 gegen Eintracht Süd (1:4, 1:2). Beide Mannschaften lieferten sich ein Treffen auf dem Stadionsplatz. Nach Anstoß der Gäste entwickelten sich ein Durchschnittsspiel...

Das Resultat entspricht in dieser Höhe nicht dem Spielverlauf. Der Torwart war mit einer Ausnahme gut und trakt an dieser Sonntag Irene Schult...

Turner Braunschweig gegen Sturm 07 (2:0, 0:0). Die bekannte Braunschweiger Turnerschaft spielte am Sonntag in unserer Stadt...

1 komplette 3-Zimmer-Einrichtung

im Werte von 1500 Mk. für 1.20 Mark bietet Ihnen die Sporthallen-Lotterie der Diesdorfer Arbeitersportler. Ziehung am 15. August 1925. Insgesamt 1000 Gewinne im Werte von 10000 Mk. Preis des Loses 1.20 Mk. Behördlich genehmigt.

Lose sind in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften sowie in der Buchhandlung Volkssimme in Magdeburg zu haben.

Sportfreunde gegen Volkssportklub Burg (2:0, 1:0).

Nachdem die Mannschaften am Sonnabend sich in Burg mit 2:1 zur Volkssportklub trennten, fanden sie sich am Sonntag auf dem Sportfreundeplatz gegenüber...

Nach Seitenwechsel wieder flottes Spiel. Sportfreunde kommt mehr auf, obwohl die Hintermannschaft der Burger rechtlich dnickt...

Der Bezirksmeister zeigte sich in diesem Spiel nicht, wie man es sonst gewohnt ist. Sportfreunde's Tor war ein glatter Weisiger...

B. f. B. Magdeburg gegen Wacker Braunschweig (1:1 - 0:1).

Am Sonnabend wollte die erste Elf des B. f. B. Magdeburg in Braunschweig gegen den ehemaligen Kreismeister Wacker ein Gesellschaftsspiel ausgetragen...

Wacker Neuhaldensleben gegen Jahn Groß-Dittersleben (5:0, 3:0). Obige Mannschaften standen sich am Sonnabend im Freundschaftsspiel in Neuhaldensleben gegenüber...

Die Subenburger Turner setzten für Spielüberlegenheit bis zum Schluß Endesultat 5:1. Das Tor für Neuhaldensleben fiel am Spielende...

Unsere Freunde

und Leser wollen bei ihren Ausflügen in allen Wirtschaften und Kaffees immer wieder die Volkssimme verlangen. Nur so wird erreicht, daß überall unser Blatt aufliegt.

Handball.

Turner Subenburg gegen Fichte Neue Neustadt (5:1, 3:0). Fichte Neue Neustadt hatte mit seiner am Sonnabend gegangenen Mannschaftsleistung...

Turner Schönebeck gegen Fichte Budau (7:4). Das in Schönebeck stattgefundene Spiel verlief ruhig und einwandfrei. Nach Anstoß bricht Schönebeck überaus stark durch und bringt es zum Führungsspiel...

Die mit Erfolg spielende Budauer Elf hat sich wieder gehalten. Zum Teil trägt der Mittelstürmer durch sein unerschöpfliches Eingreifen Schuld an der Niederlage...

Bar Kocha I gegen Diesdorf II (5:4, 5:3). Ein Spiel zweier gleichwertiger Mannschaften. Sofort nach Anstoß erringt sich Diesdorf die Führung...

Turner Südost (Weitzmeyer) gegen Diesdorf (Gruppenmeister) (5:4, 1:2). Außer dem Entscheidungsspiel um die diesjährige Bezirksmeisterschaft...

Die Mannschaften haben die höchste Befestigung zur Stelle. Mittendurch schwache Spielereinstellungen, alles kämpft mit größter Verantwortlichkeit...

Nach einer kurzen Mannschafstaktik: Im Zusammenstoß und in der Gesamtschau nehmen sich die Mannschaften nicht. Körperberührung vorbildlich...

Turner Fichte Subenburg gegen Sportler Fichte Subenburg (2:1, 2:0). Die Mannschaften machen am Mittwoch auf dem Sport 3 ihre Kräfte...

Nach Wiederbeginn bemühten sich die Sportler energisch, Tore auszuholen. Die Turner haben zeitweise nur zwei Stürmer vorn. Nach langen Mühen...

Diesdorf II gegen Turner Remsdorf (3:0, 1:0). Die Remsdorfer Turner wollten am Sonntag in Diesdorf zum Gesellschaftsspiel mit Diesdorf II...

Eintracht Süd Frauen gegen Sturm 07 Frauen (2:1). Das Spiel fand am Sonntag auf dem Sport 3 statt. Sturm lieferte keine Frauenmannschaft...

Südost II gegen Eintracht Süd I (8:0, 4:0). Rückspiel auf dem Stadionsplatz in Südost. Eintracht Süd lieferte ein seiner schlechtesten Spiele...

Weitere Resultate. Bar Kocha II gegen Fichte Wilhelmstadt II (6:0). Südost Jugend gegen Fichte Neue Neustadt Jugend (3:0).

Schlagball.

Vorwärts Fernersleben mit Schiedsrichter Verbandsmeister. Am Sonntag fanden in Dresden die Schlagballspiele um die mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft...

Im Schlagballspiel stellten sich Borussia Fernersleben und Germania Gera. Fernersleben hat Schlag und kann sehr gut spielen...

Die Sieger sind: Borussia Fernersleben 14 Punkte, Germania Gera 10 Punkte. Fernersleben hat Schlag und kann sehr gut spielen...

Trommelball in Wilhelmstadt. Am Mittwoch werden sich Fichte Subenburg I und Fichte Wilhelmstadt II auf dem Sportplatz am Seebanck...

Die Meisterchaftskämpfe der Arbeiterschachspieler. Nachdem in Halle und Weizenfeld die ersten drei Runden um die Kreismeisterschaft...

Internationaler Arbeitersport. Sport und Arbeiterjugend. Der Verband der spanischen sozialistischen Jugend hat sich anlässlich seiner Statutenänderung...

Sportlotterie der Ortsgruppe Magdeburg-Budau des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität. Der Ziehungstag ist auf den 26. September verlegt worden.

Schach. Die Meisterchaftskämpfe der Arbeiterschachspieler. Nachdem in Halle und Weizenfeld die ersten drei Runden um die Kreismeisterschaft...

Internationaler Arbeitersport. Sport und Arbeiterjugend. Der Verband der spanischen sozialistischen Jugend hat sich anlässlich seiner Statutenänderung...

Sportlotterie der Ortsgruppe Magdeburg-Budau des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität. Der Ziehungstag ist auf den 26. September verlegt worden.

Schach. Die Meisterchaftskämpfe der Arbeiterschachspieler. Nachdem in Halle und Weizenfeld die ersten drei Runden um die Kreismeisterschaft...

Sozialdemokratische Partei Magdeburg

Sonnabend den 11. Juli in der „Wilhelma“, Lübecker Straße

Partei-Jubiläumssfeier

Nachmittags von 4 Uhr bis abends 11 Uhr Konzert in beiden Gärten. — Von abends 8 Uhr an Konzert und allgemeine Belustigung in den Gebirgsanlagen.

Von nachmittags 4 Uhr an Kinderbelustigungen und Kindertänze auf der Wiese und in den Gebirgsanlagen.

Abends von 8 Uhr an Ball im Prunksaal und Sommeraal. Bei eintretender Dunkelheit Lampenumzug durch die Gärten und die Gebirgsanlagen.

Feenhafte Beleuchtung der Gärten und Gebirgsanlagen. — Auf dem Gebirgsteich große herrlich beleuchtete Fontäne.

Im Garten gesungene Vorträge mit Orchesterbegleitung (Gemischter Chor).

Im Sommeraal und in den Gebirgsanlagen sportliche Vorführungen. Elektrisches Reulenschwingen.

Festansprache. Redner: Oberbürgermeister Veim s und Reichstagsabgeordneter Bader.

Teilnehmerkarten pro Person 60 Pfennig berechtigen zur Teilnahme an allen Veranstaltungen (einschließlich Tanz) und sind bei allen Kassierern, im Sekretariat und an der Kasse zu haben. Der Festausschuß.

NB. Am Freitag den 10. Juli, abends Punkt 8 Uhr, Gesangs-Generalprobe mit vollem Orchester in der „Wilhelma“. Vorstandsmitgliedern, Funktionären und Mitgliedern, die der Generalprobe beiwohnen wollen, ist es gestattet, daran teilzunehmen. Das gesamte Orchester des Obermusikmeisters Vogel wirkt dabei mit.

Kappel
die bewährte Schreibmaschine



Einzigste u. ausschließliche Alleinvertr.:
Udo Seiffe, Alter Markt 17
Fernspr. 1698 u. 10098
Eigene Reparatur-Werkstatt

KEINE WASCHE OHNE
Bravo SEIFEN / FLOCKEN
80% FETT SEIFEN 1/2 PAK. 40 PF.
WEISS 50 PF.
GELB 45 PF.
All. Fabr. Joh. Fr. Weber, Braunschweig.
Gen. Vertreter: A. Wernicke, Magdeburg, Gr. Diesdorferstr. 7.

Schwarzblechrahmen
Gardendruck
Oftenerohre preiswert
Spiegel
Karl Gieseler
Leipzigstr. 10.
Telephon 6191.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, Mittwoch.
Todesfälle. 6. Juli. Selbsterhängen
Charlotte Barth, 63 J. Charlotte E. des
Schmieds Franz Knebel, 1 J. Fernwunde
Kaufmann Emma Eggeling geb. Höbber, 62 J.
Kaus-Jochim, E. des Generalagenten Fritz
Döring, 3 J. Selbst. E. d. Buchbinders Karl
Brönne.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß landwirtschaftliche Betriebsunfälle häufig garricht oder erheblich verspätet zur Anzeige gebracht worden sind. Da diese Anzeigen die Grundlage und den Ausgangspunkt des Rentensicherungsverfahrens bilden, so haben berufliche Berufsunfälle sowohl für die Anfall-vertreter, als auch für die Berufsgenossenschaft selbst erhebliche Inzuträglichkeiten und Nachteile zur Folge gehabt. Es wird deshalb auf § 152 der Reichsversicherungsordnung verwiesen, wonach der Betriebsunternehmer von jedem Unfall in seinem Betriebe, wenn durch den Unfall ein im Betrieb Beschäftigter getötet oder so verletzt ist, daß er stirbt oder voraussichtlich für mehr als 3 Tage völlig oder teilweise erwerbsunfähig wird, Anzeige zu erstatten hat. Der Unfall ist binnen 3 Tagen anzuzeigen, nachdem der Betriebsunternehmer ihn erfahren hat.

Gemäß § 39 der Satzung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen ist in schwerwiegenden Fällen der Unfall außer der Polizeibehörde auch dem Sektionsvorstand (Stadtschlichter) sofort anzuzeigen. Zwecks pünktlicher Durchführung dieser Vorschriften werden Zuwiderhandlungen von jetzt an unmissverständlich dem Genossenschaftsvorstand zur Bestrafung gemeldet werden. Gemäß § 156 der Reichsversicherungsordnung kann der Vorstand der Berufsgenossenschaft gegen die Säumigen Geldstrafen bis zu 300 Mk. verhängen.

Burg, den 2. Juli 1925.
Der Magistrat, Stadtschlichter

Die bereits in Nr. 146 der „Poststimme“ durch die Polizeiverwaltung Burg veröffentlichte Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten betr. Waffenbesitz und Waffenbesitzscheine (Regierungs-Blattblatt Seite 25) tritt auch für die hiesigen Polizeibezirke zu. Der Herr Landrat ist nach erlauternd hinzu:
1. Der Besitz von Waffen aller Art und dazu gehöriger Munition ist verboten.
2. Ausgenommen sind: Polizeibeamte, Förster u. Personen, die einen Waffenschein und Jagdschein haben.
3. Alle Personen, die nicht zu 2 gehören, aber eine Schusswaffe besitzen, bedürfen eines Waffenscheins. Dieser Schein berechtigt nur zum Besitz der Waffe. Das Tragen von Waffen ist diesen Personen verboten.
4. Der Besitz und das Tragen von Militärwaffen ist verboten.
Die Waffenbesitzscheine werden vom Herrn Landrat ausgestellt und sind bei den zuständigen Ortspolizeibehörden einzureichen und müssen eine genaue Beschreibung der Waffe (Modell pp.) enthalten.

Weiter veröffentlicht
Schneebel, Großschilde und Großhe,
den 4. Juli 1925.
Die Polizeiverwaltungen.
Schnitzentzettel
der Holzgenossenschaft in der Zeit vom 6. bis 12. Juli
Königsberg: Schneepappe mit Milch.
Dresden: Grüne Erbsen mit Schweinefleisch.
München: Sauer mit Rindfleisch.
Darmstadt: Weiße Bohnen mit Schweinefleisch.
Kiel: Rindfleisch.
Mannheim: Schneepappe mit Rindfleisch.
Gießen: Schneepappe mit Rindfleisch.
Burg, den 4. Juli 1925, Holzgenossenschaft.



Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
ab 3 1/2 Uhr
Die beliebtesten
Kaffee-Konzerte
im herrlichen windgeschützten Garten.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Eintritt frei. 1861

Wiederholt möchten wir auf unser Prima Rindergeläutertes Fleisch

aufmerksam machen.
Das Fleisch stammt von nur besten, ausgewählten Ochsen und steht dem Frischfleisch hinsichtlich Qualität in keiner Weise nach.

Bei den ständig steigenden Inlands-Viehpreisen sollte keine Hausfrau versäumen, mit dem Geläuterten einen Versuch zu machen, sie wird davon mehr als zufriedengestellt sein.

Dabei werden bei der Verwendung von Geläutertem

nicht unerhebliche Ersparnisse erzielt, weil

der Preis bedeutend niedriger

ist als für Frischfleisch.

Auf der Handwerks-Ausstellung vom 18. Juli bis 9. August 1925 werden wir das Rindergeläuterte zur Schau stellen, damit jeder-mann sich von der vorzüglichen Beschaffenheit überzeugen kann.

Zu haben ist das Geläuterte in sämtlichen, durch Schilderanzahlung kenntlich gemachten Fleischhandlungen.

Die vereinigten Fleischhändler Magdeburgs.



**Ein
Dentade**
für werdende u. stillende Mütter ist
**DR. MED. HENSCHEL & CO.
DENTADE**
Sie gibt dem Organismus die in dieser Zeit so wertvollen Aufbaukräfte und hebt dadurch die Widerstandsfähigkeit der Frau.

In Apotheken und Drogerien erhältlich.
Dr. med. A. Henschel & Co., G. m. b. H., Berlin NO 33.

Bekanntmachung.
Nach Bekanntwerden mit den scheidungsrechtlichen Behörden beantragte Renette, die als Angehörige der Eheleute bis zu 3 Tagen überlassen werden, einen von der Ortspolizeibehörde ausgesprochenen Personalarrestes mit Rücksicht und einem auf Grund dieses Arrestes von der Ortspolizeibehörde an der Frau e ausgesprochenen Arrestarrest.
Königsberg, den 20. Juni 1925.
Die Polizeiverwaltung, Zeug.

Bekanntmachung.
Das Baden in der Elbe innerhalb des öffentlichen Badeplatzes am Mühlentor ist in den Schließzeiten vom 6. d. M. an auch vom 9. bis 12. Uhr gestattet.
Königsberg, den 2. Juli 1925.
Der Magistrat, Zeug.



Dampferfahrten
ab Strombrücke links (Weißgerberstreppe)
täglich nach Hohenwarthe
vorm. 8. nachm. 2 Uhr. Rückfahrt vorm. 11.30. nachm. 7 Uhr.
Große Ferienfahrten
am Mittwoch nach dem Buschhaus
am Freitag nach Locheim
Abfahrt 9 Uhr vorm. Rückkehr 7 Uhr nachm.
Fahrpreis: Hin- und Rückfahrt 1 Mk., Kinder 50 Pfg.

Am Sonnabend den 11. Juli, abends 8 Uhr
Große Sonderfahrt nach Hohenwarthe
Konzert an Bord
anschließend
Gesellschaftsball im neu erbauten Saale des Landhauses
Fahrpreis: Hin- und Rückfahrt 1 Mk., Tanz frei.
An Bord und im Garten des Landhauses italienische Nacht.
Fahrgarten sind an Bord und im Bureau, Al. Berber 5c, zu haben. Julius Krümling, Tel. 8226 u. 8227.

Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

Am 8. Juli läuft das am 13. März getätigte Lohnabkommen ab. Die Bauarbeiter der einzelnen Lohngebiete haben sich daher in letzter Zeit eingehend mit der Frage beschäftigt, wie es möglich gemacht werden kann, dem Baugewerbe in der nächsten Zeit weiter eine friedliche Entwicklung zu sichern.

Wenn es in den letzten Monaten ohne schwere Erschütterungen abgegangen ist, so findet das im wesentlichen seine Begründung darin, daß die einzelnen Lohngebiete, die sich in der Lohnmassenfrage zurückgesetzt fühlen, sich letzten Endes damit abfanden, wenn die Unternehmer erklärten, daß sie bei der neuen Regelung der Dinge, die ja um den 8. Juli herum stattfinden müsse, in ihrer Organisation für Veretzung in eine höhere Lohnklasse einzutreten.

Da aber die Frage einer **verordneten Lohnklassenteilung**

eine so schwierige ist, daß sie bisher trotz der vielen Beratungen, die unmittelbar zwischen den Parteien oder vor den Schlichtungsinstanzen stattfanden, nur immer demotiviert wurde, schlug die Bezirksleitung des Baugewerksbundes der Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände vor, in der Zukunft die Frage der Lohnhöhe bei bezirklichen Verhandlungen auszuweisen und dafür zunächst einmal eine Abgrenzung des früheren Bezirksamtes nach kleinen Wirtschaftskreisen vorzunehmen.

Dieser Vorschlag war wie folgt aufgestellt:

1. Anhalt.
2. Aschersleben (Stadtkreis), Raabe (Kreis) ohne Schönebeck, Quecklinburg (Stadt- und Landkreis).
3. Halberstadt (Stadt- und Landkreis), Oschersleben (Kreis), Wernigerode (Grafschaft).
4. Halle a. d. Saale (Stadtkreis), Bitterfeld (Kreis), Merseburg (Stadt- und Landkreis), Saalkreis (Halle).
5. Magdeburg, Schönebeck vom Kreis Raabe, Jerichow (Kreis 1 und 2), Neuhalbensleben (Kreis), Wanzleben (Kreis), Wolmirstedt (Kreis).
6. Stendal (Stadt- und Landkreis), Gardelegen (Kreis), Osterburg (Kreis), Salzwehel (Kreis).
7. Weißenfels (Stadt- und Landkreis), Cisleben (Stadtkreis), Mansfeld (See- und Gebirgskreis), Querfurt (Kreis), Saengerhausen (Kreis).
8. Wittenberg (Stadt- und Landkreis), Schweinitz (Kreis), Torgau (Kreis).

Obwohl nun in der Aussprache über diesen Vorschlag einige der Herren erkennen ließen, daß der darin aufgenommene Gedanke wohl einer Nachprüfung wert sei, wurde den Arbeitnehmervertretern nach langen Sonderberatungen der Herren ein Lohnklassenvorschlag unterbreitet, der alle Verprechungen, die den Bauarbeitern in den verschiedenen Lohngebieten gemacht waren, u. n. e. r. d. i. c. h. t. i. g. Es scheint, als ob die Herren schon am 25. Juni, als sie ihren Lohnklassenvorschlag machten, darauf hinaus wollten, unter allen Umständen

einen großen Kampf vorzubereiten und dabei doch in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, daß es die Arbeitnehmer sind, die einen solchen Kampf heraufbeschworen haben. Die Vertreter der Arbeitnehmer mußten den Herrschaften erklären, daß ihr Vorschlag einer gründlichen Prüfung unterzogen werden müßte, daß aber zu seiner Prüfung die Vertreter der einzelnen Ortsorganisationen mit herangezogen werden müßten. Um das zu ermöglichen, wurde dann auch vereinbart, am Sonnabend den 4. Juli in Magdeburg endgültig zu verhandeln.

Diese Verhandlung ist dann aber von der Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände

zu einer Komidie herabgewürdigt

worben. Entgegen ihren sonstigen Gesinnungen, von vornherein die Streitfragen in eine kleine Kommission zu verweisen, haben sich die Unternehmervertreter dazu bereit, eine Plenarsitzung zu verlangen und haben sich vorher mit folgender Entscheidung beschäftigt:

Die Tarifgemeinschaft beschließt: 1. Wenn es am heutigen Tage zu einer Einigung nicht kommt und daraufhin in den nächsten Tagen an einem Orte ein Streik ausbricht, drei Tage später im gesamten Tarifgebiet eine Absperrung in sämtlicher Mauer-, Bauhilfsarbeiter-, Zimmerer-, Beton- und Tiefbauarbeiter vorzunehmen. 2. Wenn es am heutigen Tage zu einer Einigung mit den Arbeitnehmer nicht kommt, sofort den Schlichter als Schiedsinstanz anzurufen. Fällt der Schlichter einen Spruch, der von der T. G. nicht angenommen wird, so sind, falls schon Streiks bestehen, sämtliche Mauer-, Zimmerer-, Beton- und Tiefbauarbeiter sofort auszusperrten, oder, falls ein Streik nicht ausbricht, drei Tage später.

Das heißt doch nichts anderes, als daß die Herren von vornherein eben alles darauf abgestellt haben, wieder einmal in Sachfen-Anhalt den Nachweis zu erbringen, daß das in der Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Gesagte bei ihnen ein so williges Ohr gefunden hat, daß sie sich gern als „Sturmtruppe“ der Arbeitgeberverbände betätigen möchten.

Reichsanzler Dr. Luther hat ja früher einmal in der Provinzialhauptstadt gewirkt; da folgen sie jetzt dem in der Denkschrift niedergelegten Satze:

Der Mangel an Facharbeitern treibt gerade im Baugewerbe das Lohnniveau nach oben. Die Möglichkeit, namentlich bei Bauaufträgen aus der öffentlichen Hand, weitere Lohn-erhöhungen im Baugewerbe mittels der Lohnlausel im Bauvertrag auf den Baupreis abzumwälzen, bringt einen Anreiz zu Lohnforderungen der Gewerkschaften und lähmt den Widerstand der Bauunternehmer. Die geringe Spanne zwischen Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlöhnen im Baugewerbe begünstigt das Ueberpringen von Lohn-erhöhungen im Baugewerbe auf die Industrie. So sind die Bauarbeiter vielfach die Sturmtruppe der Gewerkschaften.

Dadurch unterdrücken die Unternehmer nur, in wie probuzierender Weise sie jetzt

den Kampf im Baugewerbe heraufbeschwören.

Die Herren mögen sich vorsehen; die Bauarbeiter sind seit jeher daran gewöhnt, wenn es sein muß, die größten Opfer auf sich zu nehmen. Gewiß, die gegenwärtigen Löhne der Bauarbeiter sind mancher anderen Berufsgruppe voraus, die Spitze aber haben sie noch lange nicht und ausreichend zur Verrichtung eines geordneten Lebensunterhalts sind die Löhne auch nicht.

Wenn daher die Organisationsvertreter beauftragt wurden, den Unternehmern nahezu legen, daß eine 20- oder 30prozentige Lohn-erhöhung ein erprobenswertes Ziel ist, so mußten sich doch die Arbeitnehmervertreter sagen, daß das vom Standpunkt der Arbeiter aus nur zu verständlich ist, und daß es für sie als Unternehmer jetzt darauf ankommt, zu tun, was nur irgend möglich ist, um zu einer friedlich-schiedlichen Verständigung zu kommen. Unschwer haben die hinter uns liegenden friedlichen Monate den Geldbeutel der Herrschaften so aufgefressen, daß sie die Zeit nicht mehr abwarten können, so sie mal wieder glauben, die Lohnhöhe diffieren zu müssen und damit das Signal zu größeren Wirtschaftskämpfen zu geben. Nur zu, ihr Herren, treibt die Bauarbeiter hinein in den Kampf, die Bezahlung der Zechen übernehmt ihr doch, und sie wird euch teuer zu stehen kommen! —

durch Brand stark beschädigt wurde, hat die Fabrikation nach wenigen Tagen wieder aufgenommen. Das Baugewerbe ist noch gut beschäftigt; es ist Mangel an Malergehilfen. Auch im Buchdrucker- und Holzgewerbe hat der gute Geschäftsgang angehalten.

Nicht trübe sieht es im kaufmännischen und Bureauangestelltenberuf aus; Bedarf an Kräften ist fast gar nicht vorhanden und die in städtischen Diensten ausschließliche Beschäftigten müßten wieder entlassen werden. Die Zahl der ungelerten Arbeiter ist noch immer erheblich, trotzdem eine größere Zahl in einem großen Betrieb in Brandenburg Arbeit erhielt. Andererseits vermehrte sich die Zahl durch die Fertigstellung der hiesigen Badeanstalt.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war die Lage nicht einheitlich. Während in der ersten Hälfte lebhafter Bedarf an den verschiedenen Arbeitskräften gemeldet war, ist es in der zweiten Hälfte verhältnismäßig ruhig gewesen. Unverändert stark gefragt sind landwirtschaftliche Dienstmädchen. Der Bedarf läßt sich nicht im zwischenörtlichen Ausgleich beden, da er überall mehr oder weniger groß ist. Die Tischlampenfabrik konnte Einstellungen größeren Umfangs vornehmen. Die Tuchindustrie hat ungedeckten Bedarf an Weberinnen und die Schuhindustrie benötigte einige Heimgewerinnen, jedoch überwiegt das Angebot die Nachfrage beträchtlich. Eine große Firma konnte 16 bereits gekündigte Arbeiterinnen weiter beschäftigen. Mädchen für Gastwirtschaft und auch für Privathaushalt sowie Aufwärtserinnen konnten vermittelt werden. In den kaufmännischen Berufen glückte sich Angebot und Nachfrage an weiblichen Arbeitskräften ziemlich aus. Ende Juni waren noch 331 männliche und 105 weibliche Personen erwerbslos gemeldet, davon erhalten 148 männliche und zwei weibliche Erwerbslosenunterstützung. 57 männliche Personen sind ausgestellt. —

Förderung der weltlichen Schule. Der Bund der freien Schulgesellschaften veranstaltete am Sonnabend in Kraus's Restaurant eine Eltern-Versammlung. Leider war die Versammlung trotz reger Propaganda nicht gut besucht. Genosse Ziegfeld (Magdeburg) sprach über „Die weltliche Schule und das Elternhaus“. Parteiangebühren gehören nicht in die Schule. Eine freizeitliche und gesunde Erziehung der Jugend muß unser Ziel sein. Die Arbeiterschaft kann sich nicht von dem Altklergesein trennen. Die kirchlichen Feierlichkeiten trennen. Sie lassen sich in Schulfragen noch von der Kirche am Gängelband führen. Wir wollen keine Autoritätsschule im alten preußisch-militärischen Sinne, sondern eine Schule, in welcher jeder guten Regung des Kindes Rechnung getragen wird. Das Endziel der weltlichen Schule soll sein „Freie Bahn dem Tüchtigen“. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein Gemeinschaftsleben notwendig. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Kreisen der Arbeiter, die sich um die Erziehung ihrer Kinder nicht so kümmern können, wie es notwendig wäre, macht die Errichtung von weltlichen Schulen zu einer dringenden Notwendigkeit. In ausführlichen und guten Vorträgen schilderte der Redner, in welcher Weise die Kinder zu selbstbewussten Staatsbürgern erzogen werden können. Eine bestimmte Weltanschauung soll den Kindern nicht eingepflanzt werden, sondern dazu sollen sie sich, wenn sie älter geworden sind, selbst durchringen. Die inhaltsreichen Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen und dann besprochen. In nächster Zeit werden sich die Eltern noch näher mit der Frage der weltlichen Schule befassen müssen. Es wird dann aber ein rege Besuch erwartet. —

Reichsbund der Kriegsgeschädigten. Morgen (Dienstag) abend 8 Uhr Versammlung beider Sektionen im Gewerkschaftshaus. —

Der Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt beabsichtigt Ende dieser Woche einen Ausflug für Arbeiterkinder zu veranstalten. Näheres wird in den nächsten Tagen im Vereins-**blatte** bekanntgegeben. Es wird **partei** Beteiligung erwartet.

Kreis Neuhalbensleben.

Neuhalbensleben. Von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse. In der Ausschusssitzung gab der Geschäftsführer Genosse Marggraf den Bericht vom Verbandsrat des Krankenkassenverbandes. Er behandelte besonders die Vertragsregelung mit den Ärzten und bedauerte das mangelhafte Entgeltkommen. Ähnlich ist es auch mit den Apothekern. Diese Lehnen es grundsätzlich ab, den Kassen Entgeltentkommen zu zeigen. Die Kassen müssen sich überlegen, ob sie nicht selber die Abgabe von Heilmitteln und Verbandstoffen in größerem Umfang als bisher einführen. Ueber die Satzungsänderung berichtete derassenvorsitzende Genosse Feldmann. Die Nachträge 1 bis 10 sollen überichtlich in einem besondern Nachtrag vereinigt werden. Mit ganz geringen Ausnahmen sind die vorgeschlagenen Änderungen durchgängig. Sie werden notwendig auf Grund gesetzlicher Bestimmungen. Hervorzuheben ist die Erhöhung des Höchstbetrages für kleine Heilmittel und des Zuschusses für größere Heilmittel von 20 auf 30 Reichsmark und für die Beschaffung künstlicher Gebisse von 30 auf 50 Reichsmark. Das Hausgeld für im Krankenhaus aufgenommene Mitglieder wird von 50 Prozent auf 75 Prozent des Krankengeldes erhöht. Reineingeführt wird ein Taschengeld für solche Verletzte, welche ein Hausgeld nicht zu bekommen haben, es beträgt 25 Prozent des Krankengeldes. Der Mindestbetrag für Sterbegeld wird von 35 Mark auf 50 Mark erhöht. Sämtliche Änderungen wurden einstimmig beschlossen. Die Neuordnung tritt mit dem 15. Juli in Kraft. Die Bekanntgabe der neuen Beiträge erfolgt rechtzeitig. — Ferien des Kreisausschusses Neuhalbensleben sind vom 21. Juli bis 1. September. Während dieser Zeit werden Termine zur mündlichen Verhandlung nur in schleunigen Sachen abgehalten. Auf den Verlauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß. —

Neuhalbensleben. Einen Frauenunterhaltungsabend veranstaltet die Frauengruppe des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstag den 7. Juli, abends 8 Uhr, bei Herzog. Genosse Feldmann wird einen Vortrag über Familienrecht halten. Ferner soll über einen Ferienausflug mit Kindern gesprochen werden. Alle Genossinnen werden dringend aufgefordert, zu erscheinen und auch solche Frauen mitzubringen, die sich uns noch nicht angeschlossen haben. —

Sangermünde. □ Öffentliche Volksbücherei

Anabenschulhaus Lindenstraße. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr.

Altmark.

Ein Deutscher für Nationalisten.

In der Nacht zum 7. Mai haben Nationalisten den Arbeiter Vorchert aus Stendal überfallen und in unglücklich roher Weise schwer mißhandelt. Sehr hatten sie sich nur vor dem großen Schöffengericht wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu verantworten.

Der Hauptangeklagte Ildo Hartje befindet sich seit dem 9. Mai und Brunner seit dem 7. Mai in Haft. Schmidt befindet sich nicht in Untersuchungshaft. Hartje ist wegen Körperverletzung einmal, Brunner wegen Körperverletzung, Diebstahls und Verleumdung dreimal bestraft. Schmidt ist unbestraft.

Auf dem Wege von der Petersburg nach dem Mönchskirchhof wurde damals nachts der Arbeiter Vorchert, Sohn des Hofschlächters Vorchert, schwer mißhandelt. Man warf ihn einfach ins Wasser, das zum Mönchskirchhof war, dann überfiel man ihn noch einmal auf dem Mönchskirchhof. Nach ärztlichem Gutachten hat Vorchert fünf schwere Messerstiche am Kopf, in der Lunge und Schulter davongetragen, außerdem erlitt er eine schwere Gehirnerschütterung, und einige Zähne wurden ihm mit dem Fuß ausgetreten. Der Zustand des Verfallenen war sehr bedenklich.

Das Streitobjekt sollten 12 Mark gewesen sein, die Hartje von Vorchert bekam. Die beiden gerieten darüber in Streit und Brunner griff als teuflicher Held für Hartje Partei und benutzte in dem Kampfe die gefährlichsten Waffen, die er aber nicht wissentlich gebraucht haben will.

Das Gericht fällt folgenden Urteil: Hartje acht Monate Gefängnis, Brunner sechs Monate Gefängnis und Schmidt 1 Monat Gefängnis. Die Untersuchungshaft gilt als angerechnet. Schmidt erhält Strafaussetzung gegen Zahlung einer Geldstrafe von 50 Mark.

Das sind die nationalen Helde, die in rechtsradikalen Verbänden durch eine systematische Hecke reif gemacht werden zu solchen Taten. Hindenburg hat noch viel zu tun, um in den „nationalen“ Kreisen für Ordnung und Beseitigung der Mordlust zu sorgen. Uebergriffe und Gewalttätigkeiten der Nationalisten sind an der Tagesordnung. Wo bleiben da die „Reiniger“ und „Ketter“? —

Stendal. Parteifunktionärssitzung heute (Montag) abend 8 Uhr im Parteisekretariat. Wichtige Angelegenheiten machen das Kommen aller Helfer zur Pflicht. — Das Ergebnis der Volkszählung im Landkreis Stendal ist: Männliche Personen 26 772, weibliche 28 164, zusammen 54 936. Davon entfallen auf die Stadtgemeinden des Kreises 8257 männliche, 9922 weibliche, zusammen 17 579 Personen; auf die Landgemeinden 17 020 männliche, 17 146 weibliche, zusammen 34 166 Personen; auf die Gutsbezirke 1495 männliche, 1696 weibliche, zusammen 3191 Personen. — Festgenommen wurde eine fleckenfleck gefleckte Person in der Herberge. — Fundstücke: drei Hunde, ein Geldbetrag, ein Vorkontenheft mit Inhalt, eine Welle, ein Wagenschuhleder, eine Schlappmütze, ein Paar Tennisschuhe. — Im neuen Theater (Stadtheater Hartje) wurde am Donnerstag das Lustspiel „Wenn die Liebe erzwangt“ gegeben. Der Besuch ließ zu wünschen übrig, er wird sich aber voraussichtlich heben, wenn mehr bekannt wird, daß die Leistungen gut sind. Die Rollen waren gut besetzt und auch die Bühnendekoration war sehr glücklich gewählt. Das Publikum fargte denn auch nicht mit Beifall. Die Kapelle Osterburg spielte vor Beginn und in den Pausen ausgezeichnet. Der Besuch des neuen Theaters kann nur empfohlen werden, und es wäre zu wünschen, wenn das theaterliebende Publikum Stendals mit dafür sorgen würde, daß das Theater von Bestand sein möge. Es würde auch angebracht sein, daß Magistrat und Stadtherordneten-Versammlung der Erhaltung eines guten Theaters in Stendal ihr Interesse entgegenbringen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Kreis Wanzleben.

Außerordentliche Kreisversammlung.

Am Sonntag den 12. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in Groß-Ottersleben im „Weißen Schwan“ (großer Saal) eine außerordentliche Kreisversammlung sämtlicher Ortsgruppenleiter, Jugendleiter, Hundertschaftsführer und Spielleitungsleiter statt. Es ist notwendig, daß jede Ortsgruppe vertreten ist.

Die Konferenz muß sich mit wichtigen organisatorischen Fragen befassen. Gauferretar Kamerad Ernst Wille wird einen Vortrag halten. Das Kreisfest und sonstige Veranstaltungen müssen besprochen werden. Bis 9½ Uhr Konzert der Kreis-Tabelle. Die Kreisleitung erwartet, daß zu dieser wichtigen Konferenz auch alle Ortsgruppen vertreten sind. Unsere nächsten Kreisveranstaltungen, zu deren Besuch, alle Ortsvereine des Kreises verpflichtet sind, finden statt am 19. Juli in Wottmeradorf und am 2. August in Groß-Ottersleben. Kreisleiter. —

Nachrichten aus der Provinz.

Weitgehende Gestattung der Waldweide.

In einem Erlaß vom Februar empfahl der preussische Landwirtschaftsminister, in den durch die ungünstige Ernte des Jahres 1924 betroffenen Notstandsgebieten der Bevölkerung möglichst durch Gewährung von Waldweide und Streunutzung zu helfen, die Waldweide vornehmlich auch in den durch Eulenfraß heimgesuchten Beständen zu gestatten. In einem neuen Erlaß weist nunmehr der preussische Landwirtschaftsminister, dem Ämtlichen Preussischen Pressebüro zufolge, auf die Notwendigkeit hin, angesichts der diesjährigen Trockenheit Anträge auf Gestattung der Waldweide auch weitergehend zu berücksichtigen. Derartigen Anträgen soll entsprochen werden, soweit eine Anlage der Antragsteller anzuerkennen ist, und soweit es mit waldbaulichen Rücksichten noch irgend vereinbar erscheint. —

Aus der Provinzialverwaltung.

Der Landeshaupmann teilt mit: Die ständig im Steigen begriffene Zahl der Kraftfahrzeuge hat eine immer stärkere Zuzunahme der Straßenzu- und abfuhr zur Folge. Um einen fortwährenden Bestand der Provinzialstraßen zu verhalten, müßten durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden. Der 39. Provinziallandtag hatte deshalb für den Umbau und die Instandsetzung der Provinzialstraßen im Frühjahr dieses Jahres den Betrag von rund 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus bewilligte jetzt der Provinzialausschuß in seiner letzten Sitzung einer größeren Anzahl von Kreisen und Gemeinden Beihilfen zu Wegebauteilen in Höhe von zunächst 143 000 Mark.

Weiter stellte der Provinzialausschuß zur Förderung von Kulturbesserungen, Beschaffung von schweren Motorgeräten und ähnlichem den Wasser- und Bodenverbesserungsgenossenschaften aus dem Landesmeliorationsfonds 47 000 Mark und aus dem Fonds zur Förderung der Landwirtschaft 161 000 Mark zur Verfügung.

Die Provinzialverwaltung ist bei einer größeren Zahl von wirtschaftlichen Betrieben, insbesondere des Elektrizitäts- und Siedlungswezens, die nach kaufmännischen Grundgesetzen eingerichtet und verwaltet werden, erheblich beteiligt. Um jederseits sachgemäße Nachprüfung ihrer Geschäftsführung vornehmen zu können, wurde die Anstellung eines kaufmännisch sachverständigen Revisors beschlossen.

Stadtkreis Burg.

Der Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsmarktlage im Juni, so meldet das hiesige Arbeitsamt, hat sich etwas gebessert, jedoch nicht in dem Maße, wie man gehofft hatte. Die Landwirtschaft hat noch immer Bedarf an Arbeitern, die etwas von landwirtschaftlichen Arbeiten verstehen, und das trifft bei einem erheblichen Teil der Arbeitslosen nicht zu. In der Metallindustrie ist die Lage noch recht unklar. Das Berlin-Burger Eisenwerk beschäftigt noch 197 Personen bei verkürzter Arbeitszeit; in den andern Betrieben ist der Geschäftsgang leidlich gewesen. Bedarf an jugendlichen weiblichen Arbeitskräften hatte die Metallwarenfabrik. Guten Geschäftsgang hatten die Zuckfabriken. In den Lederfabriken wird noch immer mit der beschränkten Arbeiterzahl gearbeitet. Die Lederfabrikerei war noch gut beschäftigt. In der Möbelindustrie hielt der gute Geschäftsgang mit einigen Ausnahmen an. In der Goldschmiedefabrikation wurde teilweise verkürzt gearbeitet. Die Lederhandschuhindustrie war in der ersten Hälfte des Juni beschränkt beschäftigt. Es trat aber wieder eine Besserung zum Bessern ein, so daß in allen Betrieben voll gearbeitet wird. Die Fabrik von Schloßmacher, welche

Strefemann der Schweiger.

Während der Sonnabend sonst meist einen sehr inter-
effelosen Reichstag sieht, ging es diesmal dort sehr lebhaft
zu. Schon die Zusammenkünfte im Zollauschuss am Vor-
mittag wurden lebhaft besprochen; außerdem verbreitete sich
bald das Gerücht, daß die Sozialdemokratie einen neuen
Vorstoß zur Erzwingung der außenpolitischen Aussprache
unternehmen wolle. Bald nach 2 Uhr verlangten Ditt-
mann und Reichsheim den Außenminister, um von
ihm zu hören, aus welchen Gründen die Regierung keine
Aussprache über die außenpolitische Aussprache gebe. Statt
des Reichskanzlers meldete sich sein Staatssekretär Doktor
Kempner, der die überraschende Mitteilung verlas,
daß die Regierung zu der außenpolitischen Debatte bereit
sei, „sobald die Note überreicht ist“. Diese Antwort machte
bis weit in das Zentrum hinein den Eindruck einer Provo-
kation, denn es kommt doch natürlich darauf an, die außen-
politische Debatte vor der Absendung der Note zu haben,
damit noch Einfluß auf die Gestaltung der Antwortnote
erfolgen kann. Nicht nur Reichsheim arbeitete das in
scharfer Form heraus, auch der Demokrat Haas erklärte,
wenn der Kanzler hätte provozieren wollen, wäre das nicht
geschickter möglich gewesen. Selbst der Zentrumsmann
Fehrenbach bemängelte die Regierungsankunft. Er
versuchte sich aber als Friedensrichter, indem er darauf ver-
wies, daß der Kanzler bereit sei im Vorkommensausschuss oder
im Auswärtigen Ausschuss vor Absendung der Note Aus-
künfte zu geben. Der zufällig anwesende Reichsarbeits-
minister teilte mit, Kanzler und Außenminister seien nicht
in Berlin, aber er glaube, in ihrem Auftrage sagen zu
können, daß die Absendung der Note nicht ohne vorherige
Fühlungnahme mit den Fraktionen erfolgen werde.

Die Sozialdemokratie, ebenso die Kommunisten und
die Völkischen, erklärten sich damit nicht zufrieden. Sie ver-
langten, daß schon am Montag die außenpolitische Aus-
sprache vor sich gehe und nicht, wie vorgehen, am Montag
und Dienstag keine Plenarsitzungen stattfinden. Mit die-
sem Antrage blieb die Opposition jedoch in der Minderheit.
Der Reichskanzler wird also in den nächsten Tagen in
irgendeiner vertraulichen Ausschusssitzung seine Auskünfte
erteilen. Für die Sozialdemokratie ist damit die Ange-
legenheit nicht erledigt, sie wird immer darauf drängen,
daß eine allgemeine außenpolitische Debatte noch vor Ab-
sendung der Note im Plenum des Hauses stattfindet. Es
wurde beschlossen, Montag und Dienstag keine Plenar-
sitzungen abzuhalten, damit die Ausschüsse in Dauer-
sitzungen ihre Arbeiten fördern können.

Von der Tagesordnung selbst wurde der Gesetzentwurf
erledigt, der Einschränkungen der Forderungnahme von
Kindern bei Filmaufnahmen bringt. Die sozial-
demokratische Abgeordnete Frau Schroeder verwies
darauf, daß es allein die Bayerische Volkspartei sei, die im
Ausschuss gegen die Beratung dieses Kinderschutzgesetzes
Schwierigkeiten gemacht habe. Auch in der Plenarsitzung
sprach der bayerische Volksparteiler Schwarzer gegen
das Gesetz und vertrat damit die Interessen der Münchner
Filmindustrie. Er verlangte Zurückverweisung an den
Ausschuss; doch wurde dieser Antrag abgelehnt. Die vor-
liegende Angestelltenversicherungs-Novelle wurde von dem
sozialdemokratischen Abg. Aufhäuser behandelt. Er
bemängelte, daß immer wieder kleinere Vorlagen gemacht
würden, anstatt ein Reformwerk von großem Wert vor-
zulegen.

Sitzungsbericht.

Das zur dritten Lesung stehende Handelsabkommen mit
Griechenland wird auf Antrag des Abg. Schulz (Promberg,
dt.-nat.) dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuss
überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den
Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, verbunden mit einem so-
zialdemokratischen Antrag über die Kinderarbeit
in gewerblichen Betrieben. Nach der Vorlage kann die Beschäfti-
gung und der Besuch von Minderjährigen unter 18 Jahren für
bestimmte Lustbarkeiten, Schauspieltenden usw. verboten oder
eingeschränkt werden.

Abg. Frau Schröder (Soz.) berichtet über die Verhand-
lungen des Ausschusses. Der Gesetzentwurf geht von einem
sozialdemokratischen Antrag aus, der den fehlenden

Kinderschutz in der Filmindustrie
schaffen will. Wenn diese Frage einen verhältnismäßig kleinen
Kreis von Kindern umfaßt, so ist es doch notwendig, sich einmal
auch mit ihr zu beschäftigen. Im Ausschuss ist auseinandergesetzt
worden, wie furchtbar nervenzerrütend und gesundheitsgefähr-
dend die Verwendung der Kinder bei Filmaufnahmen ist. Wenn
schon die Konstitution und das Nervensystem der Erwachsenen bei
den Filmaufnahmen schwer angegriffen werden, so ist es noch
viel schlimmer bei den Kindern, deren Nervensystem in seinem
Aufbau viel feiner ist. Dazu kommt die schlechte Luft in den
Filmateliers, bei Aufnahme im Freien Staub, Sonnenbrand und
überhaupt das scharfe Licht, das bei den Aufnahmen notwendig
ist. Schließlich tritt bei den Kindern noch besonders eine mora-
lische und sittliche Schädigung hinzu. Aus allen diesen Gründen
hat sich die Notwendigkeit des Schutzes der bei Filmaufnahmen
beschäftigten Kinder als außerordentlich dringend erwiesen. Berlin
hat sich deshalb schon veranlaßt gesehen, seine Kinder bei Film-
aufnahmen zu schützen. Die Berliner Filmindustrie kann sich
aber dadurch helfen, daß sie eine Stunde von Berlin fort geht und
in Neubabelsberg Aufnahmen macht. In München, der zweit-
größten Zentrale für Filmaufnahmen, besteht allerdings ein
Schutz der Kinder überhaupt noch nicht. (Hört, hört! h. d. Soz.)
Der Antrag unserer Fraktion lehnt sich durchaus an die Berliner
Polizeiverordnung an, die ihre Durchführbarkeit ja bereits prak-
tisch erwiesen hat. Danach sind Kinder unter 3 Jahren überhaupt
den Filmaufnahmen ausgeschlossen, weil die Schädigung der kind-
lichen Konstitution außerordentlich groß ist. Bei Säugkindern
soll Erlaubnis durch die Schulaufsichtsbehörde erteilt werden. Die
sozialdemokratische Fraktion hat ihren Antrag bereits im Januar
gestellt und nur die Tatsache, daß sich der Reichstag mit größeren
Gesetzgebungsarbeiten befassen mußte, ist schuld daran, daß er
noch nicht im Plenum zur Verabschiedung gelangen konnte. Die
Befürchtung, daß durch diesen weitgehenden Kinderschutz, wie er
vom Ausschuss beschlossen worden ist, die deutsche Filmindustrie
in ihrer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber geschädigt
werden könnte, ist unbegründet, denn das Ausland hat, wie der
preussische Regierungsvertreter mitteilte, in einzelnen Gesetzes-

bestimmungen einen noch weitergehenden Kinderschutz. So ist
in Italien z. B. die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren
überhaupt verboten. In Frankreich werden zweifellos die Artikel
des Arbeitsgesetzbuchs angewandt, welche die Arbeitsbedingungen
der Kinder unter 13 Jahren als Schauspieler usw. regelt, usw.
Die Mehrheit des Ausschusses war davon überzeugt, daß eine
Konkurrenzfähigkeit der deutschen Filmindustrie nicht in Frage
käme, daß aber vor allem die Gesundheit der Kinder dem Reichs-
tag näherstehen müßte als das Interesse einiger kapitalistischer
Filmindustrieller. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Abg. Frau Arenberg (Komm.): Wenn die Jugend bewahrt
wird, so ist das die Schuld der Gesellschaft. Namentlich die Woh-
nungsfrage spielt hier eine große Rolle und die Frage der
Löhne der Arbeitnehmer.

Abg. Schwarzer (Bahr. Sp.) bemängelt, daß bei Beratung der
Kinderarbeit bei Filmaufnahmen eine fachverständige Beratung
nicht stattgefunden habe. Der Redner beantragt Zurückverweisung
des Gesetzentwurfs an den Sozialen Ausschuss.

Abg. Frau Lübers (Komm.) wendet sich gegen die Ausfüh-
rungen des Vorkredners.

Abg. Schröder (Soz.) mündet sich gegen die in verstärkter
Form vorgetragene Behauptung des Abg. Schwarzer, als ob der
Ausschuss übermüdet worden sei. Der sozialdemokratische Antrag
ist schon vor 6 Monaten gestellt worden. Herr Schwarzer hätte
also Gelegenheit gehabt, sich sachmännisch zu unterrichten. Wer
einmal eine Filmaufnahme angesehen und beobachtet hat, wie
dabei die Kinder angezerrt werden, der wird sich nicht gegen
den Schutz sträuben können.

Die rührenden Familienszenen

im Plenum, von denen hier gesprochen wurde, stammen doch aus
der unendlichen Not der Kinder, und wenn das Schicksal dieser Kinder
am Herzen liegt, der wird nicht nach diesen rührenden Film-
szenen, sondern nach der Wirklichkeit sich richten. Es ist nicht
zu verstehen, daß ein christlicher Arbeitervertreter sich gegen diesen
Kinderschutz mündet.

Die Regierungsvorlage wird dann einem besonderen Ausschuss
überwiesen, der den Antrag Müller (Franken) wird in zweiter Lesung
angenommen.

Dann teilt Präsident Lobe dem Hause mit, daß er gemäß
den Beschlüssen des Hauses vom Freitag mit dem Reichskanzler
die Frage besprechen habe, ob und wann

Die außenpolitische Debatte

stattfinden könne. Der Reichskanzler habe erklärt, daß es gegen-
wärtig nicht wünschener wäre, in die außenpolitische Debatte
einzutreten, weil wichtige diplomatische Verhandlungen, die gegen-
wärtig schweben, dadurch gestört würden. Dann hätte aber, wie
Präsident Lobe weiter mitteilt, das Haus sehr wenig Be-
achtung geschenkt, weil alles noch in den Ausschüssen liege. Es
sei daher zu erwägen, den Montag und Dienstag sitzungsfrei
zu lassen.

Abg. Dittmann (Soz.): Wir erheben den schärfsten Ein-
spruch dagegen, daß der Reichstag in dieser wichtigen Frage aus-
geschaltet werden soll. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wir sind ferner
der Meinung, daß das Plenum seine Beratungen am Montag und
Dienstag nicht aussetzen soll. Es sind eine ganze Anzahl wich-
tiger Fragen, die an diesen Tagen behandelt werden können.
Alle Fraktionen haben Anträge und Interpellationen eingebracht,
an denen sie stark interessiert sind und deren Erledigung bisher
zurückgestellt worden ist. Im Vorkommensrat kann heute noch fest-
gestellt werden, welche Gegenstände am Montag und Dienstag
behandelt werden sollen.

Abg. v. Graefe (völk.) ersucht, heute noch einmal im Vor-
kommensrat darüber mit dem Außenminister zu verhandeln, daß die
ausenpolitische Debatte Anfang der nächsten Woche erfolgt. Die
Völkischen wünschten unter allen Umständen die sofortige außen-
politische Debatte.

Staatssekretär Kempner: Im Auftrage des Reichskanzlers
habe ich zu erklären, daß die Debatte über die außenpolitische
Lage noch vor den Sommerferien stattfinden wird und zwar,
sobald die Antwortnote überreicht ist. (Lebh. Hört, hört! links.)
Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) erklärt, ein derartiges Vor-
gehen der Regierung würde in keinem andern Parlament Europas
möglich sein.

Abg. Breitheid (Soz.): Wir sind bereit, dem Antrag Graefe
zuzustimmen. Wir verlangen, daß die Regierung ihre Gründe
darlegt, aus denen sie nicht in der Lage sei, hier in einer außen-
politischen Debatte Rede und Antwort zu geben. Wir dürfen
annehmen, daß der Außenminister in den Angelegenheiten seines
Refforts hemdenert genug ist, um in der Lage zu sein, die Gründe
dafür anzugeben. Wenn wir nichts darüber hören, müssen wir an-
nehmen, daß es sehr fadenfadenartige Gründe sind. (Sehr richtig!
bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen die Aussprache, he-
vor die Note hinausgegangen ist. Wir müssen sagen können,
ob uns die Note gefällt oder nicht. Das ist keine Politik, nach-
träglich die Mißbilligung auszusprechen.

Der Reichstag muß wissen, was gespielt wird.

Eins der Regierungsmitglieder, der Innenminister Schiele,
hat noch am 25. Mai erklärt, daß ihm das Angebot der Regierung
nicht bekannt sei. (Stürmisches Hört, hört! links.) Nach alle-
dem verlangen wir, daß die Regierung in einer Aussprache Rede
und Antwort steht, wir wollen Klarheit haben. (Stürmisches Zu-
stimmung links, Lärm rechts.)

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Montag und Dienstag sollten keine
Sitzungen stattfinden, damit die Ausschüsse ihre wichtigen Be-
ratungen für das Plenum reif machen können. Vielleicht könnte
der Reichskanzler im Auswärtigen Ausschuss seine Gründe über
die Verschiebung der Debatte am nächsten Mittwoch auseinanderset-
zen. Bis dahin geht die Note ja noch nicht hinaus.

Präsident Lobe: Der Reichskanzler hat sich bereiterklärt,
die Gründe gegen die sofortige Tagesdebatte darzulegen; aus der
jedoch gegebenen Erklärung geht aber hervor, daß wir uns über
den Zeitpunkt der außenpolitischen Debatte klar sein sollen.
Abg. Haas (Dem.): Es ist nicht verständlich, warum der
Reichskanzler seine Erklärung durch den Staatssekretär abge-
geben hat. Wir wünschen auch eine außenpolitische Debatte vor
Absendung der Note, haben aber auch in der Opposition die Pflicht
der Verantwortung, und müssen daher vorher den Reichs-
kanzler hören. Mit dem Außenminister könnten wir uns nur
begegnen, wenn wir wüßten, daß beide einer Meinung sind. Mir
scheint aber das Durcheinander der Regierungsparteien so
groß zu sein, daß ich die Auffassung habe, durch den Reichskanzler
vielleicht besser informiert zu werden.

Abg. Stöder (Komm.) beantragt, den Reichsaußenminister
Strefemann sofort vor den Reichstag zu rufen, um die Gründe
der Regierung für die hinausgezögerte Debatte zu hören.
Abg. Fehrenbach (Ztr.) fragt den im Saale befindlichen
Reichsarbeitsminister, ob nach seiner Ansicht eine Absendung der
Note über den Sicherheitspakt in Frage käme, bevor der Reichs-
kanzler mit dem Kabinett einig sei, und seine Erklärungen viel-
leicht dem Auswärtigen Ausschuss abgegeben habe.

Reichsarbeitsminister Brauns: Der Herr Reichskanzler und
der Herr Reichsaußenminister sind gegenwärtig nicht in Berlin.
(Zuruf des Abg. Göllein (Komm.): „Die haben sich gedrückt!“) Ich
bin aber davon überzeugt, daß der Reichskanzler bereit ist, mit den
Fraktionen in den nächsten Tagen Fühlung zu nehmen. Die Ant-
wortnote wird nicht beschloffen werden, bevor diese Fühlungnahme
stattgefunden hat.

Das Haus lehnt dann gegen die Stimmen der Völkischen,
Sozialdemokraten und Kommunisten den Antrag ab, am nächsten
Montag die außenpolitische Debatte stattfinden zu lassen. Die Ent-
scheidung über diese Debatte wird erst nach den angekündigten
Erklärungen des Reichskanzlers stattfinden.

Der Ablehnung verfiel gegen die 1924 Stimmen, noch mit
Einschluß der Demokraten, der Antrag Henning (völk.), keine-
falls die Note über den Sicherheitspakt abzugeben, bevor die Aus-
sprache im Reichstag stattgefunden hat. — Unter Ablehnung aller
andern Anträge beschloß das Haus die nächste Sitzung erst am
Mittwoch stattfinden zu lassen.

Dann wandte sich das Haus der ersten Beratung des Geset-
zentwurfs über den

Ausbau der Angestelltenversicherung

zu, der vom Reichsarbeitsminister Brauns dem Hause zur An-
nahme empfohlen wird. Der Entwurf sieht eine Erhöhung der
Leistungen der Angestelltenversicherung um ein Drittel, aber auch
eine Erhöhung der Beiträge um ein Drittel vor.

Abg. Aufhäuser (Soz.): Seit 1924 haben wir zwar eine
Stabilisierung der Währung, aber wir sehen noch keinen Aufbau
der Sozialpolitik. Die Regierung läßt die sozialen Notstände
immer an sich herankommen und sucht die Hebel durch keine Vor-
lagen zu beseitigen, statt nach einem großzügigen Sozialprogramm
zu arbeiten. Sobald es sich um die Interessen der Agrarier und
Industriellen handelt, sehen wir eine außerordentliche Aktivität
der Regierung, gegenüber der Lage der Arbeiter, Angestellten,
Beamten und Sozialrentner zeigt sie dagegen eine unerhörte
Passivität. Auch der uns jetzt vorliegende Gesetzentwurf zeigt, daß
von der bei der Hindenburgwahl versprochenen „Rettung“ nichts
verwirklicht wird. Die Vorlage führt nur ein wenig an der Ange-
stelltenversicherung herum, sie bringt keine wesentliche Verbesse-
rung. Was für sie angeführt wird, ist keine Begründung, für die
Erhöhung der Beiträge um ein Drittel. Die sozialdemokratische
Fraktion hat nur einen Antrag gestellt, nach dem mit sofortiger
Wirkung eine Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung
um monatlich mindestens 10 Mark für den Empfänger einer Inva-
liden- oder Witwenrente und um monatlich mindestens 5 Mark
für den Empfänger einer Waisenrente erfolgen soll. Die Mittel
dafür sind in erster Linie durch Reichszuschuß zu decken und nur
der dann noch etwa verbleibende Teilbetrag durch Erhöhung der
Beiträge. Die Regierung hat versprochen, daß sie diesem Antrag
im Herbst entgegenkommen wolle, die Sozialdemokraten werden
aber nicht bis dahin warten. Auch bei dieser Vorlage sehen wir,
daß die Regierung die Entnahmen erhöhen will, indem sie die
Lasten auf die schwächsten Schultern zu legen sucht. Wo
bleibt der Aufbau in der Versicherung in Bezug auf das Heilver-
fahren? Es ist noch immer der Willkür der Anstalten ausge-
liefern. Wir verlangen, daß es obligatorisch ausgetastet wird und
auch bei der Invalidenversicherung das gleiche Obligatorium ge-
schaffen wird. Wir verlangen weiter die Regelung der Sonderver-
sicherung für solche Angestellte, die vorher als Arbeiter tätig
waren. Es gibt fast einen ganzen Beruf, den der deutschen Werk-
meister, die wie in der Textilindustrie, in der Metallindustrie aus
Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, und bei denen die Ange-
stelltenversicherung auf ihre frühere Beitragszahlung keine Rück-
sicht nimmt. Verhandlungen und Erwägungen genügen jetzt nicht
mehr, wir müssen endlich anfangen, nicht nur die Beiträge zu er-
höhen, sondern auch organische Verbesserungen an der Ange-
stelltenversicherung vorzunehmen.

Abg. Torgler (Komm.) kann in der Vorlage keinen Fortschritt
für die Angestellten sehen.

Abg. Fichhorn (Komm.) beantragt die Vertagung.

Abg. Göllein (Komm.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des
Hauses.

Der Entwurf über die Angestelltenversicherung wird dem
Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. — Das Bureau ist sich
einig, daß das Haus beschlußfähig ist. Die Sitzung wird daher
um 1/2 Uhr auf Mittwoch 2 1/2 Uhr vertagt.

Sachsenkonflikt.

Der sozialdemokratische Parteivorstand
teilt mit:

Der Parteivorstand hat sich am 3. Juli 1925 et-
neut mit der sächsischen Frage befaßt. Er ist der
Auffassung, daß der Zustand, wie er sich im Laufe der Zeit
in Sachsen leider herausgebildet hat, im Interesse der Ge-
samtpartei nicht länger fortbestehen kann. Es ist für die
Partei untragbar, daß sie an einer Regierung beteiligt
ist, und daß gleichzeitig ihre Organisationen und ihre Presse
sowohl gegen diese Regierungsbeteiligung wie gegen die
Politik in schärfster Opposition stehen.

Als im Jahre 1923 die Gefahr bestand, daß die sächsi-
schen Parteioorganisationen und ihre Vertreter im sächsischen
Landtag wie in der sächsischen Regierung ins Schlepptau
der kommunistischen Putzpolitik geraten
könnten, hat der Parteivorstand nicht gezögert, sofort und
energisch einzugreifen und zu verhindern, daß die Partei
in die Katastrophe verstrickt würde, die die unfehlbare
Folge der kommunistischen Taktik sein mußte.

Durch das Eingreifen des Parteivorstandes wurde die
Bildung der Regierung Feilich und die Wiederher-
stellung der durch den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen
und die Einsetzung des Reichskommissars gefährdeten
demokratisch-parlamentarischen Zustände ermöglicht. Der
Parteivorstand glaubte sich zu der Hoffnung berechtigt, daß
auf dieser Grundlage die sächsischen Parteigenossen einen
Weg finden würden, auf dem sie wieder in Einmütigkeit
und Geschlossenheit die Interessen der Partei und des sächsi-
schen Proletariats sowohl in der Regierung und im Par-
lament wie in den Organisationen und der Presse zu ver-
treten in der Lage sein würden.

Der Berliner Parteitag 1924 hat von ähnlichen
Voraussetzungen aus versucht, eine Einigung in Sachsen
anzubahnen und der Parteivorstand hat sich seitdem im
gleichen Sinne weiter bemüht. Leider ist es ihm bisher
nicht gelungen, das ersehnte Ziel zu erreichen.

Den Hauptgegenstand der Differenzen bildet nach wie
vor die Frage der Auflösung des sächsischen Landtags.
Die Konsequenzen eines solchen Schrittes sind von beiden
Seiten in aller Ausführlichkeit erörtert worden. Es besteht
kein Zweifel darüber, daß sie von schwerwiegender Bedeu-
tung für die Partei und ihren Einfluß auf die sächsische
Landespolitik sein können.

Der Parteivorstand muß sich aber die Frage vorlegen,
ob es sowohl vom Standpunkt der sächsischen Partei wie
vom Standpunkt der Gesamtpartei nicht das kleinere Übel
ist, selbst die schlimmsten dieser Konsequenzen gegebenenfalls
in Kauf zu nehmen, als den Zustand weiter fortbestehen zu
lassen, daß Organisationen und Presse in dauerndem Gegen-
satz zu der Mehrheit der Parteivertreter im sächsischen
Landtag und den parteigenösslichen Mitgliedern der Lan-
desregierung stehen.

Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß der gegen-
wärtige Zustand, wenn kein Ausweg gefunden werden

kann, zur Desorganisation der Partei in Sachsen führen muß. Es ist daher die Pflicht der sächsischen Parteimitglieder im Landtag, nunmehr ungefähr die Auflösung des Landtags herbeizuführen, um damit die Grundlage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einheit und Geschlossenheit der sächsischen Partei, die allen andern Ermäßigungen vorangeht werden muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.

Dazu gehört die vorherige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren; denn es dürfte für keinen Parteigenossen zweifelhaft sein, daß ein Wahlkampf für die Partei unter den ungünstigsten Umständen geführt werden müßte, wenn Parteigenossen in hervorragenden Vertrauensstellungen wegen ihrer politischen Tätigkeit unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei stehen.

Deshalb sind die sächsischen Organisationen verpflichtet, alles zu tun, damit die schwebenden Ausschlußverfahren endlich erledigt werden.

Schiedsgerichtsentscheidungen in Sachsen.

Vom sozialdemokratischen Parteivorstand wird uns weiter geschrieben:

Im Laufe der Auseinandersetzungen innerhalb der sächsischen Partei sind eine Anzahl Ausschlußverfahren gegen Parteigenossen von den sächsischen Parteiministern anhängig gemacht worden. Da es sich um die gleichen sächsischen Vorgänge handelt, verfuhr der Parteivorstand, die sämtlichen Ausschlußverfahren vor ein Schiedsgericht zu bringen. Das ist leider nicht gelungen, so daß hier Schiedsgerichte — in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau — eingesetzt werden mußten. Die Schiedsgerichte in Leipzig und Dresden haben bereits getagt.

In Dresden ist festgestellt worden, daß die formalen Bestimmungen des Organisationsstatuts nicht eingehalten worden sind. Die Ansicht der Schiedsrichter geht dahin, daß der Parteivorstand die Aufhebung des auf Ausschluß lautenden Parteivorstandsbeschlusses vornehmen möge, weil die antwortgebenden Organisationen und die von ihnen benannten Richter die Erledigung des Ausschlußverfahrens vor einem statutenmäßig gebildeten Schiedsgericht unmöglich gemacht haben.

In Leipzig hat das aus dem Genossen Peiß als Vorsitzenden und den Genossen Herze, Dieze, Grenzfel, Schöme, Buchl und Siebold als Richter zusammengesetzte Schiedsgericht folgende Entscheidung gefällt:

Beschluß:

Der Beschluß des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig vom 17. Januar 1923, nach welchem die Genossen Landtagsabgeordneter Otto Berger (Rohwein), Anton Hagen (Leipzig), Hermann Müller (Leipzig) und Friedrich Strube (Pegau) aus der Partei ausgeschlossen werden, wird aufgehoben. Die genannten Genossen bleiben Mitglieder mit vollen Rechten. Diese Entscheidung wurde mit 4 gegen 3 Stimmen der Genossen Dieze, Grenzfel und Herze angenommen.

Begründung:

Die vom Ausschlußbeschlusse betroffenen Genossen haben den Beschluß der sächsischen Landesversammlung vom 26. Oktober 1924, die Auflösung des sächsischen Landtags zu tun, damit gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 7. Dezember die Landtagswahlen stattfinden könnten, nicht mitgegeben.

Es war zu prüfen, ob die angeführten Genossen damit gegen den § 28 des Partei-Statuts vom Jahre 1924 verstoßen haben, nach welchem der Ausschluß eine Mitgliedschaft erloschen kann, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Organisation oder der Parteitage das Parteiministerium schädigt.

Abgesehen von der Beurteilung der Handlungsweise der angeführten Genossen, wie auch der Beschlusfassung der sächsischen Landesversammlung ist eine Entscheidung des im Juni 1924 in Berlin stattgefundenen Reichsparteitag. Diese Entscheidung wurde auf Wunsch der vorbereitenden Kommission und des Parteivorstandes dem einseitigen Beschluß erhoben. Diese allseitig, also auch von den sächsischen Genossen gewünschte Willensäußerung des Reichsparteitags stellt Richtlinien für das Verhalten in dem sächsischen Konflikt auf. Sie bringt dabei besonders zum Ausdruck, daß

1. die gesamte sächsische Landtagsfraktion zu schützen habe, daß während der kritischen Übergangszeit, die sich an die Durchföhrung des Wahlschreibens anschließt, die Regierung Sachsens in die Hände der Reaktion gerate;
2. bei der Auflösung der Landtagsmandata die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem bevorstehenden Parteitag nicht gewertet werde und daß, um dies sicherzustellen, die Ausschlüsse derjenigen Landtagsmandata, die bereits beschloffen sind, den zuständigen Parteiorganisationen mindestens zur Entscheidung vorgelegt werde.

Hieraus und aus dem ganzen übrigen Inhalt des Beschlusses des Berliner Parteitag ergibt sich, daß der Ausschluß des sächsischen Landtags zugestimmt werden soll, sobald ein so genügender Ausgang zu erwarten steht, daß das Bürgerium nicht in der Lage sein wird, die Regierung für sich allein zu stellen und so bald als möglich jene Einheit in der sächsischen Parteigenossenchaft herbeizuföhren, die für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.

Die Verpflichtung, über gewissenhafte und angemessene Durchföhrung von Reichsparteitagbeschlüssen zu wachen, liegt in erster Linie dem Parteivorstand in Berlin ob. Er mußte also von sich aus prüfen, ob die sächsischen Mandatanten und auch die sächsische Landesversammlung im Geiste des Beschlusses des Berliner Parteitag gehandelt oder nicht. Dasselbe selbständige Prüfung war aber auch Aufgabe der sächsischen Abgeordneten, denn sie sind nach § 28 der hier angeführten Reichsparteitag-Entscheidung vom Juni 1924 neben den Landesparteiorganisationen auch dem Reichsparteitag verantwortlich. Es war, besonders nachdem mit Zustimmung der sächsischen Genossen die Angelegenheit vor das Forum des Reichsparteitags gebracht worden war, nicht mehr das ausschließliche Recht der sächsischen Landesversammlung, den Zeitpunkt für die Auflösung des sächsischen Landtags zu bestimmen. Auch die Landesversammlungen mußten sich bei ihren Entscheidungen innerhalb des Rahmens bewegen, der ihnen vom Reichsparteitag gezogen ist.

Es war der Parteivorstand der Meinung, daß die Voraussetzung, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtags gestellt hat, nicht erfüllt waren, denn er sagte den Beschluß, der sächsischen Landtagsfraktion zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung des Landtags erst zu stellen und von andern Seiten gestellten Anträgen auf Auflösung erst zuzustimmen, nachdem die Dresdener Vereinbarungen durchgeführt sind und dadurch die Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen Landtagswahlkampf gegeben ist. Die 23 Landtagsabgeordneten, gegen welche sich das Ausschlußverfahren richtet, waren derselben Meinung, und zwar mit Recht. Die Voraussetzungen, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtags gestellt hatte, waren nicht erfüllt.

Es liegt danach nicht ein offener Verstoß gegen klare und unmißverständliche Beschlüsse des in diesem Falle maßgebenden Reichsparteitags vor, wie es erste Voraussetzung für die Berechtigung des Vorwurfs des Disziplinbruchs ist, sondern es handelt sich lediglich um verschiedene Auffassungen in der Wahl des Zeitpunktes, an welchem der sächsische Landtag aufgelöst werden sollte. Wegen der andersartigen Auffassung und Handlung der Angeklagten kann man niemals 23 Mitglieder mit unbestrittenen Verdiensten um die Partei aus der Partei hinauswerfen.

Gerade die Pflicht, die demokratischen Grundsätze unter allen Umständen anzuwenden, erfordert es, daß der Wille des Reichsparteitags in erster Linie geachtet wird und Landesversammlungen nicht von den Richtlinien des Reichsparteitags abweichen. Die Demokratie würde in ihr Gegenteil verkehrt und es würde in der Partei ein zerstörender Partikularismus aufkommen, wenn nicht unter allen Umständen der Wille des Reichsparteitags als höchstes Gesetz gilt.

Von den Vertretern, die den Ausschluß beantragen, wird geltend gemacht, der Parteivorstand habe, als er der sächsischen Landtagsfraktion empfahl, den Antrag auf Auflösung des Landtags noch nicht zu stellen, den Beschluß des sächsischen Landtags in aller Form zu suspendieren müssen. Das war in diesem Falle nicht erforderlich. Es genügt nach Lage der Sache, daß der Parteivorstand, der die Reichsparteitagsbeschlüsse auszuführen oder die Ausführung zu übermachen hat, zum Ausdruck brachte, daß die vom Parteitag aufgestellten Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Es ist auf den Inhalt der Parteivorstands-Stellungnahme, nicht auf die Form das Hauptgewicht zu legen.

Der vom Vorstand des Leipziger Bezirks auf Ausschluß gefasste Beschluß war ein Fehlgriff. Die Handlungsweise der vom Ausschluß bedachten Genossen ist nicht moralisch zu werten und demzufolge zu bestrafen, insofern sie ist rein politisch zu beurteilen. Sie gehört nicht vor ein Schiedsgericht, sondern vor den Reichsparteitag. Um den Fehlgriff wieder gutzumachen und die ganze Angelegenheit wieder auf das richtige Gleis zu bringen, mußte der Beschluß des Bezirksvorstandes aufgehoben werden.

Der Wille der Mehrheit muß zur Geltung gebracht werden. Das wird und kann auch in Sachsen geschehen. Es wäre wahrlich längst geschehen, wenn die Zeit zum Handeln im Einvernehmen mit dem Berliner Parteivorstand festgestellt und damit die Autorität der Gesamtpartei in Sachsen eingesetzt worden wäre.

Mordzölle.

Der Verein sozialistischer Aerzte Berlins hatte zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, in der Reichstagsabgeordnete Frau Dr. med. Stegmann (Dresden) über „Schutzzölle und Volksgeundheit“ folgendes ausführte:

Die Forderung nach den Agrarzöllen ist vollkommen unberechtigt. Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie würde die Einführung von Zöllen das Brot im Jahre um 52 Mark verteuern, ohne die Erhöhung der Preise für Gemüse, Obst und Süßfrüchte. Die Ernährung des Volkes würde sich durch eine Preiserhöhung auf allen Gebieten gewaltig verschlechtern. Sie würde sich ähnlich wie in der Kriegszeit bei dem werktätigen Volke wieder hauptsächlich auf Kartoffeln und Brot beschränken müssen.

Dadurch würde die Volksgeundheit bedeutende Erschütterungen erleiden. Die Tuberkulose, diese Mangelkrankheit, wird zunehmen. Hohe Getreidepreise bewirken ein Steigen der Bodenrente. Hohe Bodenrente wiederum treibt den Mietzins für Wohnungen in die Höhe. Nun haben in Deutschland nur 6 Prozent der Bevölkerung solche Wohnungen, die dem Mindestmaß des Raumhahls, der für eine gesunde Wohnung erforderlich ist, genügen. Schlechte Wohnungen sind der Herd der ansteckenden Krankheiten, denn wo keine Luft und Sonne hingelangt, kommt die Krankheit auf Dauerbesuch. Der unterernährte Körper kann den Infektionskrankheiten nur sehr schlecht Widerstand leisten, dazu sind unsere Kinder ja noch unterernährt.

Wir hätten, um wieder vorwärts zu kommen, eine völlig hygienische Umstellung des Volkes nötig gehabt. Aber die Zölle können diese seelische Umstellung vom Leidenden zum Aktiven, vom Traurigen zum Freudigen nicht bringen. Am Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, in der es unter anderem heißt:

Die vom Verein sozialistischer Aerzte einberufene Versammlung erhebt den klärenden Einspruch gegen die Zollvorlage der Reichsregierung. Es ist eine medizinisch feststehende Tatsache, daß nur eine ausreichende und zweckentsprechende Ernährung die Heil- und Abwehrstoffe des Körpers schafft, die Kranken zur Genesung helfen und Gesunde vor Krankheit schützen. — Volksleiden und seelische Zerrüttung sind von jeher die Folge der Verarmung und Unterernährung gewesen. Lebensmittelszölle, die den Brot- und Fleischkonsum des einzelnen und damit besonders hunderttausender Familien beneuern, müssen durch zunehmende Verarmung, verbunden mit Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit die Krankheits- und Todesziffern steigern.

Wir rufen daher die gesamte deutsche Ärzteschaft auf, mit uns die Reichsregierung, die verantwortlich für die Volksgeundheit ist, vor ihrem verhängnisvollen Vorhaben zu warnen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der internationale Eisenbahnerkongress.

Der internationale Eisenbahnerkongress in Wellington, der am Donnerstag beendet wurde, verlangt in einer Entschließung das uneingeschränkte Koalitionsrecht für die Eisenbahner und fordert hierfür die Vermittlung des Völkerbundes. Außerdem sprach sich der Kongress für die Verstaatlichung der Eisenbahnen und gegen ihre Ueberführung in Privatbetriebe aus.

Von sämtlichen Eisenbahnergewerkschaften wird gefordert, daß sie für die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden eintreten, ebenso für die Abschaffung der Ueberstunden, die nur bei Unglücksfällen oder außergewöhnlichen Umständen zugelassen sind. Ein Unterschied zwischen sogenannter Bereitschaft und wirklicher Arbeitszeit soll wegfallen. Schließlich trat der Kongress für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens ein.

Der Arbeitslohn in Rußland.

In der vor kurzem erschienenen Nr. 2 der russischen amtlichen „Arbeitsstatistik“ finden wir Angaben über die tatsächlichen Arbeitsverdienste der russischen industriellen Arbeiter im Jahre 1924. Wohlgemerkt: es handelt sich um die tatsächlichen Arbeitsverdienste, nicht um die wesentlich niedrigeren tariflichen Lohnsätze; bei dem sehr weit verbreiteten System der Fixtarife bildet das Ueberholen der tariflichen Sätze durch den tatsächlichen Arbeitsverdienst eine Regel.

Der durchschnittliche monatliche Arbeitsverdienst des russischen Industriearbeiters bewegte sich (im Durchschnitt des Landes) während des Jahres 1924 wie folgt (in Rubeln) und Koppen; 1 Rubel gleich 2,16 Mark:

Januar	34,40	Juli	40,31
Februar	37,28	August	38,45
März	36,93	September	41,11
April	37,14	Oktober	42,25
Mai	37,14	November	38,54
Juni	36,84	Dezember	39,71

Die Steigerung des Nominallohns vom Januar bis Dezember 1924 erreichte demgemäß 15,4 Prozent (die des Reallohns 16,5 Prozent).

Ueber die tatsächlichen Arbeitsverdienste im Dezember 1924 in den einzelnen Industriezweigen geben uns folgende Zahlen einen Aufschluß: in der Metallindustrie 44,98 Rubel, in der Textilindustrie 34,17 Rubel, im Bergbau 33,49 Rubel, in der chemischen Industrie 40,30 Rubel, in der Lederindustrie 57,28 Rubel, in der graphischen Gewerbe 69,91 Rubel, in der Industrie der Lebensmittel und Genussmittel 58,83 Rubel, in der Papierindustrie 40,68 Rubel, in der Holzindustrie 42,15 Rubel; in der Industrie insgesamt 39,71 Rubel. In Moskau dagegen 62,66 Rubel und in Leningrad 61,13 Rubel.

Die wesentlich höheren Arbeitsverdienste in Moskau und Leningrad erklären sich nur zu einem geringen Teil durch die höheren Lebenshaltungskosten in den beiden Hauptstädten. Ausschlaggebend sind hier vielmehr politische Ermäßigungen: man will die Arbeiter in Moskau und Leningrad gegenüber den Arbeitern in der Provinz bevorzugen, um in den Zentren des Landes ein günstigeres Bild zu gestalten und die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse zu lindern. Nicht nur der Nominallohn, sondern auch der Reallohn der Arbeiter ist daher in den beiden Hauptstädten wesentlich höher als in der Provinz, und zwar in Moskau im Dezember um 39,7 Prozent höher als im Durchschnitt des Landes (der Unterschied zwischen dem Moskauer Lohn und dem in der Provinz ist also noch größer), in Leningrad um 38,9 Prozent.

Für die ersten Monate des Jahres 1925 liegen noch keine endgültigen Zahlen vor. Aus den einzelnen veröffentlichten Angaben ist aber zu ersehen, daß der Prozeß der Steigerung der Arbeitsverdienste im Herbst 1924 zu seinem vorläufigen Abschluß gelangt ist. Trotz der gerade seit Herbst vorigen Jahres steigenden Lebenshaltungskosten bleibt der Nominallohn im großen und ganzen auf dem im letzten Jahresviertel 1924 erreichten Höhe, der Reallohn zeigt sogar eine absteigende Tendenz.

Gegenwärtig macht die kommunistische Partei wieder einmal große Klänge für sogenannte Arbeiterdelegationen, die nach Rußland geschickt werden sollen. An sich kann man es nur begrüßen, wenn Arbeiter in fremde Länder gehen und dort mit ihren Arbeitskameraden persönlich Fühlung nehmen. Eine derartige persönliche Fühlungnahme kann für das friedliche Zusammenwirken der Völker nur von Vorteil sein. Anders liegen freilich die Dinge mit Rußland. Es ist bekannt, daß die Sowjetregierung Ausländern gegenüber entweder großangelegte Täuschungsmanöver versucht, oder aber sich ihrer auf irgendeine Weise entledigt.

Kürzlich erfuhr der eingetretene Sozialrevolutionär Goh, daß er angeblich mit Edo Fimmen auf einem Gute in der Nähe von Moskau sich unterhalten und lobend über die Behandlung durch die Sowjetbehörden geäußert habe. In Wirklichkeit hat Goh niemals Edo Fimmen zu Gesicht bekommen und man hat an Stelle des eingekerkerten und ausgehungerten Goh einen sich in voller Gesundheit befindlichen fremden Menschen untergehoben.

Wenn man derartige Täuschungsmanöver einem Manne gegenüber wie Edo Fimmen anwendet, dann kann man sich leicht vorstellen, was man Arbeiterdelegationen vormachen wird. Nun kann es freilich passieren, daß unter diesen Arbeitern sich welche befinden, die genügend Schlaueit besitzen, um die Wahrheit zu erfahren oder wenigstens den Versuch dazu zu machen. In diesem Falle hat die Sowjetregierung, wie der Rundermann-Prozeß zeigt, Mittel an der Hand, um solche unangenehme Leute unschädlich zu machen. Wer sich, sei es mit den besten Absichten, zu sehr durchsichtigen Zwecken misbrauchen läßt, der riskiert, daß ihm dasselbe Schicksal ereignet, wie jene Stubenten, die sich gleichfalls für Sowjetrußland begeisterten.

Betriebsratswahlen bei der Post. Die Betriebsratswahlen bei der Reichspost haben dem Deutschen Verkehrsband einen schönen Erfolg gebracht. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf den Verkehrsband 34 302, auf die Christlich-deutsche Postgewerkschaft 7505. Danach wird die freigewerkschaftliche Organisation im Zentralbetriebsrat der Reichspost und die Christlich-deutsche Postgewerkschaft nur einen Vertreter haben. (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Was lese ich?



Die neuesten Zeitschriften:

Neu, das neue Magazin, Heft 10. — Der Verlag, Heft 6. — Der Deutscher, Nr. 26. — Arbeitermanns Monatshefte, Juli-Heft. — Das Lagerfeuer, Nr. 2. — Preussisches Archiv, Heft 9. — Behlensen & Klaußens Monatshefte, Nr. 11. — Die Glocke, Nr. 13. — Gartenbauzeitung, eine Zeitschrift mit Bildern, Juni-Heft. — Simplicitas, Nr. 13. — Die Welt ist jung und schön? Ein Leitfaden für Körperpflege, April 125. — Vom Dasein und dem andern guten Gehen, 75 Pfennig. — Ralte Kühe. Sogetriebe und kalte Abendplatten 75 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme.

Volkssport.

Turn- und Sportfest in Diesdorf.

Am Sonntag den 12. Juli begehrt der Turn- und Sportverein Diesdorf, anlässlich seines 40-jährigen Bestehens, ein Turn- und Sportfest. Die Beteiligung wird sehr reger sein. Bis jetzt haben 250 Wettkämpfer ihre Meldung abgegeben, so daß gute Leistungen zu erwarten sind. Im 100-Meter-Lauf ist Kramme, Müller, Reichardt, Radack und Reinfisch eingezzeichnet, die auch das Ende unter sich ausmachen werden. Im 200-Meter-Lauf wird Ellermann und Weberroth in Front liegen. Im 500-Meter-Lauf wird es einen harten Kampf geben zwischen Bessel (Zudenburg) und Reine (Gardfe). Wer von beiden zuerst das Zielband reißt, steht noch dahin. Auch der 3000-Meter-Lauf wird einen Endkampf geben zwischen Piesler (Wilhelmstadt) und Friske (Zudenburg). Der 60-Meter-Hürdenlauf wird eine sichere Beute von Erich Koch werden. Ebenso der Weisprung, doch dürfte Grütze (Zudau) ihm nicht viel nachsehen.

Auch die Jugendwettkämpfe weisen eine gute Befahrung auf, so daß auch hier guter Sport geboten wird. Ebenso liegt es bei den Sportlerinnen. Hier wird Nichts Zudenburg in Front liegen, da die besten Kräfte zur Stelle sind. Die Stafetten weisen eine starke Befahrung auf. In der 4x100-Meter-Sportler- und Sportlerinnen-Stafette wird Zudenburg an erster Stelle liegen, während wir bei der Jugend Eintracht Neustadt den Vorzug geben.

Alle Sportler treffen sich um 8 Uhr im Festlokal zum Empfang der Startnummern. 9 1/2 Uhr ist der Aufmarsch zum Sportplatz, wo pünktlich um 9 Uhr die Wettkämpfe beginnen. W. A. u. a. b. e., Sportwart.

Kugelfuß.

Germania Südost gegen Magdeburger Kugelfußklub (1:0) Obige Mannschaften trafen sich am Sonntag im Gesellschaftsspiel. Gleich nach Anstoß entwickelte sich ein hartes Spiel, bei dem der Kugelfußklub eine kleine Ueberlegenheit zeigt. Nach und nach findet sich Südost zusammen, wodurch das Spiel offener wird. Ein nach Sachheit für Germania gegebener Einwurf wird verhindert. Kurze Zeit vor Schluss gewinnt Germania, durch einen prächtigen Eckball in Führung zu gehen. Alle Anstrengung, n des Kugelfußklubs, anzugleichen, scheitern an der Verteidigung, die sich von besonders guter Seite zeigte. Mit 1:0 für Germania trennte der Schieds-

richter die beiden Parteien. Der Sturm des Kugelfußklubs spielte ein wenig verfahren, während die Verteidigung sehr gut war. Auf Seiten Germania's Der Schiedsrichter hatte das Spiel fest in der Hand. — Sturm Schönebeck gegen Germania Südost 2:1. —

Vauender Verein	Gegner	Spieleart	Spielplatz	Zeit
Fußball am Sonnabend.				
(2) Borussia I	Wader Neubildob.	Gesellschaftssp.	Siedanring	6:30
Zahn Gr.-Dietrich	Wader Neubildob.	Gesellschaftssp.	Gr.-Dietrichleben	6:30
Fußball am Sonntag.				
(4) Eintracht 02 I	Wader Neubildob.	Gesellschaftssp.	Zitabelle	4
(3) Sturm 07 I	Wader Neubildob.	Gesellschaftssp.	Siedanring	4:30
(5) B. f. B. I	Wader Neubildob.	Gesellschaftssp.	Neustadt	4
Germania Südost I	Wader Neubildob.	Gesellschaftssp.	Südost	4

Am Sonnabend treffen auf dem Sportplatz Siedanring Borussia und Magdeburger Kugelfußklub zusammen, um das fällige Recontrementsspiel auszuführen. Borussia mußte beim letzten Zusammenreffen eine leichte Niederlage von 2:1 einstecken. Die Borussia werden versuchen, die Niederlage wieder gutzumachen. Das Spiel wird interessant werden. Der Besuch wird sich lohnen. Am Sonntag finden drei ernteliche Spiele statt. Auf dem Eintrachtplatz an der Zitabelle werden der Piesler und Wader Neubildob ein Freundschaftsspiel austragen. Wader verfügt zurzeit über eine äußerst starke Mannschaft der Eintracht 02 kaum standhalten wird. Die Eintracht-Eit wird in starker Aufstellung antreten, so daß guter Sport geboten wird. Die beiden Ortsvereine Sturm 07 und Sportfreunde werden auf dem Siedanring ein spannendes Spiel vorführen. Beide Mannschaften werden ihre besten Kräfte ins Feld schicken, so daß auch hier ein auf der Höhe stehender Sport geboten wird. Den Sieger aus diesem Treffen im voraus zu sagen, ist nicht möglich. Um 4 1/2 Uhr. B. f. B. hat sich Dienstadt verpflichtet. Die Gäste stellen eine recht gute Mannschaft, die der B. f. B. ein den Sieg nicht leicht machen wird. Das Spiel, das auf dem Neustadtplatz um 4 Uhr zum Austrag kommt, ist zum Besuch zu empfehlen. —

Hautball.

Frische Neubildobleben gegen Klein-Ammenleben. Zu einem Gesellschaftsspiel war am Sonntag der Arbeiter-Turnverein Klein-Ammenleben als Gast in Neubildob anwesend. Am Donnerstag wurde ein Fußballspiel auf dem Auer ausgetragen, das mit 6:2 für Frisen endete. Am Samstag beim Fußballspiel gewann Frisen ebenfalls mit 7:3.

Weiterfahrten der Schutzpolizei.

Vom 10 bis 12 Juli a. l. langen in Magdeburg die Meisterschaftswettkämpfe der gesamten Schutzpolizei der Provinz Sachsen zum Austrag. Folgendes Programm ist festgesetzt: Freitag: 8 Uhr, Kleinfußball (K. & S. Stande am Krötenort); 10 Uhr, Bogen, Ringen, Ju-Jitsu (Vorstadt);

Konzerthaus; 5:30 Uhr: 10-Kilometer-Geländelauf (Rotes Horn, Schützenhaus 8 Uhr, Bogen, Ringen, Ju-Jitsu, Hauptkämpfe (Konzerthaus). Sonntag: 8:30 Uhr, Leichtathletische Wettkämpfe (Schroteplatz); Ziel: Leipziger Straße. Sonntag: 9 Uhr, Schwereathletischer Fünfkampf (Schroteplatz); 9:30 Uhr, Turnen (Zudau und Siedanring, Schroteplatz); 2:30 Uhr, Leichtathletische Hauptkämpfe (Schroteplatz). Sonderveranstaltungen der Schutzpolizei Magdeburg. Reiterquartier. Handball: Schuppolizei Halle gegen Magdeburg. 8:30 Uhr, Siegereverenz im Konzerthaus. —

Handball.

Vauender Verein	Gegner	Spielplatz	Schiedsrichter	Zeit
11. Juli.				
Neue Neustadt I	Wilhelmstadt I	Lübecker Str.	Zudau	6:30
Neue Neustadt Jg.	Sturm 07 Jg.	—	—	7:30
12. Juli.				
Diesdorf I	Staffort I	Gemeindeplatz	Zudau	5
Sturm 07 I	Eintracht Süd I	Umfassungstr.	Wilhelmstadt	1:30
13. Juli.				
Var Kochba II	Fichte Altstadt I	Schroteplatz	Wilhelmstadt	7:30
15. Juli.				
Sturm 07 I	Var Kochba I	Umfassungstr	Neue Neustadt	7:30
Wilhelmstadt Schül	Zudau Schül	Siedanring	—	6
16. Juli.				
Eintracht N. R. I	Eintracht Süd I	Lübecker Str.	Diesdorf	7:30

Mitteilungen der Sportvereine.

Frischluft in Wilhelmstadt. Am Mittwoch spielte die zweite Mannschaft des Turnvereins Frische Wilhelmstadt gegen die erste Mannschaft von Zudenburg. Die Wilhelmstädter gewannen dieses Spiel mit 6:3 Punkten. Es zeigte sich, daß nicht nur Hand- und Fußballspiele interessant sein können, sondern auch Frischluftspiele. Die Zudenburg-Mannschaft war auf allen Stellen gut besetzt, jedoch hatten die Wilhelmstädter in bezug auf Ballberührung ein kleines Plus, was dann auch auf das Resultat nicht ohne Einfluß blieb. —

Fußball in Südost. Am Sonntag spielt auf dem Germania-Sportplatz in Südost um 4 Uhr Germania I gegen Altsiedobleben I. Da beide Mannschaften gleichwertig sind, ist dieses Spiel jedem Sportanhänger zu empfehlen. —

Wader Neubildobleben I gegen Zahn Groß-Dietrichleben I. Am Sonntag abend um 6:30 Uhr treffen sich obige Mannschaften auf dem Gemeinde-Sportplatz in Groß-Dietrichleben im Freundschaftsspiel gegenüber. Die Gäste sind gut in Form. Zahn muß alles aufbieten, um ebenbürtig abzugeben. Dem sportliebenden Publikum ist daher ein Besuch dieses Treffens zu empfehlen. —

Saison-Ausverkauf

Waren Sie schon bei uns? — Dann beileben Sie sich!

So billig konnten Sie noch keine Qualitätswaren kaufen!!

Halb!

Wir geben, so lange Vorrat, bei Einkäufen von 5.— Mark an **1 Riesenluftballon gratis!**

<p>Bettbezüge gebüchelt mit 2 Kissen 11.60 9.75</p> <p>Bettbezüge weiß Pinon, mit 2 Kissen 12.50 10.75</p> <p>Bettlaken Halbleinen und Domit. 150x210. 6.45 5.50</p> <p>Wischtücher farziert Stück 58 40 22</p> <hr/> <p>Damen-Strümpfe Seidenflor, So. Sierfe, Doppelfoble. 1.25 95</p> <p>Herrn-Socken starke Qualität 35 35</p> <p>Herrn-Socken feinfarbig, gemustert. 90 90</p> <hr/> <p>Seidentrikot 100 cm breit 2.45 3.35</p> <p>Crépe de Chine in vielen Farben 6.85 5.75</p> <p>Nelveliaside 85 cm breit 3.60 3.60</p> <p>Washseide moderne Streifen u farziert 3.45 2.85</p>	<p>Kissen g. gezeichnet, schwarzweiß. . . 1.10 88</p> <p>Becken gezeichnet, 60x90, schwarzweiß 95 88</p> <p>Kaffeemützen schwarzweiß, gezeichnet 88</p> <p>Korsett aus bestem Drell 2.95 1.95</p> <hr/> <p>Waschkrepp mod. Muster, 100 cm br. 1.75 1.35</p> <p>Frotte gestreift und farziert 88 88</p> <p>Spezial-Voile weiß, 116 cm Meter 90</p> <p>Woll-Minseine moderne Ausmusteruna 2.45 2.75 2.25</p> <hr/> <p>Leinenknöpfe 5 Duzend farziert 35 35</p> <p>Stoppfist alle Farben. 10 Knäuel 68</p> <p>Leinenband alle Breiten 5 Stück 40</p> <p>Schuhsenkel 100 cm. 5 Paar 30</p> <p>Obergarn 1000/4 85 Pf. 200/4 20</p>	<p>Scheibengardinen 45 bis 60 cm breit Meier 78 45 38</p> <p>Nessel gestreift, 80 cm breit Meter 88</p> <p>Madrasstoffe hellgestreift, 130 cm breit. 1.95</p> <p>Linoleumläufer 65 cm breit Meter 1.95</p> <hr/> <p>Seidentrikot-Schlupfhosen feinfarb. 3.75 2.75</p> <p>Seidentrikot-Hemdosen in viel. Farb 4.80 4.35</p> <p>Hemdosen feingestrikt, weiß 2.75 1.85</p> <p>Schlupfhosen Flor, feinfarbig 1.25 88</p> <hr/> <p>Wäschestickereien Netzposten Meter 35 15 12</p> <p>Kiöppelspitzen mit Einsatz 4-8-Meter-Stück 90</p> <p>Damen- und Kindergürtel 40 35</p> <p>Haarschleifen mit Spange 90 57</p>	<p>Oberhemden prima Pertal, mit 2 Kragen 6.85 5.75</p> <p>Oberhemden prima Zephir, mit 2 Kragen 7.25</p> <p>Rucksäcke mit Lederriemen 1.85 95</p> <p>Leder-Sportgürtel 95</p> <hr/> <p>Sportwesten reine Wolle, gestrikt 6.85 5.65</p> <p>Sportwesten gemustert, feinfarbig 14.95 10.50</p> <p>Ueberhulsen reine Wolle 5.50 4.50</p> <p>Kinder-Sportwesten reine Wolle 6.50 4.75</p> <hr/> <p>Speiseteller blauer Rand Stück 15</p> <p>Obertassen weißer Rand Stück 10</p> <p>Washbretter harter Sinfefinsatz. Stück 95</p> <p>Washgarnitur 4teilig. 2.95</p> <p>Kaffeekessel Aluminium 1.85</p>
--	---	---	--

R. Wittkowski

Breiter Weg 61

Für die Reise

Filzhüte in weiß und farbig
Velourshüte in den neuesten Farben
Ripshüte in modern. Ausführungen von Mk. 6.90 an
Weiße Rips-Südweste Mk. 2.90

Vertrieb der

Radeberger Hutfabrik G.m.b.H.

Magdeburg, Himmelreichstraße 11.

Schlafzimmer 180 u. 160 mit oberen mit obalen Gläsern, eichen u. nubb.

Speisezimmer 180 u. 160 großes Büfett, auch einzelne Küchen, Möbel, alles neu und modern, nur Qualitäts-Möbel. — Neelle Einzahlungen gestattet. — Billigste Preise. — 2059

Sorge in allen Größen stets am Lager.

Wilh. Delor, Tischlermeister,
Magdeburg - Neustadt, Friedrichstraße 3.

Stendal.

Sportverein 1894 Stendal
für Schwer- und Leichtathletik.

Der Verein veranstaltet am Sonntag den 12. Juli im „Odeum“ einengroßen **Athleten-Wettstreit** im Heben, Ringen und Bogen. Beginn der Wettkämpfe vorm. 9 Uhr. Abends 7 Uhr **Festball.** Ergebnis ladet ein Das Festkomitee.

Palast-Theater, Burg.
Freitag bis Montag

1. Zur Chronik von Grieshaus oder Junker Hiarichs verbotene Liebe nach der Novelle von Theodor Storm Dramatiker: El. Da-aver, Geitrad Weller, Paul Hartmann.

2. Das Kommt vom Sekt. entzuckendes Lustspiel in 3 Akten

3. Die Daulig-Woche. Interessantes u. Neues aus aller Welt. Kassenöffnung 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr Jugend-Vorstellung.

Züchtiger

Original-Um- und Andrucker

mit guter Erfahrung in Photographie, in dauernd. Stellung i mögt bald gesucht.
Höher Leistungslohn.
Hugo Besthorn, Magdeburg-Neustadt
Papierverarbeitungswerke.

ZENTRAL

Täglich 8 Uhr:
Der Rettelstudent
Musik von Karl Millöcker. 42

Sonntag 2 Vorstellungen
4 Uhr (kleine Preise) und 8 Uhr.
Stehentgiger Kartenvorverkauf!

Prima Fohlenfleisch!

erwiesene in meinen Verkaufsstellen

Große Storchstraße 6, Eingang Große Kühlenstr., neben Waren-Verein und Große Diesdorfer Str. 248.

Fritz Bea.

Auf dem Rotes Horn Stand 19, vor der Schimmsbahn. Feine delikaten Würstchen Paar 36 Pf.

Hausbursche

nicht über 20 Jahre alt, für sofort gesucht.

LAFAGE

Eck- u. Farb.-Hand.-Gef. m. d. S. Magdeburg a. S. Halberstädter Str. 22a. Telefon 10195.

Achtung, Maler!

Die für Sonntag den 12. d. M. vorzubereiten

Dampferfahrt nach dem Buschhaus

beginnt bereits um 8 Uhr vorm., nicht um 10 Uhr, wie zuerst bekanntgegeben wurde. 1917

Verband der Maler, Lackierer usw.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 9. Juli. Oberregierungsrat i. R. Otto Rammenberg, 65 J. Reichsmediz. Rat North, 60 J. Marie geb Radack, Ehefrau des Monteurs Robert Jahnte, 44 J. Wermeister i. R. Friedrich Such, 80 J. Arbeiter Johannes Matheis, 26 J. Wänter, E. des Arbeiters Paul Benfchel, 15 J. Anna geb. Schmidt, Ehefrau des Polierführers Edward Staber, 45 J.

**Es ist Schluß
am Mittwoch!**

Kommen Sie sofort!
Soweit noch Vorräte am Lager
kaufen Sie zu den enorm verkleinerten Preisen!



Meine Schaufenster
werden Sie von der Billigkeit überzeugen!

Enorm billige Strümpfe

- | | | | |
|--|------|--|------|
| Damenstrümpfe Baumwolle, schwarz und leder Paar | 40 | Damenstrümpfe Kato Finish, m. Doppellohle in beige Paar | 95 |
| Damenstrümpfe schwarz u. leder, Baumwolle Doppellohle und Sechserie | 60 | Damenstrümpfe Kato Finish - teartige Qualität Paar | 1.20 |
| Damenstrümpfe prima Seidengriff u. farbig | 80 | Kunstseidene Strümpfe mit Doppellohle alle Modefarben Paar | 1.50 |
| Kunstseidene Strümpfe schwarz, m. kleinen Schönheitsflechern | 95 | Seidenflorstrümpfe in farbig, mit Doppellohle Paar | 1.75 |
| Damenstrümpfe Seidenartig, schwarz, Doppellohle, verk. Ferse u. Spitze | 1.00 | la. Seidenflorstrümpfe farbig und schwarz mit Doppellohle Paar | 2.40 |

Kinder-Strümpfe

- | | |
|--|----|
| Baumwolle, 1x1 gestrickt, verk. Ferse u. Spitze, in grau u. beige fort, Gr. 1 bis 9, Gr. 1 Paar Jede weitere Größe 5 Pfennig mehr. | 40 |
| 2fach Baumwolle, 1x1 gestrickt, in grau und beige fort, Gr. 1 bis 9, Größe 1 Paar Jede weitere Größe 10 Pfennig mehr. | 15 |
| 2fach Kato, 1x1 gestrickt in schwarz, Größe 1 bis 7, Größe 1 Paar Jede weitere Größe 10 Pfennig mehr. | 90 |
| Kinder-Söckchen in schwarz, leder und weiß Größe 1 Paar Jede weitere Größe 5 Pfennig mehr. | 20 |

Herren-Socken

- | | |
|---|------|
| Schwarze Socken verflachte Ferse und Spitze | 50 |
| Katoerjas, mit Doppellohle, in schwarz und leder Paar | 75 |
| schwarz mit bunt gestreift und farbig Paar | 1.35 |
| Flor, farbig hinterlegt, sehr fein Paar | 1.75 |
| Schweißsocken prima Merino, ganz vorzüglich | 1.70 |
| Feinfarbige Socken in gestreift einfarbig | 70 |
| | 40 |

Ein Posten Waschkleider

prima Baumwolle-Ruffelkne, in blendend schöner Ausmutterung, sehr preiswert
jezt **7.95 6.95 5.95 4.50 2.95**

Ein Posten elegante Waschkleider

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Ein Posten prima Vollvoile-Blusen und Kasaks

in farbig, jetzt **3.95 2.95**

Ein Posten Donegal-Mäntel weit unter Preis . . . 12.50 7.50 **5.95**

Regen-Mantel

baumw. Covercoat
jezt **15.75**

Popelin-Mantel

beige, farbig, alle Weiten
jezt **15.75**

Alpaka-Mantel

prima Mohär
jezt **19.50**

Ein Posten Sport-Strickjacken

in reiner Wolle **7.00** in Kunstseide **8.50**
Stück 15.00 bis Stück 12.50 bis

6 besonders preiswerte Posten Handschuhe

- | | | | |
|--|----|--|------|
| Filetmuster ohne Finger, 40 cm lana, schwarz und farbig Paar | 25 | Jacquard-Flor, Filet ohne Finger, 1 Halbferse, schwarz 40 cm lang Paar | 40 |
| Atlaszwirn 2 Druck in farbig u. weiß Paar | 75 | Atlaszwirn 2 Druck in farb. Anknab, in farb. schwarz u. weiß Paar | 1.00 |
| Herren-Atlaszwirn u. Flor 1 farb. 1 Druckknopf Paar | 50 | Herren-Atlaszwirn 1 Druckknopf in farb. schwarz u. weiß Paar | 95 |

Sehr billige Sommer-Trikotagen

- | | | | |
|---|------|---|------|
| Herren-Garnituren Gade u. Soje, einh. Str., in bla. blau, grau, Garn. | 3.95 | Netzjacken ungeschlechte Baumwolle, Größe 4-6 Größe 4, Stück | 80 |
| Herren-Garnituren einfarbig, prima Trikot in bla. blau, grau, Garn. | 5.50 | Netzjacken vorn zum Knöpfen, Größe 4-6 Größe 4, Stück | 85 |
| Herren-Garnituren Wafe, mit bunt gestreift, gute Konfektion, Garn | 9.50 | Netzjacken vorn zum Knöpfen, weiße Baumwolle, Größe 4-6, Größe 4, Stück | 1.20 |

Herren-Einsatzhemden weiß Trikot, mit halb-kantem Nadelstrich Stück **2.35**

Ein Posten Herren-Normalhemden mit Doppelbrust Stück **2.40**

Damen-Schlupfrosen verschiedene Farben, mit Kofferten Stück 1.25 marine Stück **85**

Kinder-Unterhöschen mit Zeitgen und Barmeln, mafefarbig Trikot Größe 10: 94 89 70 60 Stück 2.10 1.95 1.80 1.65 1.50

Knaben-Sporthemden baumgestreift Jersey, mit Zipfel, Größe 50 Stück jede weitere Größe 25 Pf mehr **2.25**

Knaben-Sporthemden weiß Panama Größe 50 Stück jede weitere Größe 50 Pf mehr **2.75**

Vorgezeichnete Handarbeiten

- | | | |
|---|-------|------|
| Taschentücher moderne Zeichnungen | Stück | 10 |
| Weißer Kissen hoch und Nischen | Stück | 45 |
| Mittelfdecken verschiedene Größen, mod. Zeichnungen | Stück | 75 |
| Schwarze Ripskissen neue Zeichnung | Stück | 95 |
| Ueberhandtücher Kreuz- und Steifisch und Nischen | Stück | 1.20 |
| Weißer Kissen extra groß | Stück | 2.95 |

Preiswerte Korsetts

- | | | |
|--|-----------------|------|
| prima Dreil., mit Langette | Stück 2.75 2.25 | 1.95 |
| Korsetts für ältere Damen, bequeme Form Stück | | 4.00 |
| Hüfthalter mit Gummigürtel und 1 Paar Strumpfhältern Stück | 2.90 | 2.50 |
| Hüfthalter Damast, mit Salteln Stück | | 3.75 |
- 1 Posten angestaubte Korsetts u. Hüfthalter in kleinen Weiten **extra billig!**

Ein Posten Damen-Hemden sehr billig

aute Wäschestoffe, in vielen verschiedenen Modarten und Garnierungen, teils mit Trägern oder Achselknopf, mit Hohlkamm, Langette oder Endereien
Stück **95 1.45 1.75 1.95 2.45 2.75**

1 Posten Untertailen versch. Stoffe, mit breiter Stickerei Stück 2.10 1.75 1.45 95 **65**

Ein Posten
Bamer Spitze
Rippel-Imitation
Reiz-Stück **35**

Wublin

Ein Posten
Hemdenpassen
mit Trägern
Serie 4 3 2 1
Stück 1.25 80 60 45

Extra-Angebote besonders billig für die Reisezeit

- | | | | | | |
|---|------|--|------|---|-------|
| Terzschuhe mit Astorgrün-Sohlen Gr. 2-3 | 1.45 | Strom Chevrolet-Kinderstiefel Gr. 20-21 | 2.95 | Baum Chevreau-Damen-Halbschuhe Spitze | 6.90 |
| Kinder-Spangenschuhe | 3.75 | Baum Barkalf-Sandalen Gr. 26 35 4.75, 29 bis 39 4.25 27 bis 28 | 3.90 | Damen-Halbschuhe braun und schwarz, Spitze und Spitze | 7.90 |
| Kindbox-Schnürstiefel schwarz und braun Größe 23 bis 25 | 3.90 | Lack-Spangenschuhe | 4.90 | Elegante Damen-Halbschuhe braun und schwarz, Spitze und Spitze | 8.90 |
| | | Schwarze Damen-Spangenschuhe Chevreau, hoch 21 1/2 | 3.90 | Elegante Damen-Lackschuhe Spitze und Spitze, braun, hoch 21 1/2 | 9.90 |
| | | Damen-Halbschuhe 2-fach Spitze, schwarz, Spitze und Spitze | 4.90 | Kinder Herren-Schnürstiefel Größe 22-25 schwarz | 6.80 |
| | | Damen-Halbschuhe Chevreau, braun, Spitze | 5.90 | Herren-Schnürstiefel u. Halbschuhe braun und schwarz | 9.90 |
| | | | | Herren-Spangstiefel kleiner schwarz besonders billig | 12.90 |



Breiter Weg 193/194 gegenüber der Steinstr., auf dem Hofe

GUMMI-BADEKAPPEN von 60 Pf an
Hugo Nehab
Johannisbergstr. 2

Kammerjäger Röder
vertilgt Wanzen, Schwaben, Ratten, Mäuse, Heimchen, Russen usw. radikal
Kostenlos! Besuch. Auswärtige Arbeiten werden prompt erledigt.
Kammerjäger Röder St. Michaelstr. 28
Ecke 34.

Großer Ausverkauf
wegen Geschäftsumstellung!
Gewaltige Preisherabsetzung
von **20 bis 50 Prozent**
Die Auslagen meiner 4 Schaufenster sagen Ihnen alles
Kaufhaus Merkur
Breiter Weg 227 Ecke Moltkestraße
(Nähe Hasselbachplatz)

Zusammenstoß im Reichstag.

Bier- und Tabaksteuer.

Die Reichstagsitzung am Donnerstag begann mit dem Antrag des Geschäftsausschusses auf Gastentlassung der seit langem in Gefangenschaft befindlichen Kommunisten Geyer und Pfeiffer. Abg. Landsberg (Soz.) gab den Ausschussbericht. Im Sammelsprung wurde die Gastentlassung mit 176 gegen 147 Stimmen beschlossen. Für den Sammelsprung stimmten die Kommunisten, Sozialdemokraten, Volksliche, Demokraten und Teile der Zentrums- und der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums auf Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer beraten.

Die Reichsregierung hatte einen Gesetzentwurf auf 100prozentige Erhöhung der Biersteuer vorgelegt. Dieser Entwurf wurde im Steuerauschuß abgelehnt. Nun haben die erwähnten Parteien einen Antrag eingebracht, der die 50prozentige Erhöhung der Biersteuer verlangt und außerdem eine Erhöhung der Zigarettensteuer und darüber des Zolls auf Rohzucker, mithin eine Verteuerung der Zigarren zur Folge hat. Für die Sozialdemokratie sprach Abg. Simon (Schwaben) gegen die Erhöhung der Biersteuer. Er kennzeichnet insbesondere das Verhalten der Bayerischen Volkspartei, die monatelang die bayrische Volksliste zum Kochen gebracht und feierlich gelobt habe, daß sie nie und nimmer einer Erhöhung der Steuer für das bayrische Volk zustimme. Nun aber unterschreibe diese Partei einen Antrag, der die Erhöhung der Biersteuer um 50 von 100 vorschlägt. Das Bier sei nun einmal ein Volksgetränk und eine Verteuerung des Bieres um 8 bis 10 Pfennig werde eine bedeutende Belastung sein.

Für den Gesetzentwurf sprachen der bayrische Volksparteiler Horlacher, der bayrische Bauernbündler Fehr, ferner ein Deutschnationaler und ein Zentrumsredner. Die Kommunisten sprachen sich gegen den Antrag aus. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten dem Steuerauschuß überwiesen.

In der Fortsetzung der Debatte über den Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete sprach der Volksliche von Ramin, der glaubte, den Franzosen mit Säbeln imponieren zu können. Die rheinländische Sozialdemokratin Frau Schiffgens erwiderte ihm, daß die Volksliche, die nicht ein einziges Mandat im Rheinland aufgebracht hätten, gar kein Recht haben, sich der Rheinländer anzunehmen. Ihre Politik sei nur eine Unterstützung der französischen Militärpartei. Ferner gab der sozialdemokratische Abgeordnete Jakobshagen erschütternde Schilderungen von der Erwerbslosigkeit in der Pfalz. Er habe Erwerbslose getroffen, die seit zwei Jahren in Wohnungen lebten und nährten. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Entschließung, die eine Gleichstellung der Beamten des Ministeriums der besetzten Gebiete und der Reichsvermögensverwaltung mit den Beamten anderer Ministerien forderte, abgelehnt.

Der Haushalt des Reichstags wurde nach kurzer Aussprache erledigt. In der achten Abendstunde wurde der wiederholt zurückgestellte Gesetzentwurf, die Ausübung des Rechtes zum Tragen einer Militäruniform, aufgerufen. Dabei kam es nach der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Kuhnt zu starken Tumulten. Sie entstanden infolge der herausfordernden Haltung der Rechtsparteien und durch das ungehörige Verhalten des amtierenden Vizepäsidenten. Die Sozialdemokratie verlangte Vertagung, weil sie dringend in einer Fraktionsitzung zu wichtigen Fragen noch am Abend Stellung nehmen müsse. Die Rechte wollte die Vertagung verweigern. Wohl eine Viertelstunde lang wurde der Saal von tobenem Lärm erfüllt, weil die Rechtsparteien unbedingt die Fortdauer der Sitzung erzwingen wollten, während die Sozialdemokratie darauf beharrte, daß der Präsident die Sitzung bereits vertagt habe.

Sitzungsbericht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Stoeder (Komm.), daß ein kommunistischer Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die kommunistischen Abg. Geyer und Pfeiffer als erster Punkt beraten wird. Das Haus widerspricht dem nicht. Der Berichterstatter des Geschäftsausschusses, Abg. Landsberg (Soz.), teilt mit, daß beide Abgeordnete sich schon seit längerer Zeit in Haft befinden. Der Ausschuss habe den Standpunkt vertreten, daß in diesem Falle das Interesse des Reichstags an der Teilnahme der beiden verhafteten Mitglieder an seinen Sitzungen größer sei als das Interesse des Staates an ihrer weiteren Inhaftierung, und demgemäß mit 15 gegen 9 Stimmen beschlossen habe, dem kommunistischen Antrag auf Gastentlassung der erwähnten Abgeordneten und Einstellung des Verfahrens stattzugeben. Die einfache Abstimmung über diesen Ausschussbescheid blieb zweifelhaft. Es erfolgt die Auszählung, die die Annahme des Ausschussantrags mit 176 gegen 143 Stimmen bei einer Stimmenthaltung ergibt. (Beifall links.)

Das Haus tritt dann in die Beratung des Gesetzentwurfs der hinter der Regierung stehenden Parteien über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer ein.

Abg. Simon (Schwaben, Soz.):

Im Steuerbuckett des Reichsfinanzministeriums befindet sich auch die Vorlage einer Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Sie sieht nicht weniger als eine Verdopplung der bisherigen Steuer vor, und das in demselben Augenblick, in dem die Volkshenken abgebaut werden sollen. Der Steuerauschuß hat die Regierungsvorlage abgelehnt. Nun sehen wir aber einen eigenartigen Vorgang. Der Ausschuss hat noch gar keine Möglichkeit gehabt, im Plenum die Gründe der Ablehnung darzulegen, und nun wird das Haus durch ein neues Gesetz in Gestalt eines Initiativantrags überrascht, den die Regierungsparteien

unter gütiger Mitwirkung der Regierung im stillen Kämmerlein ausgebrütet haben. (Hört, hört!) Das Kind kam zur Welt nicht ohne Geburtschwierigkeiten, es kam zustande unter dem Druck des Reichsfinanzministeriums, das unter allen Umständen aus Bier und Tabak noch höhere Erträge herauszohlen will. Man mußte erst mit einer Regierungskrise drohen, bis sich die Mehrheit für den Antrag fand. Dieser Antrag verlangt beziehungsweise eine Erhöhung von nur 50 Prozent. Auch beim Tabak ist man etwas bescheidener geworden und man hat Konzeptionen nach allen Seiten gemacht. Unterzeichnet ist der Antrag von fünf Parteien, zu ihnen gehört auch die Bayerische Volkspartei (Hört, hört!) und die Wirtschaftspartei, die ja auch den Bayerischen Bauernbund in sich schließt. Also auch diese Parteien treten für die Verteuerung von Bier und Tabak ein. Draußen im Lande hat man allerdings einen anderen Standpunkt vertreten. Dort meckerte man, was das Zeug hielt,

gegen die Berliner Regierung,

die dem armen Manne Bier und Tabak verteuern wolle. Dieses zwiespältige Verhalten bedeutet einen neuen skandalösen Verrat an den Wählern. Man bringt es heute fertig, mit der gleichen Heberzeugung für die Erhöhung der Biersteuer einzutreten, mit der man im Lande gegen sie gesprochen hat. Wenn die Herrschaften so fortfahren, dann werden sie bald den denationalen Aufwertungsmaßnahmen ebenbürtig sein.

Durch die Steuer schießt die Konzentration im Brauwesen ununterbrochen fort, die Lage der kleinen und mittleren Brauereien ist keineswegs günstig, wie ihr unauffälliger Rückgang zeigt.

Die Weinsteuer ist um die Hälfte ermäßigt worden. Die Folge davon ist, daß die Steuern auf Wein und Bier in keinem Verhältnis mehr zueinander stehen. Ein geradezu ungeheurer Skandal aber ist das Verhältnis zwischen der Belastung von Bier, Tabak, Zucker und der von Branntwein. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Steuer auf Bier hat 1924 bis 1925 mehr als die Hälfte der Branntweinsteuer eingebracht. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß Bier, Tabak und Zucker so viel mehr aufbringen sollen als Branntwein.

Der zweifelhafte zu erwartende Rückgang der Produktion bedeutet aber auch die Brotlosmachung von Tausenden von Arbeitern und Angestellten, er wird den Ruin vieler Klein- und Mittelbetriebe bringen, die heute immerhin einen wesentlichen Faktor der Wirtschaft bilden. Was soll mit den arbeitslos werdenden Arbeitern und Angestellten werden, will man sie mit Erwerbslosenunterstützung abfinden, nachdem man sie durch eine gemäßigtere Steuerpolitik brotlos gemacht hat? Wir lehnen die Steuer ab. Wir wissen zwar, daß uns die Not der Zeit zwingt, auch den Verbrauch durch Steuern zu belasten. Aber diese Steuern müssen eine bestimmte Grenze haben und diese Grenze beginnt dort, wo die Massen zu versagen beginnen. Wir lehnen die von der Vorlage verlangte Steuer ab, weil sie wirtschaftlich einen schmerzlichen Fehler bedeutet, weil sie unsozial über alle Maßen ist. (Lebhafter Beifall h. d. Soz.)

Abg. Neubauer (Komm.) findet es bezeichnend, daß die Antragsteller ihren Gesetzentwurf auf Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer nicht einmal begründeten.

Abg. Will (Dem.) erklärt, daß die Demokraten in diesem Falle der Heberzeugung des Initiativantrags an den Ausschuss nicht widersprechen würden, ohne daß sie annehmen, daß die geschäftsmäßigere Seite dieser Angelegenheit geklärt sei.

Abg. Horlacher (Bayr. Vp.) betont, daß die Haltung der Bayerischen Volkspartei bei der Beratung und Abstimmung über die — abgelehnte — Regierungsvorlage nicht richtig verstanden worden sei.

Abg. Schütter (Soz.): Diese Vorlage ist ein Beispiel von der Art, wie man bei uns Steuern und Zölle macht.

Ohne jede Kenntnis des Tabakgewerbes

werden einseitig großkapitalistische Interessen bevorzugt. Die Durchführung der vorgeschlagenen Zoll- und Steuerbelastung des Tabaks bedeutet den Todesstoß für den großen Teil der weniger kapitalkräftigen Tabakfabrikanten, sie bedeutet die Wegnahme des letzten Stüchchen Brotes für Tausende von Arbeitern der Tabakindustrie. Der Landwirtschaft wurde damit in keiner Weise geholfen, aber der Industrie und ganz besonders der Arbeiterklasse wurden schwere Wunden geschlagen, die sich in einer ungeheuren Arbeitslosigkeit zeigten, in Lohnrudd und in einer Verarmung der Arbeiterklasse, die seitdem niemals überwunden werden konnten. Die Brennbarkeit des deutschen Tabaks läßt nur zu, daß etwa ein Viertel davon zu Zigaretten tabak verwendbar ist. Diese Tabake haben immer Abnehmer gefunden. Die Steigerung der Preise vom Jahre 1923 auf 1924 brachte es mit sich, daß die Anbaufläche um 46 Prozent in die Höhe ging. Das beweist doch, daß die Erträge aus dem Tabakbau nicht so schlecht sein können. Der Tabakbau ist in Deutschland zum größten Teile ein Nebenberuf; nur 383 Pflanzler bebauen eine Fläche von über einem Hektar. Eine Preissteigerung durch den Schutz Zoll würde nur diesen 383 Pflanzern zugute kommen, man würde damit aber zu gleicher Zeit erreichen, daß der Zigarettenkonsum zurückgeht. Die Ursache der Missernte deutscher Tabake in letzter Zeit hat seine Begründung in Maßnahmen der Reichsregierung im Jahre 1923. Die Nationalversammlung hatte die Besteuerung der Tabakfabrikate immerhin nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen. Die Steuer war sozial gestaffelt, Zigarren geringerer Qualität wurden niedriger besteuert als die teuren Fabrikate.

Im vorigen Jahre wurden 5 Milliarden Zigarren hergestellt, aber 1 Milliarde blieb davon auf Lager. Auch bei den Zigaretten können große Lager nicht abgestoßen werden. Zu allem kommt noch der starke Rückgang der Ausfuhr von Tabakfabrikaten von 50 640 Doppelzentnern im Jahre 1922 auf 12 440 Doppelzentner im Jahre 1924. (Hört, hört!) Wir sehen also, daß diese Art der Besteuerung zu einer vollständigen Zerstörung der Tabakindustrie führt, daß jede neue Besteuerung einen starken Rückgang des Konsums herbeiführt. Am schärfsten zeigt sich diese Wirkung bei den Arbeitern der Zigarrenherstellung, die 75 Prozent aller Tabakarbeiter ausmachen und wiederum am schärfsten in den Bezirken, wo die billigeren Zigarren hergestellt werden. Im Jahre 1918 waren in der Tabakindustrie 171 126 Vollarbeiter beschäftigt, im Jahre 1923 nur noch 103 405, das ist also ein Verlust von 67 721 Vollarbeitern. (Hört, hört!) Bedeutet man nun, daß 66 Prozent der Arbeiter der Zigarrenindustrie in kleinen Orten zumeist in Dörfern wohnen und arbeiten und daß an diesen Orten ein anderer Erwerb nicht vorhanden ist, so wird man begreifen, daß diese Orte völlig zugrunde gerichtet werden. Wie stark die Belastung der Tabakindustrie durch Steuern und Zölle ist, ergibt sich daraus, daß 1924/25 allein 600 Millionen aus der Tabaksteuer eingebracht werden. (Hört, hört!) Anstatt nun an einer Erhöhung der Tabaksteuer zu arbeiten, will man jetzt durch eine Erhöhung der Tabaksteuer eine Einnahmequelle des Staates zerstören, will man die ganze Industrie vernichten, die Arbeiterklasse, die Kleinfabrikanten, viele Tausende von Zigarrenfabrikanten um ihre Existenz bringen. Wir lehnen diese Vorlage ab.

Der Regierungsentwurf wird vom Finanzministerium daraufhin zurückgezogen.

Der Gesetzentwurf über den Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Amerika wird dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Es stehen dann zwei

Berträge mit Polen,

einer über die Benutzung von Baulichkeiten in Kurzebrod und einer über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr auf der Tagesordnung.

Abg. Fried (böhl.) beantragt, diese Verträge angeht die der wirtschaftlichen Lage zwischen Deutschland und Polen von der Tagesordnung abzusetzen.

Das Haus nimmt im Interesse der deutschen Grenzbevölkerung das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr in allen drei Lesungen an.

Nachdem noch ohne Debatte in allen drei Lesungen das Gesetz über den Beitritt Deutschlands zum Spitzbergenvertrag angenommen worden ist, wendet sich das Haus der Weiterberatung des Haushalts des Ministeriums für die besetzten Gebiete zu.

Abg. v. Ramin (böhl.) verlangt von den Besatzungsmächten, daß sie ihre Phrasen von der Menschlichkeit endlich einmal wahr machen.

Abg. Frau Schiffgens (Soz.) fordert von der Regierung die Bereitstellung größerer Mittel zur Befriedigung der unerträglichen Wohnungsnot im besetzten Gebiet. Wenn sich die Regierung nicht bald dazu aufrafft, die von ihr selbst als dringend notwendig bezeichnete Befriedigung der Wohnungsnot endlich zu beginnen, so wird man sich die Frage vorlegen müssen, ob die Regierung überhaupt noch sich ihrer Verantwortung bewußt ist. Die Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion fordert die Bereitstellung der notwendigen Mittel. Die Sozialdemokraten legen Wert darauf, daß diese Mittel sofort zur Verfügung stehen und daß nicht erst lange Verhandlungen mit den Gemeinden geführt werden.

Abg. Ellenbeck (dt.-nall.) wünscht, daß die politischen Befragenen im besetzten Gebiet bei einer bevorstehenden Räumung nicht vergessen werden und verlangt von der Regierung ein stärkeres Eintreten bei der Reichsbahn für die beim passiven Widerstand geschädigten Eisenbahner.

Abg. Mollath (B. Vg.) meint, daß die Reichsregierung vor allem auch die unerhörte Steuerlast mildern müsse, wenn sie der Bevölkerung der besetzten Gebiete helfen wolle.

Abg. Jacobszhausen (Soz.) betont, daß man mit schönen Worten der Not der Erwerbslosen im besetzten Gebiet nicht steuern könne. Der Redner schildert Einzelheiten von der schweren Erwerbslosen- und Wohnungsnot. Da müßten endlich einmal Taten geschehen. Der Redner begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der von der Regierung Mittel für die Länder und Gemeinden des besetzten Gebiets zur Behebung der Erwerbslosennot wünscht. Der Finanzminister solle hier einmal keine Neben halten, sondern zum Werke schreiten.

(Beifall links.) — Damit schließt die allgemeine Debatte. In der Einzelberatung wendet sich Abg. Werdich (Hessen, dt.-nall.) gegen die Zugsanquartierungen im besetzten Gebiet, die zu den größten Anzutraglichkeiten führten. — Dann wird der Haushalts des Ministeriums für die besetzten Gebiete in zweiter Lesung bewilligt. — Das Haus wendet sich der Beratung des Etats des Reichstags zu.

Beziehungsminister Abg. Laubadel (Soz.) empfiehlt im Ausschuss bereits genehmigte Entschließungen zur Annahme, die u. a. verlangen: geeignete Arbeitsräume für Abgeordnete; Prüfung der Möglichkeit eines Nebengebäudes zum Reichstagsgebäude. In dem Etat ist neu eingefügt ein Titel in Höhe von 30 000 Mark, der zur Verfügung des Reichspräsidenten steht. Mit diesen Mitteln soll der Reichspräsident in die Lage versetzt werden, bei dem Personal des Reichstags Befolgungsberechtigten auszugleichen und unvorhergesehene Ausgaben zu decken. Die Abgeordneten sollen ferner noch Freifahrkarten für die Klein- und Lokalbahnen und mehr als bisher Zuschüsse zur Benutzung von Schlafwagen erhalten. Der Reichstag will sich auch ein Automobil kaufen und hat sich zu diesem Zwecke 20 000 Mark bewilligt.

Ohne wesentliche Debatte wird der Etat des Reichstags in zweiter Lesung bewilligt.

Ohne Debatte wird eine Novelle über den Verkehr mit Vieh und Fleisch dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. In den Haushaltsausschuß gehen die Mittelungen des Rechnungshofs. — Es folgt dann die Beratung eines Gesetzentwurfs über die Ausübung des Rechtes zum Tragen einer Militäruniform. Der Entwurf will dem Reichspräsidenten das Recht geben, die Ausübung des Rechtes zum

Tragen einer Militäruniform

den Personen zu geben, die schon vor Bildung der Reichswehr aus dem militärischen Dienstverhältnis ausgeschieden sind. Dieses Recht soll erlöschen, wenn der Berechtigte wegen eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens rechtskräftig beurteilt ist.

Abg. Kuhnt (Soz.): Diese Vorlage muß geradezu protestieren in einer Zeit, die für die Beratung der wichtigsten Probleme nichts übrig hat. Wie will der Reichstag es verantworten, daß er keine Zeit für eine gründliche Behandlung der Steuer- und Aufwertungsfragen und Zollesehe findet, sich aber mit den Fragen alter kaiserlicher Uniformen beschäftigt? Diese Vorlage muß aber auch vom außenpolitischen Gesichtspunkt außerordentlich schädlich wirken, denn sie will dem Tragen kaiserlicher Uniformen Tür und Tor öffnen. Schon 1923 hat der Reichswehrminister gerade auf die außenpolitische Wirkung des Uniformtragens hingewiesen. Ist aber nicht heute noch mehr Vorzicht gegenüber der Wirkung auf das Ausland geboten als 1923? Wie will die Regierung ihr Memorandum mit der Vorlage in Verbindung bringen. Die alte kaiserliche Uniform ist das Symbol der Gewalt, des Krieges und des Revanchegedankens. In der Begründung heißt es, daß die Uniform ein Ausdruck der Staatsautorität sei. Mit der Annahme dieser Vorlage wird aber das Gegenteil erreicht, der Reichstag soll sich bemühen auszuschalten und der Reichspräsident unbeschränkte Verordnungsvermögensmöglichkeiten haben. Sogar die ehemaligen Reserveoffiziere sollen Uniform tragen können, noch jetzt 7 Jahre nach dem Weltkrieg. Es wird ein herrlicher Anblick sein, wenn die Herren Stabsoffiziere in flimmernder Uniform an den Frontkämpfern vorbeimarschieren werden, die mit abgeschossenen Armen und ausgebrannten Augen in Lumpen gehüllt auf der Straße liegen. Es wird auch nicht gerade imponierend wirken, wenn sich 60 bis 80 Jahre alte Herren, die den Kopf nicht mehr ruhig halten können, mit dem Helmbusch zeigen. Wenn das Tragen der Uniform damit begründet wird, daß dadurch die Toten geehrt werden, so sage ich, wir ehren die Toten, wenn wir den großen Gedanken des Völkerrfriedens fördern, wenn wir ausreichende Fürsorge für die Hinterbliebenen der Opfer des Krieges schaffen. Wer durch Hungerjälle die Lebenslage der Kriegsoffer verschlechtert, entehrt die Toten des Weltkrieges. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will von dem Tragen der kaiserlichen Uniform nichts wissen, und wenn Sie der Reichspräsidenten jetzt in den Streit hineinziehen, so vergessen Sie doch nicht, daß er den Deutschen auf die republikanische Verfassung abgelegt und dem Volke zugerufen hat, das Wirten für den Frieden werde seine vornehmste Aufgabe sein. Wir Sozialdemokraten wenden uns gegen alle Vorrechte und kämpfen deshalb auch gegen den Unfug des Zurschauftragens kaiserlicher Uniformen. (Lebhafter Beifall h. d. Soz.)

Reichswehrminister Gessler unterbreicht die rechtliche Schmiezigkeit der Materie.

Abg. Dittmann (Soz.) beantragt, nachdem auch der Minister gesprochen hat, die weitere Debatte zu vertagen.

Abg. Schulz (Bromberg, dt.-nall.): Nach den unerhörten Angriffen des sozialdemokratischen Redners (Stürmische Unterbrechungen links, großer Lärm), ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, daß wir sofort darauf antworten können.

Abg. v. Graefe (völk.) schließt sich dieser Auffassung an und erhebt Einspruch gegen die Vertagung.

Abg. Brüninghaus (D. Rp.): Das Haus hat vorher dem Vorschlag des Präsidenten Löbe, dieses Gesetz noch heute in erster Lesung zu erledigen, zugestimmt. Wir können verlangen, daß wir nun auch gehört werden.

Abg. Dittmann (Soz.): Wir erleben oft, daß die Vorschläge des Präsidenten, die er im Auftrag des Vorkommens macht, nicht gehalten werden können. Wir wollen ja dieses Gesetz heute nicht mehr in Angriff nehmen. Das hat die Mehrheit abgelehnt. (Stürmischer Lärm.) Es sollen heute noch die fraktionellen Sitzungen halten. (Fortgesetzt starker Lärm.)

Für den Antrag auf Vertagung stimmte die gesamte Linke und das Zentrum.

Vizepräsident Sell erklärt dies für die Mehrheit. Diese Entscheidung ruft den stürmischen Widerspruch der Rechten hervor, die immerfort nach Gegenprobe rufen.

Losender Lärm

erfüllt das Haus. Die Linke will augenscheinlich die Vertagung erzwingen. Der Vizepräsident läßt die Gegenprobe vornehmen und erklärt die Abstimmung für zweifelhaft und will die Abstimmung anordnen. Er kann sich jedoch unter dem Lärm kein Gehör mehr verschaffen und vertagt deshalb die Sitzung auf 3 Minuten.

Nach der Wiedereröffnung schlägt Vizepräsident Sell vor, nunmehr die Sitzung abzubrechen. (Lärm und stürmischer Widerspruch rechts.) Der Vizepräsident läßt abstimmen, ob die eben abgebrochene Beratung wieder aufgenommen werden soll. Die Mehrheit aus der Linken und im Zentrum lehnt dies ab, was neuen losenden Lärm der Rechten verursacht.

Abg. v. Graefe (völk.) erklärt, daß nach diesen skandalösen Vorgängen — (unter dem Lärm der Linken gehen die weiteren

Worte verloren, es ist nur zu entnehmen, daß er die Fortsetzung der Beratung in der Sitzung morgen beantragt).

Die Mehrheit stimmt diesem Antrag zu. Unter andauerndem stärksten Lärm schließt die Sitzung um 8 1/2 Uhr.

Freitag 2 1/2 Uhr: Fortsetzung der eben abgebrochenen Debatte; Aufwertungsgeetze.

Lange-Hegermanns Geschäfte.

Am Donnerstag stand im Varmat-Ausschuß des Reichstags das Kapitel Lange-Hegermann zur Debatte. Der Verlauf der Zeugenvernehmung ergab, daß Lange-Hegermann einen wesentlichen Teil seiner Geschäfte mit Postkrediten betrieb. So behaupten die Zeugen Wurticher jun. und jun. aus Dresden, daß Lange-Hegermann den Verkauf ihres Unternehmens vermittelt hat und es sich bei den Kaufgebern um Kredite der Reichspost handelte. Die Verkäufer waren darüber nicht unterrichtet. Lange-Hegermann hatte sich im Gegenteil dem Verkäufer des Unternehmens, Direktor Schäfer (Vonn), als Käufer aus eigenen Mitteln vorgestellt. Er sollte 15 bis 20 Millionen Mark besitzen und durchaus sicher sein. Die Wahrheit haben die Zeugen erst später erfahren.

Heute ist Lange-Hegermann mit 70 Prozent an der von Wurticher verkauften Fabrik beteiligt. Er bestätigt das, und zwar hat er die Anteile zu 30—40 000 Mark erhalten, die er aus eigenen Mitteln aufgebracht haben will.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung gibt ein Vertreter des Reichspostministeriums eine Darstellung der Kreditgesuche Varmats. Er bestätigt, daß Varmat auch dann noch Kredite in Aussicht gestellt wurden, als man bereits wußte, daß er illiquid war. Bemerkenswert ist u. a. noch eine Mitteilung des Professors Lewin an den Ausschuß, der Varmat auf Grund seines Gesundheitszustandes vorläufig für nicht vernehmungsfähig erachtet.

Gegen die Altrentner.

Der Aufwertungsausschuß beendete am Mittwoch die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Dabei vermochten die Regierungsparteien Änderungen durchzuführen, die lebhaftes Befremden im Lande wachrufen dürften. Zu § 27 des Gesetzentwurfs genehmigten sie für religiöse Gesellschaften, soweit sie Anleihebesitzer sind, auf 15 Jahre eine Wohlfahrtsrente von jährlich 5 Millionen Mark, die aus Zollerträgen aufgebracht werden soll. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Vertreter protestieren dem Ausschuß mit dem Bemerkten, daß für die Noilage der Anleihezeichner nicht genügend Geld vorhanden sei, während für religiöse Gesellschaften eine jährliche Rente von 5 Millionen Mark ausgeworfen werde.

In den Schlußvorschriften beseitigten die Regierungsparteien eine wesentliche Verbesserung, welche die Sozialdemokratie am Dienstag durchgesetzt hatte. Nach dem am Dienstag angenommenen sozialdemokratischen Antrag konnte denjenigen Besitzern von Altanleihe, die insgesamt weniger als 500 Mark nominal haben, eine Barabfindung von fünfzehn Reichsmark für je 100 Mark des Nominalbetrages gewährt werden. Das war eine große Vergünstigung für die kleinen Inflationsopfer, da der Antrag die Abfindung von dem Begriff der Bedürftigkeit, der mit 800 Mark Jahreseinkommen äußerst eng umrissen ist, unabhängig macht. Die Regierungsparteien nahmen, weil der Antrag angeblich eine zu große Belastung bedeutete, eine andere Entschlieung an, wonach nur den „bedürftigen“ Altanleihebesitzern durch die Barabfindung entgegengekommen werden soll. Im übrigen soll Altanleihebesitzern, wenn ihr Besitz 1000 Mark nominal nicht übersteigt, auf Antrag eine Barabfindung von 8 Reichsmark für je 100 Mark des Nominalbetrages gewährt werden, soweit ihr Jahreseinkommen den Betrag von 1500 Reichsmark nicht übersteigt. Die Entschlieung bedeutet eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag.

Die Lage der Magdeburger Maschinenindustrie.

Ihre Entwicklung.

Die Anfänge der Magdeburger Maschinen- und Apparatebau gehen auf die 30er und 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück und sind auf das engste verknüpft mit der Einführung der Dampfmaschine, der Entwicklung der Zuckerraffination und dem Bau der Eisenbahnen. Wurde andernorts die Entstehung von Industrien auf das stärkste durch die Nähe des Vorkommens des Produktionsmaterials — Kohle, Eisen usw. gefördert, so erhielt die Magdeburger Industrie ihre stärksten Antriebe durch die Nähe eines überaus aufnahmefähigen Marktes.

Im Jahre 1838 war die Aktiengesellschaft für den Dampfvertrieb in Hamburg gegründet worden, die bereits 1846 in ihrer Maschinenfabrik in Budau 650 Arbeiter beschäftigte. Es war also für deutsche Verhältnisse schon sehr früh ein bedeutender Stamm von Facharbeitern vorhanden, so daß Magdeburg in dieser Beziehung damals und in der Folgezeit immer zu den günstigsten Arbeitsplätzen der Maschinenindustrie gezählt werden konnte. Die Löhne der Magdeburger Facharbeiter waren im Vergleich zu denen anderer Städte normal. Als Kuriosum aus jener Zeit (1849) sei erwähnt, daß die Formner einen doppelt so hohen (Stück-) Lohn wie die Schlosser, Schmiede, Tischler usw. verdienten. Den Begründern der heute noch führenden Unternehmen unserer heimischen Metallindustrie, den Schöpfer u. Vandenberg (Gründung 1850), Hermann Gruson (Gründung 1855), Rudolf Wolf (Gründung 1862), und andern mehr, standen daher arbeitserfahrene Facharbeiter in genügender Zahl zur Verfügung. Ihrem technischen und kaufmännischen Genie und dem ihrer Mitarbeiter gelang es, durch die Erfindung, Ausbildung, Fertigung und ständige Verbesserung hochwertiger Spezialitäten — Armaturen, Stahl- und Eisenhartguss, Lokomobile, Drechselmaschinen usw. — ihren Fabriken auf dem Weltmarkt Eingang zu verschaffen.

Die Magdeburger Maschinenindustrie hatte sich durch ihre Sonderleistungen von dem lokalen Markt weitgehend unabhängig gemacht und wurde es täglich mehr. Mit der Erweiterung der Absatzgebiete mußte auch die von Anfang an starke in- und ausländische Konkurrenz, der es durch Anpannung der Erzeugnisse an die Wünsche der Verbraucher, durch Qualität, Preiswürdigkeit, kurze Lieferfristen, günstige Zahlungsbedingungen und nicht zuletzt durch eine umfangreiche Propaganda zu begegnen galt. Welche Bedeutung allein die Kundenwerbung durch Anzeigen und Druckschriften erlangte, dafür mag ein Beispiel aus dem Jahre 1911 Zeugnis ablegen. Die Firma R. Wolf bezog in diesem Jahr an nicht weniger als 1551 Zeitungen und Zeitschriften regelmäßig Inseratenaufträge und veröffentlichte reichhaltige Kataloge ihrer Erzeugnisse in elf Sprachen. Gleicher Schritt hiermit hielt der Ausbau des Vertriebsnetzes.

Aber nicht nur der ausländische, auch der heimische Markt hatte sich mit dem weiteren Ausbau des Verkehrsnetzes und der sich beschleunigenden Industrialisierung Mitteldeutschlands außerordentlich erweitert. Ganze Industriezweige wie die Stahl- und Eisenwarenindustrie sowie die diesen anhängenden chemischen Industriezweige, waren neu entstanden. So gewann der Bau von Maschinen für den Braunkohlenbergbau, die Zementfabrikation, die Herstellung von Seilen und Apparaten für die chemische Industrie und das Brauereiwesen, der Holzverarbeitungs- und die Fabrikation von Sägemaschinen, Transportanlagen, landwirtschaftlichen, Eis- und Kältemaschinen usw. ständig steigende Bedeutung.

Bei der gewerblichen Reichsaufnahme im Jahre 1895 wurden in Magdeburg 12 537 Personen gezählt, die in der Industrie der Maschinen und Apparate beschäftigt waren, das waren 20,12 Prozent der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung Magdeburgs. Die Vermehrung und Betriebsauslastung in dem Jahresjahr 1907 ergab die Zahl von 12 785 im Maschinen- und Apparatenbau sowie in Eisenwaren herstellenden Betrieben. Aber das Jahr 1913 brachten uns eine Angabe der Gesamtbevölkerung Magdeburgs, die damals in den Betrieben der Maschinenindustrie mit mehr als zehn Arbeitern oder solchen, in denen Kraftmaschinen verwendet wurden, 18 917 erwerbsfähige männliche Arbeiter zählte. Und nun noch eine Angabe aus der Nachkriegszeit! Nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes der Stadt Magdeburg wurden am 31. Dezember 1921 in der Industrie der Maschinen, Apparate und Apparate in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten 23 090 männliche und 689 weibliche Personen gezählt. Es ist anzudeuten, daß die hier mitgeteilten Zahlen nur bedingt verglichen werden können, da die Erhebungsmethoden verschieden waren. Doch läßt sich nachfolgend sehr wohl ein ungefähres Bild der Bedeutung der Maschinenindustrie im wirtschaftlichen Magdeburg aus ihnen gewinnen.

Magdeburg und die Weltindustrie.

Die deutsche Handelslage ist in erheblichem Umfang besetzt. Die Gesamtanfrage der Welt ist infolge der allgemeinen Krisen und gegenwärtigen Verunsicherung zugunsten Nordamerikas, und

Ausnahme einiger weniger Staaten, im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich gesunken. Ueberseeländer, die vor 10 Jahren noch ganz auf die Einfuhr von Maschinen und Fertigfabrikaten angewiesen waren, haben sich während des Krieges mit Hilfe englischen und amerikanischen Kapitals eine eigene Maschinenindustrie geschaffen, die sie jetzt durch Zollschranken vor ausländischer Konkurrenz zu schützen suchen. Fremde Märkte, die früher von deutschen Waren beherrscht wurden, weil es der deutsche Fabrikant besonders gut verstand, bei preiswürdiger Lieferung sich dem fremden Geschmack anzupassen und die geforderten langfristigen Kredite zu gewähren, sind infolge der vieljährigen Abschmürung Deutschlands verlorengegangen. Ihre Wiedereroberung scheitert oft daran, daß der deutsche Kaufmann nicht mehr imstande ist, die früheren Zahlungsbedingungen einzuräumen, da er selbst mit zu teuren Krediten arbeiten muß.

Der für Deutschland früher so wichtige russische Markt, der vor dem Kriege gewaltige Mengen, besonders landwirtschaftlicher Maschinen aufnahm, hat kaum noch nennenswerte Bedeutung. Er eröffnet sich nur dem, der imstande ist, sehr langfristige Kredite und Anleihen zu geben. Aber auch im Inland ist heute die mehrjährige Kreditierung bei größeren Käufen keine Seltenheit. Dazu kommt die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Leistungen aus dem Dawesplan. Die deutschen Eisenbahngütertarife sind zum Teil 50 bis 70 Prozent höher als beispielsweise die belgischen. Ueber die Entwicklung der Kohlen- und Eisenpreise in Deutschland wie in den wichtigsten Staaten des Auslandes gibt die folgende Statistik Aufschluß.

Kohlen- und Eisenpreise.

(Nach „Wirtschaft und Statistik“.)

Zeitraum	Dtsch. Reich	England	Frankreich	Belgien	Ver. St. u. A.
Förderkohle, Preise in Rmk. je t.					
1913/14	12,00	10,97	16,61	—	5,46
März 1925	15,00	15,29	18,31	—	7,10
April 1925	15,00	15,37	18,35	—	7,10
Anf. Mai 1925	15,00	15,54	18,44	—	7,10
Gießerei-Roh Eisen III, Preise in Rmk. je t.					
Juli 1914	69,50	51,44	66,42	53,06	60,94
März 1925	61,00	76,56	73,54	75,52	100,25
April 1925	91,00	76,69	75,18	76,02	94,67
Anf. Mai 1925	91,00	76,15	75,52	74,26	89,92
Eräger, Preise in Rmk. je t. (In England frei Vertriebsstation.)					
Juli 1914	110,00	133,18	131,63	127,58	103,70
März 1925	139,60	177,74	108,78	—	194,46
April 1925	130,52	171,02	108,99	—	190,76
Anf. Mai 1925	132,11	166,66	109,45	—	185,18

Wirtschaftsstrife in allen Ländern.

Vor wenigen Tagen tagte die Internationale Handelskammer — ohne deutsche Vertreter — in Brüssel. Die Verhandlungen dienten in der Hauptsache dem Zweck, den amerikanischen Vertretern vorzumachen, daß die U. S. A., wenn sie die Wiederbelebung ihres europäischen Geschäfts wollen, auf die Entziehung ihrer Kriegszuscherungen an die Alliierten verzichten müßten. Man erklärte sich gern bereit, dafür zugunsten Amerikas auf seine Forderungen an Deutschland zu verzichten. Solange das Problem der interalliierten Schulden und das Transferyproblem, die ja mit der Frage der deutschen Reparationen eng verbunden sind, nicht befriedigend gelöst sind, liegen hier ständig drohende Gefahren für die Weltwirtschaft vor.

Diese und manche andre Umstände geben uns die Erklärung für die mannigfachen und oft schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, mit denen heute der deutsche Export zu kämpfen hat. Sie geben auch die Erklärung dafür, daß Millionen von Deutschen Kohlen auf den Halben der Bechen liegen, und daß beispielsweise eine bedeutende Lokomotivenfabrik, die vor dem Kriege monatlich 150 dieser Maschinen produzierte, heute nur 30 absetzen kann. Daß diese Schwierigkeiten nicht auf Deutschland beschränkt sind, zeigt die Zahl der Arbeitslosen in England, die auf 1 900 000 angewachsen ist.

Es ist zu hoffen, daß die Natur der Dinge allmählich dazu zwingt, trotz der Einsprüche derer, die guten Willens sind, bisher jeder nicht ausreichende: In einer planvollen wirtschaftlichen europäischer Zusammenarbeit.

Als ein die wirtschaftliche Initiative im stärksten Maße bewegendes Moment kommt hier die Unruhe und Unsicherheit hinzu, die wir seit langem hinsichtlich der künftigen Gestaltung des Aufwertungs- und Zollsystems zu verzeichnen haben. Die Unklarheiten, die durch die hier vorliegende Rechtsunsicherheit der Währungs- und vor allem stetigen Entwicklung des Wirtschaftslebens herbeigeführt werden, können nicht leicht unterdrückt werden. Vor allem besonders schwerwiegenden Aufgaben standen die in der Maschinenindustrie besonders zahlreichen Betriebe, die durch den Krieg ihrer früheren Absatzgebiete beraubt worden sind. Für sie gilt es, nach neuen, auskömmlichen Produktionsgebieten zu suchen, sich anzupassen. Nicht immer gelang das so gut, wie etwa der Firma Lang (Kannheim), die früher Drechselmaschinen und Lokomotiven fabrizierte, sich heute aber hauptsächlich und mit gutem Erfolg, mit dem Bau seiner billigeren Zugmaschinen, der sogenannten Halden, befaßt.

Wie steht es in Magdeburg?

Der letzte Wochenbericht des städtischen Arbeitsamtes sprach davon, daß die großen Firmen der Metallindustrie zurzeit wieder gut beschäftigt zu sein scheinen, da hier und da bereits wieder mit Ueberstunden gearbeitet wird. Mangel herrscht nach wie vor an Klempnern, Puffschmiedern, Kupferschmiedern und Bauerschlossern. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß ein allgünstiger Optimismus bei der Vielgestaltigkeit des Magdeburger Wirtschaftslbens, von dem Arbeitsuchende, die wegen Betriebsstilllegungen oder -einschränkungen an der einen Stelle entlassen wurden, in einer andern Branche doch da und dort wieder aufgenommen werden, nicht angebracht ist. Dennoch liegen die Dinge nicht ganz so rosig, wie es fast nach dem erwähnten Bericht scheinen könnte.

Im städtischen Arbeitsamt sind zurzeit noch etwa 850 arbeitssuchende Metallarbeiter — in der Hauptsache Maschinenarbeiter, Gießereiarbeiter und Elektriker — gemeldet. Dazu kommt die nicht geringe Zahl der Metallarbeiter, die außerhalb ihres Berufs vorübergehend Arbeit angenommen haben und bei einer Besserung der Lage in ihn zurückkehren. Es angenommen werden darf, daß die Zahl der gegenwärtig vorhandenen Maschinenarbeiter im Verhältnis zu dem tatsächlich vorhandenen Bedarf zu hoch ist, wird es die Aufgabe der berufenen Stellen sein, durch entsprechende Maßnahmen, eine entsprechende Berufsberatung und planmäßige Berufszuleitung und andres mehr, für eine Aenderung dieses Zustandes zu sorgen.

Eine nicht unerhebliche Belastung des örtlichen Arbeitsmarktes stellt die Stilllegung verschiedener Betriebe der Motorradbranche dar. Magdeburg besitzt im Unterschied zu seinen Nachbarstädten Dessau, Braunschweig und Halle keine Betriebe der modernsten Fabrikationszweige. Das ist auch die Erklärung dafür, daß die Beschäftigungsverhältnisse in den metallindustriellen Unternehmen dieser Städte besser als in Magdeburg sind. Der Flugzeug- und Motorenbau der Junkerswerke in Dessau ist sehr gut beschäftigt. Ebenso auch die Asiamerle in Dessau für die Gaslocher- und Gasmeserfabrikation. Die Maschinenindustrie Halles ist, wenn auch der umliegende Braunkohlenbergbau zurzeit nicht besonders kaufkräftig ist, durch die benachbarte chemische Industrie (Leuna und Wolfen) mit Aufträgen gut versehen. Gut ist auch die Braunschweiger Metallindustrie insbesondere der Büßingsche Dampfkraftmaschinenbau und die Maschinenbauanstalt Amme, Giesecke und Pöninger, A.-G., beschäftigt.

Dem in Arbeitgeberkreisen beliebten Einwand, daß die große Höhe der Löhne der Magdeburger Metallarbeiter als gewichtiger Faktor für die zweifellos vorhandene lokale Stagnation der Magdeburger Maschinenindustrie anzuführen sei, kann durch die nachstehende Uebersicht begegnet werden.

Stundenlöhne der Metallarbeiter im März und April 1925 (nach „Wirtschaft und Statistik“.)

Orte	Gelernte Stundenlohn		Ungelernte Stundenlohn	
	März R.-Pfg.	April R.-Pfg.	März R.-Pfg.	April R.-Pfg.
Berlin	90	97	52	54,5
Hamburg	75,9	80,9	50	59
Köln	76,6	85,4	58,8	60
Dresden	66	69,8	54,5	58,7
Hannover	66,7	69,8	49,5	52,2
Münster	63	66,3	57	57
Stuttgart	78	78	54	54
Chemnitz	67	70,8	56	59,3
Dortmund	79	84	57	57
Magdeburg	67	70,2	46,2	49
Mannheim	66	72,5	57	60,3
Halle a. d. S.	67	70,2	46,2	49
Durchschnitt	78,6	81,7	53,8	55,5

Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir behaupten, daß Berlin nicht zum wenigsten deshalb an der Spitze stehen kann, weil es an seiner bedeutenden, stark verzweigten elektrischen Industrie einen höchst modernen, entwicklungsreichen und zum Teil in hoher Blüte stehenden Zweig seines Wirtschaftslebens besitzt.

Die Entstehung neuer, mit den Fortschritten der Technologie gehender, anspruchsvoller Fabrikationszweige, sei es durch Umstellung bestehender Unternehmen, sei es durch Neuanstellungen auch in Magdeburg, ist sehr zu wünschen.

Von den Bemühungen des Magistrats und interessierter Wirtschaftskreise, diese Entwicklung tatkräftig zu fördern, legt die Reihe der teils hinter, teils vor uns liegenden Ausstellungen, der Kampf um Siniensführung und Beginn des Baues des Mitteldeutschen, die Gründung des Wirtschaftsausschusses u. a. m. Zeugnis ab.